

Geschäftsbericht des Obergerichts des Kantons Bern = Rapport de la Cour suprême du canton de Berne

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: Article

Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Band (Jahr): - (1989)

PDF erstellt am: 22.07.2024

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-418107>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

1. Obergericht

1.1 Auf Ende März trat Oberrichter Peter Wyss, langjähriger Präsident der I. Strafkammer und Anklagekammer, in den Ruhestand. An seine Stelle wurde Gerichtspräsident Hans-Rolf Schweingruber, Bern, ins Obergericht gewählt. Ende des Berichtsjahres trat Oberrichter Hans Eudard Bühler, Präsident der I. Zivilkammer, altershalber zurück. Er war das letzte Mitglied des Obergerichts, das nach altem Recht bis zur Vollendung des 70. Altersjahres im Amt bleiben konnte. Zu seinem Nachfolger wählte der Grosse Rat Gerichtspräsident Walter Messerli, Interlaken.

1.2 Am 23. Mai bewilligte der Grosse Rat die Realisierung des Informatikprojekts COBRA. Gestützt darauf wurden mit den Firmen IBM Schweiz AG und EOP AG, Schwerzenbach, die Verträge für die Lieferung von Hard- und Software und die erforderlichen Dienstleistungen (Wartung, Schulung, Unterstützung) abgeschlossen. Unter Mitwirkung des kantonalen Hochbauamtes erfolgten alsdann zunächst die baulichen Vorarbeiten für die Installation eines Kabelnetzes im ganzen Obergerichtsgebäude. Im November wurde das Kabelnetz installiert. Dieses ermöglicht nun, in jedem Büro des Obergerichts bei Bedarf ohne weitere Bauarbeiten einen Bildschirm anzuschliessen. Gegen Ende des Jahres konnten schliesslich die Zentraleinheit (IBM AS 400) und die ersten Bildschirmarbeitsplätze in Betrieb genommen werden. Als erster Anwendungsbereich wird die Textverarbeitung erfasst, bei der ein erhebliches Rationalisierungspotential in den Arbeitsabläufen erwartet werden kann; begonnen wurde bei den Strafkammern und der Anklagekammer.

1.3 Im Rahmen der Überprüfung von Effizienz, Effektivität und Bürgernähe (EFFISTA) wurden im Berichtsjahr nicht nur die der Justizdirektion angegliederten Ämter der Bezirksverwaltungen untersucht. Auch das Obergericht gab in Absprache mit der Justizdirektion bei der Schweizerischen Treuhandgesellschaft (STG) eine Analyse seiner Aufbau- und Ablauforganisation in Auftrag. Damit wurde eine Gesamtübersicht über die heutige Struktur und Arbeitsweise der bernischen Zivil- und Strafjustiz (unter Ausschluss der Jugendrechtspflege) geschaffen. Der Bericht der STG wurde am 20. November erstattet und beinhaltet nebst den Analyseergebnissen einen Katalog von insgesamt 49 Lösungsvorschlägen. Diese müssen nun zunächst intern geprüft werden. Als Fazit kann bereits jetzt festgestellt werden, dass ein Personalabbau aufgrund der Analyseergebnisse bei keiner Abteilung resultieren wird. Vielmehr wird eine Verstärkung im administrativen Bereich (zentrale Dienste) befürwortet.

1. Cour suprême

1.1 M. le juge d'appel Peter Wyss a pris sa retraite à fin mars, après avoir occupé durant de nombreuses années les fonctions de président de la I^{re} Chambre pénale ainsi que de la Chambre d'accusation. Son successeur a été élu en la personne de M. Hans-Rolf Schweingruber, président de tribunal à Berne. M. le juge d'appel Hans Eudard Bühler, président de la I^{re} Chambre civile, a quitté ses fonctions à la fin de l'année pour des raisons d'âge. Il constituait le dernier membre de la Cour suprême pouvant, selon l'ancien système, rester en fonction jusqu'au terme de sa 70^e année. Le Grand Conseil a élu comme successeur M. Walter Messerli, président de tribunal à Interlaken.

1.2 Le Grand Conseil a autorisé le 23 mai la réalisation du projet informatique Cobra. Sur cette base, les contrats portant sur la livraison de Hard- et Software ainsi que sur les prestations de service nécessaires (entretien, écolage, soutien) ont été signés avec les sociétés IBM Schweiz AG et EOP AG, Schwerzenbach. Il s'est agi ensuite, et en première lieu, d'effectuer les travaux de construction préparatoires en vue de l'installation d'un réseau de câbles dans tout le bâtiment de la Cour suprême. Ce réseau a été aménagé au mois de novembre. Il permet désormais et sans travaux supplémentaires de connecter, selon les besoins, un écran dans chaque bureau de la Cour suprême. A l'approche de la fin de l'année, l'unité centrale (IBM AS 400) ainsi que les premiers terminaux ont pu être mis en fonction. La première application portera sur la mise en œuvre du traitement de texte, duquel un large potentiel de rationalisation du travail peut être attendu. Cette application a déjà débuté au sein des chambres pénales et de la chambre d'accusation.

1.3 Le projet ayant pour objet l'accroissement de l'efficacité de l'administration (EFFISTA) n'a, durant l'année écoulée, pas entraîné seulement l'examen des offices des administrations des districts subordonnés à la Direction de la justice. En accord avec celle-ci, la Cour suprême a également confié à la Société Fiduciaire Suisse (SFS) le mandat d'analyser son organisation et le déroulement de son activité. Une vue d'ensemble de la structure et des méthodes de travail de la justice civile et pénale (à l'exception de la juridiction des mineurs) a ainsi été réalisée. Le rapport de la SFS a été délivré le 20 novembre et contient, outre les résultats de l'analyse, un catalogue de 49 propositions qui doivent prochainement faire l'objet d'un examen interne. Sur la base des résultats de l'analyse, on parvient d'ores et déjà à la conclusion qu'une diminution de l'effectif du personnel n'interviendra dans aucune section. Bien plus, un renforcement de l'effectif sera requis dans le domaine administratif (services centraux).

1.4 Etwas unangenehm gestaltete sich das Zusammenwirken mit dem kantonalen Hochbauamt bezüglich der leidigen Angelegenheit des anlässlich des Dachausbaus 1987/88 eingebauten Liftes. Es kann hier nicht darum gehen, jemandem ein Verschulden anzulasten. Tatsache bleibt aber, dass der als Personenaufzug benötigte Lift, schon mit erheblichen Verzögerungen installiert (vgl. Jahresbericht 1988), bereits kurz nach der Abnahme wegen gravierender Mängel für Personenfahrten wieder gesperrt werden musste und seither nur für unbegleitete Warentransporte benützlich ist. Wiederholte Reklamationen beim Hochbauamt und bei der Lieferfirma direkt vermochten – wegen der offensichtlichen Unfähigkeit der Letzteren – den Ablauf der Dinge leider nicht wesentlich zu beschleunigen. Immerhin wurde am 1. November endlich eine anerkannte ortsansässige Aufzugfirma mit der Erarbeitung eines Sanierungsvorschlages beauftragt.

1.5 Die Kreisschreibensammlung des Obergerichts wurde im Berichtsjahr neu herausgegeben. Längst überholte und nicht mehr aktuelle Anweisungen an untere Gerichtsbehörden und z. T. an die Anwaltschaft wurden aufgehoben, die übrigen besser nach Themen gegliedert und, versehen mit einem alphabetischen Inhaltsverzeichnis, neu zusammengestellt. Dinge, die z. B. ausschliesslich die Zivilrechtspflege betreffen, wurden in die Kreisschreibensammlung des Appellationshofes überführt, die gleichzeitig neu herausgegeben wurde.

1.6 Im März 1989 wurde Professor Zink als Direktor des Gerichtsmedizinischen Instituts suspendiert. Seither amtierte ein interimistischer Leiter. Im Laufe des Jahres musste festgestellt werden, dass die Gutachtensaufträge des GMI nur schleppend erledigt wurden. Eine Umfrage bei den Richterämtern des Kantons Bern ergab, dass Ende 1989 total 221 Gutachtensaufträge hängig waren, davon 34 aus dem Jahre 1988. Wenn nicht Sofortmassnahmen ergriffen werden, wird sich die Situation im Jahre 1990 noch verschlimmern und zu weiteren Verzögerungen der Gerichtsverfahren führen. Eine rasche Reorganisation des Gerichtsmedizinischen Instituts und die Anstellung weiterer qualifizierter Gutachter sind aus der Sicht der Justizbehörden vordringlich.

1.7 Im Jahre 1989 sind 721 (814) Geschäfte eingegangen, für die das Obergericht als Gesamtgericht, der Obergerichtspräsident oder der Obergerichtsschreiber zuständig sind. 28 (30) dieser Eingänge waren in französischer Sprache. Aus dem Jahr 1988 wurden 18 Geschäfte übertragen, so dass insgesamt 739 (825) zu behandeln waren; erledigt wurden 724 (807), und zwar wie folgt:

Kompetenzkonflikte	2	(3)
Beschwerden	–	(1)
Rekusationen	14	(12)
Demissionen	2	(12)
Wahlen	3	(5)
Auslosung und Streichung von Geschwornen	31	(14)
Urlaubsgesuche	32	(31)
Stellvertretung von Gerichtspräsidenten	22	(26)
Verschiedene Beschlüsse usw.	147	(146)
Allgemeine Bewilligungen zur Ausübung der Advokatur	83	(64)
Einzelbewilligungen zur Ausübung der Advokatur	21	(27)
Eröffnung von Anwaltsbüros	11	(22)
Verlegung von Anwaltsbüros	12	(11)
Aufgabe der Anwaltspraxis	1	(3)
Gesuche betreffend Fürsprecherprüfungen	278	(385)
Gesuche betreffend Fähigkeitsausweise	65	(45)
Auf das nächste Jahr übertragene Geschäfte	15	(18)

Die beim Bundesgericht hängige staatsrechtliche Beschwerde aus dem Jahre 1988 wurde am 31. März 1989 abgewiesen.

1.4 La collaboration avec l'Office cantonal des bâtiments s'est développée de façon quelque peu désagréable au sujet de la situation malheureuse créée par l'installation de l'ascenseur, consécutivement aux travaux de transformation des combles réalisés en 1987/88. Il ne s'agit pas ici de mettre quiconque en cause. Il subsiste néanmoins le fait que l'utilisation de l'ascenseur, qui était destiné à des personnes, et dont l'installation avait déjà subi un retard important (cf. le rapport annuel 1988), a dû être interdite pour le transport de personnes en raison de graves défauts, peu après la réception de l'ouvrage, et restreinte au transport de marchandises. Des réclamations successives auprès de l'Office des bâtiments et du fournisseur directement n'ont malheureusement pas permis – en raison de l'incompétence manifeste de ce dernier – de faire avancer les choses. Toujours est-il que le 1^{er} novembre, un mandat visant à proposer des travaux d'assainissement a été confié à une entreprise de la région.

1.5 Une nouvelle édition du recueil des circulaires de la Cour suprême a été réalisée durant l'année écoulée. Les directives adressées aux autorités judiciaires inférieures et pour une part également au ministère public, qui étaient dépassées depuis longtemps ou qui avaient perdu de leur actualité, ont été supprimées; les autres ont été réparties de façon plus adéquate selon leur sujet et classées à nouveau avec une table des matières alphabétique. Les sujets concernant par exemple exclusivement la justice civile ont été reportés dans le recueil des circulaires de la Cour d'appel, qui a été réédité simultanément.

1.6 M. le professeur Zink a été suspendu de ses fonctions de directeur de l'Institut de médecine légale en mars 1989. Depuis lors fonctionne un dirigeant intérimaire. Durant l'année écoulée, force a été de constater que les mandats d'expertise confiés à l'IML n'ont pas été exécutés de façon diligente. Il résulte d'un questionnaire remis aux tribunaux de district du canton de Berne que 221 mandats d'expertise n'étaient pas exécutés à fin 1989, dont 34 datant de 1988. Si des mesures urgentes ne sont pas prises, la situation va s'aggraver encore en 1990 et les procédures judiciaires vont souffrir de nouveaux retards. Pour les autorités judiciaires, une réorganisation rapide de l'Institut de médecine légale et la nomination de nouveaux experts qualifiés est d'une importance primordiale.

1.7 En 1989, 721 (814) affaires ont été enregistrées, pour lesquelles la compétence appartenait à la Cour suprême comme tribunal plénier, au président ou au greffier de la Cour. 28 (30) d'entre elles étaient en langue française. Avec les 18 affaires reportées de l'année précédente, il y en avait ainsi 739 (825) à traiter; 724 (807) ont été liquidées, à savoir:

conflits de compétence	2	(3)
prise à partie	–	(1)
récusations	14	(12)
démissions	2	(12)
élections	3	(5)
tirages au sort et exclusions de la liste des jurés	31	(14)
demandes de congé	32	(31)
remplacements de présidents de tribunal	22	(26)
décisions diverses	147	(146)
autorisations générales d'exercer le barreau	83	(64)
autorisations spéciales d'exercer le barreau	21	(27)
ouvertures d'une étude d'avocat	11	(22)
remises d'étude d'avocat	12	(11)
fermetures d'une étude d'avocat	1	(3)
requêtes concernant les examens d'avocat	278	(385)
requêtes pour la délivrance d'un certificat de capacité de candidat au barreau	65	(45)
affaires reportées à l'année suivante	15	(18)

Le recours de droit public pendant depuis 1988 devant le Tribunal fédéral a été rejeté par arrêt du 31 mars 1989.

2. **Appellationshof**2. **Cour d'appel**2.1 **Zivilgeschäfte**2.1 **Affaires civiles**2.1.1 *Instruktionen*2.1.1 *Instructions*

Beim Appellationshof als einziger kantonaler Instanz gemäss Artikel 7 Absatz 2 ZPO langten im Jahre 1989 285 (276) Geschäfte ein, davon 22 (22) in französischer Sprache. Vom Vorjahr waren noch 270 (270) Geschäfte hängig.

Von diesen insgesamt 555 (546) Geschäften wurden 271 (276) erledigt, und zwar durch:

Urteil	52	(39)
Vergleich	162	(184)
Rückzug oder Abstand	45	(35)
Rückweisung	8	(10)
Gegenstandslos	3	(1)
Auf andere Weise	1	(7)

Unerledigt auf das Jahr 1990 übertragen wurden 284 (270). Von diesen sind 53 (44) Geschäfte älter als zwei Jahre.

En tant qu'instance cantonale unique selon l'article 7, 2^e alinéa, Cpc, la Cour d'appel a reçu en 1989 285 (276) affaires, dont 22 (22) en langue française. Il restait 270 (270) affaires de l'exercice précédent.

De ce total de 555 (546) affaires, 271 (276) ont été liquidées, soit:

par jugement	52	(39)
par transaction	162	(184)
par retrait ou acquiescement	45	(35)
par renvoi	8	(10)
parce que sans objet	3	(1)
d'une autre manière	1	(7)

284 (270) affaires ont été reportées en 1990. Parmi celles-ci, 53 (44) datent de plus de deux ans.

2.1.2 *Appellationen*2.1.2 *Appels*

Neu eingelangt sind 285 (306) Geschäfte, davon 43 (44) in französischer Sprache. Von früher her waren noch 60 (63) hängig.

Von diesen insgesamt 345 (369) Geschäften wurden 293 (308) erledigt, und zwar wie folgt:

Bestätigung	154	(135)
Abänderung	46	(45)
Rückweisung (Nichteintreten)	21	(37)
Säumnis	17	(28)
Vergleich	2	(3)
Rückzug	45	(48)
Kassation	4	(11)
Gegenstandslos	4	(1)

Unerledigt auf das Jahr 1990 übertragen wurden 52 (60).

285 (306) nouvelles affaires ont été reçues, parmi lesquelles 43 (44) en langue française. 60 (63) étaient encore pendantes.

De ce total de 345 (369) affaires, 293 (308) ont été liquidées, soit:

par confirmation	154	(135)
par modification	46	(45)
par renvoi (non-entrée en matière)	21	(37)
par défaut	17	(28)
par transaction	2	(3)
par retrait d'appel	45	(48)
par cassation	4	(11)
parce que sans objet	4	(1)

52 (60) affaires pendantes ont été reportées à 1990.

2.1.3 *Nichtigkeitsklagen*2.1.3 *Pourvois en nullité*

Eingelangt sind 85 (99) Nichtigkeitsklagen, davon 13 (16) in französischer Sprache. Vom Vorjahr unerledigt übernommen wurden 13 (21) Geschäfte.

Von diesen insgesamt 98 (120) Geschäften wurden 89 (107) erledigt durch:

Gutheissung	15	(9)
Abweisung	41	(44)
Rückzug	11	(16)
Nichteintreten	7	(17)
Säumnis	7	(9)
Gegenstandslos	–	(–)
Kassation/Rückweisungen	8	(12)

Unerledigt auf das Jahr 1990 wurden 9 (13) Geschäfte übertragen.

85 (99) pourvois en nullité sont parvenus à la Cour d'appel, dont 13 (16) en langue française. 13 (21) d'entre eux ont été reportés de l'année précédente.

De ce total de 98 (120) affaires, 89 (107) ont été liquidées, soit:

par admission	15	(9)
par rejet	41	(44)
par retrait	11	(16)
par non-entrée en matière	7	(17)
par défaut	7	(9)
parce que sans objet	–	(–)
par cassation/renvoi	8	(12)

9 (13) affaires non liquidées ont été reportées à 1990.

2.2 Justizgeschäfte

Im Berichtsjahr langten 70 (101) Justizgeschäfte ein, davon 16 (14) in französischer Sprache. Aus dem Vorjahr waren noch 10 (5) Geschäfte hängig.

Von diesen insgesamt 80 (106) Geschäften wurden im Berichtsjahr 75 (96) erledigt, nämlich:

Gesuche um unentgeltliche Prozessführung	16	(12)
Rekurse betr. unentgeltliche Prozessführung	16	(18)
Beschwerden	17	(9)
Vollstreckungsgesuche	10	(6)
Rechtshilfegesuche	1	(44)
Rekusationsgesuche	5	(1)
Verschiedene andere Geschäfte	10	(6)

5 (10) Geschäfte wurden auf das neue Jahr übertragen.

2.3 Rechtsmittel gegen Entscheide des Appellationshofes

2.3.1 Gegen 28 (19) Entscheide, davon 1 (0) französischer, wurde Berufung an das Bundesgericht erklärt. 4 (9) Berufungen waren noch vom Vorjahr beim Bundesgericht hängig.

Von diesen insgesamt 32 (28) Fällen wurden vom Bundesgericht erledigt durch:

Abweisung	9	(17)
Gutheissung	5	(2)
Vergleich	–	(–)
Nichteintreten/Rückzug	7	(5)
Noch ausstehende Urteile des Bundesgerichtes	11	(4)

2.3.2 Gegen 44 (30) Entscheide, davon 6 (9) französische, wurde staatsrechtliche Beschwerde geführt; 8 (7) Beschwerden waren vom Vorjahr noch hängig.

Von diesen insgesamt 52 (37) Beschwerden wurden erledigt durch:

Abweisung	17	(18)
Gutheissung	2	(4)
Nichteintreten	18	(6)
Gegenstandslos	5	(–)
Rückzug	3	(1)
Noch hängige staatsrechtliche Beschwerden	7	(8)

2.4 Arbeitsgerichte

Der Geschäftsgang der Arbeitsgerichte des Kantons Bern (Bern, Biel, Burgdorf, Interlaken, Münster, Thun) ergibt sich aus den Tafeln im Anhang. 12 (14) Urteile von Arbeitsgerichten wurden durch Nichtigkeitsklage an den Appellationshof weitergezogen. Aus dem Vorjahr war 1 (1) Nichtigkeitsklage hängig.

Diese 13 (15) Nichtigkeitsklagen wurden wie folgt erledigt:

Gutheissung	3	(3)
Abweisung	6	(5)
Rückweisung (Nichteintreten)	1	(5)
Vergleich	–	(–)
Rückzug	–	(1)
Noch offene Entscheide	2	(1)

2.2 Affaires de justice

En 1989, 70 (101) affaires de justice ont été enregistrées, dont 16 (14) en langue française. 10 (5) étaient pendantes de l'exercice précédent.

De ce total de 80 (106) affaires, 75 (96) ont été liquidées durant l'exercice; il s'agit de:

requêtes d'assistance judiciaire	16	(12)
recours en cette matière	16	(18)
prises à partie	17	(9)
demandes d'exécution	10	(6)
commissions rogatoires	1	(44)
récusations	5	(1)
autres affaires	10	(6)

5 (10) affaires ont été reportées à 1990.

2.3 Recours contre des jugements de la Cour d'appel

2.3.1 Des recours en réforme au Tribunal fédéral ont été interjetés contre 28 (19) jugements, dont 1 (0) en langue française. 4 (9) recours de l'année précédente étaient encore pendants.

Ces 32 (28) cas ont été liquidés par le Tribunal fédéral, soit:

par rejet	9	(17)
par admission	5	(2)
par transaction	–	(–)
par non-entrée en matière/retrait	7	(5)
pendants devant le Tribunal fédéral	11	(4)

2.3.2 Des recours de droit public ont été formés contre 44 (30) jugements, dont 6 (9) en langue française; 8 (7) recours de l'année précédente restaient encore pendants.

Ces 52 (37) cas ont été liquidés, soit:

par rejet	17	(18)
par admission	2	(4)
par non-entrée en matière	18	(6)
parce que sans objet	5	(–)
par retrait	3	(1)
encore pendants	7	(8)

2.4 Tribunaux du travail

Les tableaux en annexe renseignent sur la marche des affaires des tribunaux du travail du canton de Berne (Berne, Bienne, Berthoud, Interlaken, Moutier, Thoune). 12 (14) jugements des tribunaux du travail ont fait l'objet d'une demande en nullité auprès de la Cour d'appel. Une (1) affaire était pendante de l'année précédente.

Ces 13 (15) pourvois en nullité ont été liquidés de la façon suivante:

par admission	3	(3)
par rejet	6	(5)
par renvoi (non-entrée en matière)	1	(5)
par transaction	–	(–)
par retrait	–	(1)
sont encore pendants	2	(1)

2.5 **Mietämter**

Im Berichtsjahr wurden vier Beschwerden gegen Mietämter eingereicht. Je eine wurde abgewiesen und gutgeheissen bzw. durch Nichteintreten und Dahinfallen erledigt. Gegen Ende 1989 häuften sich als Folge der Mietzinsaufschlagswelle die Anfechtungen bei den Mietämtern. Auf den Gang der Justiz hat sich das bis zum Jahresende indessen noch nicht ausgewirkt.

2.6 **Verschiedenes**

2.6.1 Besonderes Interesse erregte im Berichtsjahr der Prozess einer Gemüseproduzentenfirma gegen die Schweizerische Eidgenossenschaft. Die Klägerin macht gestützt auf Artikel 16 Absatz 1 lit. d des Kernenergiehaftpflichtgesetzes (KHG) vom 18. März 1983 Ansprüche im Zusammenhang mit dem Reaktorunglück von Tschernobyl geltend. Gemäss Artikel 24 Absatz 3 KHG ist der Appellationshof des Kantons Bern für solche Prozesse erstinstanzlich zuständig. Da bisher noch nie ein Rechtsfall aufgrund dieses Gesetzes beurteilt werden musste, stellte der Prozess für die urteilende I. Zivilkammer juristisches Neuland dar. In einem selbständigen Zwischenentscheid wurde der grundsätzliche Umfang der Haftung der Beklagten festgestellt, unter Ausklammerung der Schadenhöhe und folglich auch der Bemessung des Schadenersatzes. Der Entscheid wurde von der Schweizerischen Eidgenossenschaft mit Berufung an das Bundesgericht weitergezogen, dessen Urteil noch aussteht.

2.6.2 Wie die Kreisschreibensammlung des Obergerichts (s. Ziffer 1.5) wurden im Berichtsjahr auch die Kreisschreiben des Appellationshofes neu herausgegeben. Überholtes und nicht mehr Aktuelles wurde aufgehoben, die übrigen Kreisschreiben inhaltlich besser gegliedert und mit einem alphabetischen Inhaltsverzeichnis versehen. Damit sind nun sämtliche Kreisschreibensammlungen auf einen aktuellen Stand gebracht worden.

Im übrigen musste der Appellationshof infolge der Revision des Arbeitsvertragsrechts vom 18. März 1988, die auf Anfang 1989 in Kraft trat, Weisungen betreffend die erstinstanzliche Zuständigkeit für arbeitsrechtliche Streitigkeiten erlassen, die neu bis zu 20 000 Franken Streitwert in einem sog. «einfachen und raschen» Verfahren zu behandeln sind. Nach bernischer ZPO ist für solche Prozesse bis zum Inkrafttreten der am 22. November 1989 verabschiedeten Revision das Verfahren gemäss Artikel 294ff. anwendbar. Da nun auch berufungsfähige Prozesse darunter fallen, für die keine besondere sachliche Zuständigkeit vorgesehen ist, musste auf eine unechte Gesetzeslücke im geltenden bernischen Prozessrecht geschlossen werden; dieses ist so auszulegen, dass Streitigkeiten im Verfahren nach Artikel 294ff. in jedem Falle in der sachlichen Zuständigkeit des Gerichtspräsidenten liegen und nicht nur in den in Artikel 298a Ziffer 1 und 3 genannten Fällen. Über die Fragwürdigkeit des bundesrechtlichen Vorschreibens «einfacher und rascher» Verfahren vgl. im übrigen auch Ziffer 15.1 hiernach.

2.5 **Offices des locations**

Durant l'année écoulée, quatre plaintes ont été déposées contre des offices des locations. L'une d'entre elles a été rejetée, une autre a été admise, une troisième a été renvoyée sans examen de son mérite et la dernière est devenue sans objet. Les causes portées devant les offices des locations ont augmenté à la fin de l'année 1989 en raison de la vague de hausses du taux hypothécaire. Jusqu'à la fin de l'année, les autorités judiciaires n'en ont pas encore ressenti les effets.

2.6 **Généralités**

2.6.1 Un procès a suscité un intérêt particulier durant l'année écoulée; c'est celui introduit par une entreprise maraîchère contre la Confédération helvétique. La demanderesse a introduit action en se fondant sur l'article 16, 1^{er} alinéa, lettre d de la loi sur la responsabilité civile en matière nucléaire du 18 mars 1983 (LRCN), et a fait valoir des prétentions découlant de l'accident nucléaire de Tchernobyl. La Cour d'appel du canton de Berne est compétente en première instance pour de tels litiges en vertu de l'article 24, 3^e alinéa, LRCN. Par le fait qu'une procédure n'a jusqu'à ce jour jamais encore dû être tranchée sur la base de cette loi, ce litige constituait pour la 1^{re} Chambre civile qui a été appelée à juger une terre vierge sur le plan juridique. L'étendue de la responsabilité de la défenderesse a été déterminée sous la forme d'un jugement incident indépendant, à l'exception ainsi de l'importance du dommage, respectivement de la détermination des dommages-intérêts. La Confédération helvétique a recouru en réforme contre ce jugement devant le Tribunal fédéral; sa décision n'a pas encore été rendue.

2.6.2 Une nouvelle édition des circulaires de la Cour d'appel a été réalisée durant l'année écoulée, comme cela a été le cas également pour les circulaires de la Cour suprême (cf. 1.5). Celles qui étaient dépassées ou qui avaient perdu de leur actualité ont été supprimées, les autres ont été classées à nouveau, accompagnées d'une table des matières alphabétique. Ainsi, tous les recueils des circulaires ont été réactualisés.

Par suite de la révision des dispositions du contrat de travail du 18 mars 1988, entrée en vigueur au début 1989, la Cour d'appel a en outre dû émettre des directives au sujet de la compétence en première instance pour statuer sur les litiges relevant d'un contrat de travail, qui doivent désormais jusqu'à une valeur litigieuse de 20 000 francs être traités dans une procédure dite «simple et rapide». Selon la procédure civile bernoise, ces litiges doivent être traités suivant la procédure prévue aux articles 294ss Cpc, du moins jusqu'à l'entrée en vigueur de la révision du code de procédure qui a été renvoyée le 22 novembre 1989. Par le fait que des litiges pouvant faire l'objet d'un recours en réforme sont également compris, pour lesquels la compétence à raison de la matière n'est pas réglée, il a fallu conclure à l'existence d'une lacune improprement dite dans la procédure civile bernoise; ce fait doit être interprété en ce sens que les litiges à traiter selon la procédure des articles 294ss Cpc sont dans tous les cas de la compétence matérielle du président du tribunal, et pas seulement dans les cas mentionnés à l'article 298a, chiffre 1 et 3, Cpc. Au sujet de l'opportunité des prescriptions fédérales imposant une procédure «simple et rapide», voir en outre également le chiffre 15.1 ci-après.

3. Handelsgericht

3.1 Bei den Handelsrichtern hat es keine Mutationen gegeben.

3.2 Im Berichtsjahr sind 98 (108) Geschäfte eingelangt. Hievon entfallen 92 (95) auf den alten Kantonsteil inkl. deutschsprachige Geschäfte aus Biel und 6 (13) auf den Berner Jura inkl. französischsprachige Geschäfte aus Biel. Dazu kommen 98 (82) – wovon 14 (12) aus dem Berner Jura – vom Vorjahr hängige Geschäfte. Die Gesamtzahl der Geschäfte stellt sich somit auf 196 (190).

Davon wurden bis Ende 1989 85 (92) erledigt, und zwar:

durch Urteil	16	(11)
durch Vergleich vor Gericht	30	(44)
durch aussergerichtlichen Vergleich, Abstand, Rückweisung	39	(37)

Auf das Jahr 1990 wurden 111 Geschäfte (wovon 12 aus dem Berner Jura) unerledigt übertragen. Von diesen Geschäften sind 15 (19) älter als zwei Jahre.

3.3 Drei (3) Urteile des Handelsgerichts wurden durch Berufung an das Bundesgericht weitergezogen. Alle drei sind noch hängig.

3.4 Die Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über das internationale Privatrecht (IPRG) per 1. Januar 1989 hat zur Folge, dass das Handelsgericht neu auch internationale Streitigkeiten zwischen ausländischen Parteien, welche keine Beziehung zur Schweiz haben, jedoch die Anwendung schweizerischen Rechts vereinbaren, zu entscheiden hat.

4. Aufsichtsbehörde in Betreibungs- und Konkursachen für den Kanton Bern

4.1 Im Jahre 1989 langten bei der kantonalen Aufsichtsbehörde 281 Geschäfte ein (Vorjahr 316), davon 25 (14) in französischer Sprache. Vom Vorjahr waren noch 20 (3) Geschäfte hängig. Von diesen insgesamt 301 (319) Geschäften konnten 296 (299) erledigt werden. Die Aufsichtsbehörde behandelte zudem 90 (37) Gesuche um nochmalige Fristverlängerungen in Konkursverfahren, in denen sie schon früher die Frist zur Durchführung erstreckt hatte.

Die 296 erledigten Geschäfte setzen sich wie folgt zusammen:

Beschwerden	85	(74)
Rekurse gegen erstinstanzliche Beschwerdeentscheide	7	(5)
Appellation in Nachlasssachen	–	(1)
Neuwahlen von Betreibungsweibern	14	(8)
Erstmals der kantonalen Aufsichtsbehörde unterbreitete Gesuche um Verlängerung der Frist zur Beendigung von Konkursverfahren	90	(83)
Urlaubsgesuche	43	(28)
Anfragen und Stellungnahmen	21	(31)
Sonstige Verfügungen und Beschlüsse	–	(6)
Kreisschreiben	3	(–)
Mitteilungen	29	(58)
Teilnahme an Inspektionen	2	(2)
Ablehnungsgesuche der untern Aufsichtsbehörde	–	(2)
Disziplinarverfahren von Amtes wegen	1	(1)
Regulativ	1	(–)

Fünf (20) Geschäfte (alles Beschwerden) wurden auf das Jahr 1990 übertragen.

3. Tribunal de commerce

3.1 Aucun changement n'est intervenu parmi les membres commerciaux du Tribunal de commerce.

3.2 En 1989, 98 (108) affaires ont été enregistrées. De ce nombre, 92 (95) concernent l'ancien canton – y compris les affaires de langue allemande de Bienne – et 6 (13) le Jura bernois, y compris les affaires de langue française de Bienne. A cela viennent s'ajouter 98 (82) affaires – dont 14 (12) du Jura bernois – pendantes devant le Tribunal de commerce depuis l'année précédente. Le nombre total des affaires est ainsi de 196 (190).

85 (92) d'entre elles ont été liquidées jusqu'à la fin de l'exercice, soit:

par jugement	16	(11)
par transaction judiciaire	30	(44)
par transaction extra-judiciaire, désistement ou renvoi	39	(37)

111 affaires non liquidées ont été reportées à 1990 (dont 12 du Jura bernois). De ces affaires, 15 (19) remontent à plus de deux ans.

3.3 Trois (3) jugements du Tribunal de commerce ont fait l'objet d'un recours en réforme au Tribunal fédéral. Tous trois sont encore pendants.

3.4 L'entrée en vigueur le 1^{er} janvier 1989 de la loi fédérale sur le droit international privé (LDIP) a pour conséquence que le Tribunal de commerce doit désormais statuer sur des litiges de droit international entre parties étrangères à la Suisse, qui n'ont aucun rapport avec notre pays, lorsqu'elles ont convenu que le droit suisse était applicable.

4. Autorité de surveillance des offices des poursuites et faillites du canton de Berne

4.1 En 1989, l'autorité de surveillance a reçu 281 affaires (l'année précédente 316), dont 25 (14) de langue française. 20 (3) affaires étaient pendantes de l'année précédente. De ce total de 301 (319) affaires, 296 (299) ont été liquidées. De plus, l'autorité de surveillance a traité 90 (37) demandes de prolongation de délai dans des procédures de faillite, dans lesquelles une telle prolongation avait déjà été accordée.

Les 296 affaires liquidées se répartissent comme suit:

plaintes	85	(74)
recours contre une décision rendue en première instance sur plainte	7	(5)
appel en matière de concordat	–	(1)
élections d'agents de poursuite	14	(8)
premières demandes de prolongation de délai pour terminer la procédure de faillite	90	(83)
demandes de congé	43	(28)
demandes de renseignements et prises de position	21	(31)
autres ordonnances et décisions	–	(6)
circulaires	3	(–)
communications	29	(58)
participations à des inspections	2	(2)
demandes de récusation de l'autorité de surveillance inférieure	–	(2)
procédure disciplinaire d'office	1	(1)
directive	1	(–)

Cinq (20) affaires (toutes des plaintes) ont été reportées à 1990.

Bemerkung

Die zahlreichen telefonischen Anfragen und die persönlichen Vorsprachen wurden auch dieses Jahr statistisch nicht erfasst.

4.1.1 Beschwerden

Die 85 Beschwerden wurden wie folgt erledigt:

Abweisung	35	(30)
Gutheissung	17	(14)
Teilweise Gutheissung	2	(3)
Rückzug	1	(2)
Nichteintreten	19	(15)
Weiterleitung an die untere Instanz gemäss Artikel 23 und 25 Absatz 2 EG SchKG	4	(7)
Gegenstandslos	7	(3)

4.1.2 Rekurse

Die sieben Rekurse wurden wie folgt erledigt:

Nichteintreten	3	(-)
Abweisung	2	(4)
Gutheissung	2	(1)

4.2 Weiterziehung an das Bundesgericht

14 (15) Entscheide, davon vier aus dem Jahre 1988, wurden durch Rekurs an die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer des Bundesgerichts weitergezogen und wie folgt erledigt:

Abweisung	11	(9)
Gutheissung	-	(1)
Nichteintreten	2	(-)
Noch nicht entschieden	1	(5)

4.3 Im Berichtsjahr fanden zahlreiche Sitzungen und Besprechungen im Zusammenhang mit der Organisationsanalyse der Bezirksverwaltungen statt. Es wird vorgeschlagen, die Betreibungs- und Konkursämter zu trennen, das Konkurswesen zu regionalisieren, das Wahlsystem zu ändern und für Konkursbeamte den Erwerb eines Fähigkeitsausweises einzuführen.

4.4 Das Pflichtenheft im Informatikprojekt für die Betreibungsämter (GILB) ist 1989 verabschiedet worden. Im Frühjahr 1990 wird als nächster Schritt eine Pilotinstallation im Betreibungsamt Wangen a. d. A. mit dem Programmpaket CH-SOFT durchgeführt. Es handelt sich um eine Netzwerklösung für kleine bis mittelgrosse Ämter, die ab 1991 auch für grosse Ämter (Biel, Thun, Bern) verfügbar sein wird. Die zentrale Grossrechner-Lösung Lausanne-Est (siehe Bericht 1988) wurde zugunsten des flexibleren und wartungsfreundlicheren PC-Netzwerkkonzepts fallengelassen.

5. Strafkammern

5.1 Im Berichtsjahr sind 578 (Vorjahr 577) Geschäfte eingelangt, davon 36 (20) in französischer Sprache. Aus dem Vor-

Remarque

Les nombreuses demandes de renseignements téléphoniques et les entretiens personnels n'ont pas fait l'objet d'une statistique.

4.1.1 Plaintes

Les 85 plaintes ont été liquidées de la façon suivante:

par rejet	35	(30)
par admission	17	(14)
par admission partielle	2	(3)
par retrait	1	(2)
par non-entrée en matière	19	(15)
par transmission à l'instance inférieure en application des articles 23 et 25, 2 ^e alinéa, LiLP	4	(7)
déclarées sans objet	7	(3)

4.1.2 Recours

Les sept recours ont été liquidés comme suit:

par non-entrée en matière	3	(-)
par rejet	2	(4)
par admission	2	(1)

4.2 Recours au Tribunal fédéral

14 (15) décisions, dont quatre de l'année 1988, ont été portées par voie de recours devant la Chambre des poursuites et des faillites du Tribunal fédéral et ont été liquidées de la façon suivante:

par rejet	11	(9)
par admission	-	(1)
par non-entrée en matière	2	(-)
cas restant pendant	1	(5)

4.3 Un grand nombre de séances et de discussions ont eu lieu durant l'année au sujet de l'analyse de l'organisation des administrations de district. Il a été proposé de séparer les offices des poursuites de ceux des faillites, d'organiser par région le traitement des affaires de faillite, de modifier le système d'élections, et d'introduire un certificat de capacité pour les préposés aux offices des faillites.

4.4 Le cahier des charges établi dans le cadre du projet d'informatisation des offices des poursuites (GILB) a été approuvé en 1989. L'étape suivante sera la réalisation au printemps 1990, avec l'ensemble des programmes CH-SOFT, d'une installation-pilote pour l'office des poursuites de Wangen a. d. A. Il s'agit d'un réseau informatique destiné à des districts de petite et moyenne importance, réseau qui sera disponible dès 1991 pour les grands districts également (Bienne, Thoune, Berne). La solution d'une unité de calcul centralisée comme à Lausanne-Est (voir le rapport 1988) a été abandonnée au profit d'un concept de réseau PC plus flexible et satisfaisant mieux aux impératifs de sauvegarde des données.

5. Chambres pénales

5.1 En 1989, 578 affaires (577 l'année précédente) ont été enregistrées, dont 36 (20) en langue française. 138 affaires

jahr waren noch 138 Geschäfte (126 Appellationen und 12 Justizgeschäfte) hängig.

Erledigt wurden 584 (537) Geschäfte, nämlich:

Appellationen	547	(492)
Nichtigkeitsklagen	1	(2)
Weiterziehungen von vorsorglichen Massnahmen gegenüber Jugendlichen	4	(4)
Wiedereinsetzungsgesuche	2	(1)
Widerrufe des bedingten Strafvollzuges	4	(2)
Änderungen von Massnahmen	2	(2)
Nachträglicher Vollzug von Strafen	7	(7)
Ausscheidung von Strafquoten	2	(2)
Umwandlung von Bussen in Haft	7	(10)
Vorzeitige Löschnungen	3	(9)
Andere Geschäfte	5	(6)

Die 547 (492) Appellationen mit total 587 (548) Angeschuldigten wurden erledigt durch:

Erlöschen der öffentlichen Klage	für 2	(10) Angeschuldigte
Rückzug	für 172	(154) Angeschuldigte
Nichteintreten	für 16	(8) Angeschuldigte
Dahinfallen	für 12	(11) Angeschuldigte
Bestätigung	für 155	(160) Angeschuldigte
Abänderung	für 201	(183) Angeschuldigte
Kassation	für 29	(22) Angeschuldigte

Unerledigt auf das Jahr 1990 wurden insgesamt 132 Geschäfte übertragen.

5.2 Gegen Urteile der Strafkammer wurden im Berichtsjahr 100 (86) Nichtigkeitsbeschwerden angemeldet. Von früher her waren noch 47 (42) hängig.

98 (81) dieser Beschwerden wurden erledigt, und zwar durch:

Rückzug	40	(25)
Nichteintreten	18	(27)
Abweisung	34	(25)
Gutheissung	6	(4)

Noch hängig waren Ende 1989 49 Nichtigkeitsbeschwerden. Ferner wurden 24 (17) staatsrechtliche Beschwerden gegen Urteile der Strafkammern beim Bundesgericht eingereicht. Von früher waren noch drei hängig. Die Beschwerden wurden wie folgt entschieden:

Rückzug	1	(1)
Nichteintreten	4	(3)
Abweisung	14	(14)
Gutheissung	3	(3)

Gesamthaft wurden noch fünf staatsrechtliche Beschwerden als unerledigt auf das Jahr 1990 übertragen.

5.3 Das Plenum der Strafkammern befasste sich mit der durch den Bundesgerichtsentscheid 114 Ia 143 ff. festgestellten Ablehnbarkeit des Strafmandatsrichters für das weitere Verfahren nach Einspruch, indem es Weisungen an die Richterämter erliess.

6. Kriminalkammer und Wirtschafts- strafgericht

6.1 Im Berichtsjahr gingen 29 (Vorjahr 27) Geschäfte ein, davon 15 (13) Geschäfte wegen Widerhandlung gegen das Betäubungsmittelgesetz.

(126 appels et 12 affaires de justice) provenaient des années précédentes.

De ces affaires, 584 (537) ont été liquidées, soit:

appels	547	(492)
pourvois en nullité	1	(2)
recours contre des mesures prises à l'égard de jeunes délinquants	4	(4)
demandes de réintégration	2	(1)
révocations de sursis	4	(2)
modifications de mesures	2	(2)
exécutions de peines suspendues	7	(7)
déterminations de la quotité de la peine	2	(2)
conversions d'amendes en arrêts	7	(10)
radiations anticipées au casier judiciaire	3	(9)
autres affaires	5	(6)

Les 547 (492) appels concernant 587 (548) prévenus ont été liquidés par:

extinction de l'action publique	pour 2	(10) prévenus
retrait	pour 172	(154) prévenus
non-entrée en matière	pour 16	(8) prévenus
irrecevabilité	pour 12	(11) prévenus
confirmation	pour 155	(160) prévenus
modification	pour 201	(183) prévenus
cassation	pour 29	(22) prévenus

132 affaires non liquidées ont été reportées à l'année 1990.

5.2 En 1989, 100 (86) pourvois en nullité ont été interjetés contre des jugements des chambres pénales. 47 (42) cas étaient pendants des années précédentes.

98 (81) pourvois en nullité ont été liquidés comme suit:

retraits	40	(25)
non-entrées en matière	18	(27)
rejets	34	(25)
admissions	6	(4)

49 pourvois en nullité étaient pendants à fin 1989.

En outre, 24 (17) recours de droit public ont été interjetés auprès du Tribunal fédéral contre des jugements des chambres pénales. Trois d'entre eux étaient déjà pendants. Ces recours ont été liquidés de la façon suivante:

par retrait	1	(1)
par non-entrée en matière	4	(3)
par rejet	14	(14)
par admission	3	(3)

Cinq recours de droit public étaient encore pendants à la fin de l'année.

5.3 En émettant des directives à l'intention des tribunaux de district, le plenum des chambres pénales a donné suite à l'arrêt du Tribunal fédéral 114 Ia p. 143ss constatant que le juge du mandat de répression peut être récusé s'il est appelé à statuer dans la procédure qui se poursuit après l'opposition au mandat de répression.

6. Chambre criminelle et Tribunal pénal économique

6.1 Durant l'exercice, 29 affaires (27 l'année précédente) ont été enregistrées, dont 15 (13) concernent des infractions à la loi fédérale sur les stupéfiants. Avec les 13 (17) affaires de l'année

Zusammen mit den vom Vorjahr übertragenen 13 (17) Geschäften waren 42 (44) neu zu behandeln. Ein Geschäft der Kriminalkammer aus dem Berner Jura musste an das Geschworenengericht gewiesen werden. Je zwei Geschäfte des Geschworenengerichts und des Wirtschaftsstrafgerichts wurden vereinigt. Die Zahl der zu behandelnden Geschäfte reduziert sich somit auf 39.

Die Geschworenengerichte des Kantons Bern beurteilten 10 (9) Geschäfte mit 14 (12) Angeklagten. Die Kriminalkammer ihrerseits beurteilte 12 (12) Geschäfte mit 17 (18) Angeschuldigten. Das Wirtschaftsgericht hat 5 (6) Geschäfte mit 8 (13) Angeschuldigten beurteilt. 12 (13) Geschäfte wurden auf das folgende Jahr übertragen, davon 3 (4) des Wirtschaftsstrafgerichts.

Ein Geschäft des Wirtschaftsstrafgerichts aus dem Jahre 1987 konnte wegen Verhandlungsunfähigkeit des Angeschuldigten noch nicht beurteilt werden.

In 16 (11) Fällen musste ein früher gewährter bedingter Strafvollzug widerrufen werden. Die Kriminalkammern entschieden über drei Gesuche um nachträgliche Vollstreckung einer Freiheitsstrafe resp. einer Massnahme, eine Bussenumwandlung, eine Keine-weitere-Folgegebung, zwei Löschungsgesuche nach Artikel 80 StGB, zwei Freigaben einer Sicherheitsleistung und über ein Gesuch betreffend Drittansprache.

Sitzungstage:		
Geschworenengericht	51	(52)
Kriminalkammer	17	(21)
Wirtschaftsstrafgericht	43	(39)

Dazu kommen die Sitzungen der Kriminalkammer zur Bildung der Geschworenengerichte.

Auf den V. Bezirk (Berner Jura) entfielen null (0) Geschäfte der Kriminalkammer und ein (0) Geschäft des Geschworenengerichts.

Gesamthaft haben bei beiden Gerichten 49 (48) Suppleanten an 175 (187) Sitzungstagen mitgewirkt. Wie im letzten Jahresbericht erwähnt, wird es immer schwieriger, die Kriminalkammer und das Wirtschaftsstrafgericht zu besetzen. Die Zahl der zur Verfügung stehenden a. o. Suppleanten nimmt ständig ab. Die Kriminalkammer sollte deshalb um ein Mitglied verstärkt werden.

6.2 1989 wurden 22 (18) Nichtigkeitsbeschwerden beim Kassationshof des Schweizerischen Bundesgerichts eingereicht. Aus dem Vorjahr waren 14 (16) Verfahren hängig. Von den 36 (34) Nichtigkeitsbeschwerden wurden zehn (10) zurückgezogen, null (0) teilweise gutgeheissen, eine (0) gutgeheissen, vier (8) abgewiesen, null (0) als gegenstandslos erklärt, und auf zwei (2) wurde nicht eingetreten. 19 (14) Nichtigkeitsbeschwerden sind Ende 1989 noch hängig.

Beim Kassationshof des Obergerichts wurden vier (1) Nichtigkeitsklagen eingereicht. Aus dem Vorjahr war noch eine hängig. Von den fünf (7) Klagen wurde eine (6) abgewiesen. Auf Ende 1989 sind noch vier Nichtigkeitsklagen hängig.

Im Berichtsjahr hat das Bundesgericht über fünf (15) staatsrechtliche Beschwerden entschieden; davon wurden drei (13) abgewiesen, auf eine (2) wurde nicht eingetreten, und eine (0) wurde als gegenstandslos abgeschrieben.

Am 19. Juli 1989 hat das Bundesgericht den vieldiskutierten «Kehrsatzer Mordprozess» beurteilt. Es hat nach sehr sorgfältiger und umfassender Überprüfung die Beweiswürdigung des Geschworenengerichts nicht beanstandet. Es fehle jeder Hinweis für eine Dritttäterschaft; dagegen belasteten zahlreiche Indizien den Angeklagten. Der Schluss des Gerichts, der Angeklagte habe die Tat begangen, entspreche dem Beweisergebnis.

précédente, il y a eu 42 (44) affaires à traiter. Une affaire de la Chambre criminelle du Jura bernois a dû être renvoyée devant la Cour d'assises. Deux affaires, pendantes tant devant la Cour d'assises que devant le Tribunal pénal économique, ont été jointes. Le nombre des affaires en suspens se réduit ainsi à 39.

Les Cours d'assises du canton de Berne ont jugé 10 (9) affaires impliquant 14 (12) prévenus. La chambre criminelle quant à elle a jugé 12 (12) affaires impliquant 17 (18) prévenus. Le Tribunal pénal économique a jugé 5 (6) affaires impliquant 8 (13) prévenus. 12 (13) affaires ont été reportées à l'année suivante, dont 3 (4) du Tribunal pénal économique.

Une affaire du Tribunal pénal économique datant de 1987 n'a pas encore pu être jugée, en raison de l'incapacité du prévenu d'exercer ses droits civils.

Dans 16 (11) cas, le sursis qui avait été accordé a dû être révoqué. La Chambre criminelle s'est prononcée sur trois requêtes en vue de l'exécution d'une peine suspendue, respectivement d'une mesure, sur une conversion d'amende, sur une décision de ne pas donner suite à l'affaire, sur deux demandes de radiation au casier judiciaire selon l'article 80 CPS, sur deux libérations de caution et sur une requête relative à des prétentions de tiers.

Jours d'audience:		
Cour d'assises	51	(52)
Chambre criminelle	17	(21)
Tribunal pénal économique	43	(39)

A cela s'ajoutent les audiences de la Chambre criminelle pour la formation des Cours d'assises.

La Chambre criminelle n'a eu à juger aucune (0) affaire issue du V^e arrondissement (Jura bernois); la Cour d'assises a été saisie d'une (0) affaire.

Les deux tribunaux ont nécessité la participation de 49 (48) juges suppléants durant 175 (187) jours d'audience. Il devient toujours plus difficile, comme le relève le dernier rapport annuel, de former la Chambre criminelle et le Tribunal pénal économique. Le nombre de juges suppléants e.o. disponibles diminue régulièrement. La chambre criminelle devrait pour cette raison se voir renforcée d'un membre.

6.2 En 1989, 22 (18) pourvois en nullité ont été interjetés devant la Cour de cassation du Tribunal fédéral. 14 (16) procédures étaient encore pendantes de l'année précédente. Parmi ces 36 (34) pourvois en nullité, dix (10) ont été retirés, aucun (0) n'a été admis partiellement, un (0) a été admis, quatre (8) ont été rejetés, aucun (0) n'a été déclaré sans objet et deux (2) ont été déclarés irrecevables. 19 (14) pourvois en nullité étaient encore pendants à fin 1989.

Quatre (1) pourvois en nullité ont été interjetés devant la Cour de cassation cantonale. Un pourvoi était encore pendant de l'année précédente. Parmi ces cinq (7) pourvois en nullité, un (6) a été rejeté, et quatre étaient encore pendants à fin 1989.

Durant l'exercice, le Tribunal fédéral a statué sur cinq (15) recours de droit public; trois (13) d'entre eux ont été rejetés, un (2) a été renvoyé sans examen de son mérite et un (0) a été déclaré sans objet.

Le Tribunal fédéral a statué le 19 juillet 1989 sur le procès largement évoqué de l'«assassinat de Kehrsatz». Après un examen minutieux et complet, il n'a formulé aucun grief à l'adresse de l'appréciation des preuves faite par la Cour d'assises. Il n'existe aucun élément susceptible de mettre un tiers en cause; au contraire, de nombreux indices mettent en cause le prévenu. Le résultat de culpabilité auquel est parvenu le tribunal correspond aux preuves réunies.

7. Anklagekammer

7.1 Im Berichtsjahr sind 530 (Vorjahr 532) Geschäfte eingegangen, davon 54 (64) in französischer Sprache. Von früher her waren noch 45 (33) Geschäfte hängig, so dass die Gesamtzahl 575 (565) betrug.

Davon sind im Berichtsjahr erledigt worden 553 (520), nämlich:

Überweisungen	42	(37)
Rekurse	83	(78)
Beschwerden und Disziplinarverfahren	38	(33)
Gerichtsstandsbestimmungen	11	(7)
Haftentlassungsgesuche	80	(93)
Fristverlängerungen	29	(25)
Rekusionen	109	(91)
Ernennung eines a.o. Untersuchungsrichters (bes.), Staatsanwaltes oder Generalprokurators	43	(61)
Telefon- und Postüberwachungen	77	(57)
Andere Geschäfte	41	(38)

Unerledigt auf das Jahr 1990 wurden 22 (45) Geschäfte übertragen.

7.2 Vom Bundesgericht wurde im Berichtsjahr eine Nichtigkeitsbeschwerde gutgeheissen.

Staatsrechtliche Beschwerden wurden 31 (24) erledigt durch:

Rückzug	1	(1)
Nichteintreten	16	(7)
Abweisung	12	(11)
Gutheissung	2	(5)

Unerledigt auf das Jahr 1990 wurde eine staatsrechtliche Beschwerde übertragen.

7.3 Mit Ausnahme des Jahres 1986 (471 Geschäfte) gingen seit 1983 jährlich ständig mehr als 500 Geschäfte neu ein. Vergleicht man diese Zahl mit derjenigen von vor zehn Jahren (1979: 292), wird ersichtlich, welche Mehrarbeit von der Anklagekammer zu bewältigen ist, die in gleicher personeller Besetzung ja auch als I. Strafkammer arbeitet und einen Drittel der einlangenden Appellationen zu beurteilen hat.

7.4 Die Doppelfunktion der Mitglieder der Anklagekammer/I. Strafkammer führt aufgrund der neuen bundesgerichtlichen Rechtsprechung zur Befangenheit eines in anderer Funktion mit einer Sache «vorbefassten» Richters gelegentlich zu Schwierigkeiten. War die Anklagekammer in einem bestimmten Fall Überweisungsinstanz (Art. 192ff. StrV), überwies sie das Geschäft zur Beurteilung an ein Strafbamtsgericht und gelangt die Sache infolge Appellation gegen das erstinstanzliche Urteil gemäss internem Verteilmodus an die I. Strafkammer, kann diese nicht als in der Sache urteilendes Gericht fungieren und muss mit der II. Strafkammer einen Abtausch vornehmen. Nicht möglich ist ein derartiger Abtausch bei Geschäften in französischer Sprache. Diese sind ausnahmslos durch die I. Strafkammer zu beurteilen, da nur ihr ein Mitglied französischer Sprache angehört.

7.5 Die – obligatorische – Weiterbildungstagung für Untersuchungs- und Strafrichter vom 23. November 1989 war zum einen Teil der Aids-Problematik in medizinischer und strafrechtlicher Sicht gewidmet (Referate der Professoren Hans E. Bürgi, Bern, und Jörg Rehberg, Zürich). Zudem wurde orientiert über den Stand der Gesetzesrevision bezüglich Unvereinbarkeiten richterlicher Funktionen (Anpassung an die bundesgerichtliche Rechtsprechung) und über die Informatikprojekte der dezentralen Verwaltung.

7. Chambre d'accusation

7.1 Durant l'exercice, 530 affaires (532 l'année précédente) ont été enregistrées, dont 54 (64) de langue française. 45 (33) affaires étaient encore pendantes de sorte que leur nombre total s'est élevé à 575 (565).

Durant l'exercice, 553 (520) d'entre elles ont été liquidées, à savoir:

renvois	42	(37)
recours	83	(78)
prises à partie et procédures disciplinaires	38	(33)
déterminations de for	11	(7)
demandes de libération	80	(93)
prorogations de délais	29	(25)
récusations	109	(91)
désignations d'un juge d'instruction eo., d'un procureur eo. ou d'un procureur général eo.	43	(61)
surveillances téléphoniques et postales	77	(57)
autres affaires	41	(38)

22 (45) affaires non liquidées ont été reportées à 1990.

7.2 Durant l'exercice, le Tribunal fédéral a admis un pourvoi en nullité.

31 (24) recours de droit public ont été liquidés comme suit:

par retrait	1	(1)
par non-entrée en matière	16	(7)
par rejet	12	(11)
par admission	2	(5)

Un recours de droit public non liquidé a été reporté à 1990.

7.3 A l'exception de l'année 1986 avec 471 affaires, ce sont toujours plus de 500 affaires qui ont été enregistrées depuis 1983. Lorsque l'on compare cette situation avec celle existant il y a dix ans (1979: 292 affaires) se manifeste la charge de travail supplémentaire à laquelle doit faire face la Chambre d'accusation, qui dans une composition identique statue encore comme I^{re} Chambre pénale sur un tiers des appels.

7.4 Des difficultés surgissent actuellement au sujet de la double fonction de membre de la Chambre d'accusation et de la I^{re} Chambre pénale, et relative à la jurisprudence récente du Tribunal fédéral portant sur le défaut d'indépendance résultant de l'apparence de prévention créée par un juge qui s'est penché sur une cause dans deux fonctions différentes. Si la Chambre d'accusation fonctionnait dans un cas particulier comme autorité de renvoi (art. 192ss Cpp), que la cause était renvoyée pour jugement devant le tribunal de district, et que l'affaire, par suite d'appel et de répartition interne revenait à la I^{re} Chambre pénale, celle-ci ne pourrait statuer et elle devrait procéder à un échange avec la II^e Chambre pénale. Un tel procédé n'est pas possible avec les affaires de langue française. Celles-ci sont jugées exclusivement par la I^{re} Chambre pénale, laquelle est la seule à comprendre en son sein un membre de langue française.

7.5 La journée – obligatoire – de formation continue pour juges d'instruction et juges pénaux du 23 novembre 1989 était destinée en partie au problème du Sida sous l'angle médical et pénal (conférences des professeurs Hans E. Bürgi, Berne, et Jörg Rehberg, Zürich). Des explications ont en outre été fournies au sujet de la révision légale relative à l'incompatibilité de fonctions judiciaires (adaptation à la jurisprudence du Tribunal fédéral) et au sujet des projets d'informatisation de l'administration décentralisée.

8. **Kassationshof**

8.1 Im Jahre 1989 sind 14 (14) Geschäfte beim Kassationshof eingelangt, nämlich 10 (13) Gesuche um Wiederaufnahme des Verfahrens und 4 (1) Nichtigkeitsklagen.

Vom Vorjahr her waren noch 5 (11) Geschäfte hängig. Von diesen 19 (25) Geschäften wurden im Berichtsjahr 14 (20) erledigt; 5 (5) Geschäfte mussten auf das Jahr 1990 übertragen werden.

Die 14 Geschäfte wurden wie folgt erledigt:

Wiederaufnahmegesuche		
Gutheissung	5	(2)
Abweisung	6	(8)
Nichteintreten	2	(4)
Nichtigkeitsklagen		
Abweisung	1	(6)

8.2 Staatsrechtliche Beschwerden beim Bundesgericht 2 (5)

Abweisung	3	(4)
Noch hängig	-	(1)

9. **Abberufungskammer**

Aus dem Vorjahr musste kein (1) Verfahren übernommen werden; die 4 (5) im Berichtsjahr eingelangten Geschäfte wurden wie folgt erledigt:

Gutheissung Beschwerde	1	(-)
Aufhebung Verfahren	1	(1)
Nichteintreten	1	(1)
Abweisung	1	(-)
Vergleich	-	(1)
Keine Folgegebung	-	(1)
Verwarnung oder Verweis	-	(2)

Durch die Revision des VRPG wurde die Kompetenz zur Abberufung von Beamten neu dem Verwaltungsgericht zugewiesen. Deshalb wurde die Kammer in Disziplinarkammer umbenannt.

10. **Anwaltskammer**

10.1 Die sachliche Zuständigkeit der Anwaltskammer ergibt sich aus Artikel 18 FG. Oftmals wenden sich Bürger um Rat oder Hilfe in einer bestehenden oder beabsichtigten Auseinandersetzung mit einem Anwalt an die Anwaltskammer. Es ist dann häufig nicht einfach, den Betreffenden klarzumachen, dass die Anwaltskammer als staatliche Aufsichtsbehörde keine Auskunftsstelle ist und eine Angelegenheit nur behandeln kann, wenn eine formelle Beschwerde oder ein förmliches Gesuch bei ihr eingereicht wird.

Auch die Abgrenzung zwischen der Zuständigkeit der Anwaltskammer als Moderationsinstanz (Art. 38 des Gesetzes über die Fürsprecher, FG) und derjenigen der ordentlichen Zivilgerichte bietet gewisse Schwierigkeiten; denn häufig geschieht es, dass ein Klient die Honorarforderung seines Anwalts mit dem Argument bestreitet, dieser habe den ihm erteilten Auftrag nicht oder schlecht ausgeführt. Weil es sich meistens um Laien-Eingaben handelt, ist die Meinung des Gesuchstellers zuweilen nicht einwandfrei festzustellen. Und selbst Gerichtspräsidenten, die die Honorarforderungen eines Anwalts gegenüber seinem Klienten zu beurteilen haben, verfal-

8. **Cour de cassation**

8.1 14 (14) affaires sont parvenues à la Cour de cassation en 1989, à savoir 10 (13) demandes de révision et 4 (1) pourvois en nullité.

Cinq (11) affaires étaient encore pendantes de l'année précédente. De ces 19 (25) affaires, 14 (20) ont été liquidées; 5 (5) d'entre elles ont dû être reportées à 1990.

Les 14 affaires ont été liquidées comme suit:

Les demandes en révision par:		
admission	5	(2)
rejet	6	(8)
non-entrée en matière	2	(4)
Le pourvoi en nullité par:		
rejet	1	(6)

8.2 Recours de droit public au Tribunal fédéral: 2 (5)

rejetés	3	(4)
encore pendant	-	(1)

9. **Chambre de révocation**

Aucune (1) affaire datant de l'année précédente n'était encore pendante; les 4 (5) nouvelles affaires enregistrées durant l'exercice ont été liquidées comme suit:

admission d'une plainte	1	(-)
suspension de la procédure	1	(1)
non-entrée en matière	1	(1)
rejet	1	(-)
transaction	-	(1)
sans y donner suite	-	(1)
par avertissement ou réprimande	-	(2)

La compétence pour statuer sur la révocation de fonctionnaires a été confiée lors de la révision de la LPJA au Tribunal administratif. Pour cette raison, la dénomination de la chambre a changé pour devenir la Chambre disciplinaire.

10. **Chambre des avocats**

10.1 La compétence matérielle de la Chambre des avocats résulte de l'article 18 de la loi sur les avocats (LA). Il arrive fréquemment que des citoyens s'adressent à la Chambre des avocats pour demander assistance ou conseil au sujet d'un litige existant ou à venir avec un avocat. Il n'est ensuite souvent pas facile de faire comprendre à l'intéressé que la Chambre des avocats, en tant qu'autorité de surveillance étatique, ne constitue pas un office de renseignements et ne traite une cause que lorsqu'elle est saisie d'une plainte ou d'une requête respectant les formalités.

La démarcation entre la compétence de la Chambre des avocats en qualité d'instance statuant sur une demande de modération d'honoraires (art. 38 LA) et la compétence du juge civil ordinaire présente certaines difficultés; il arrive souvent qu'un client conteste les honoraires de son avocat pour le motif que le mandat confié n'a pas ou mal été exécuté. Par le fait qu'il s'agit parfois de pièces rédigées par des profanes, il est souvent difficile d'en saisir le sens. Même des présidents de tribunal, lorsqu'ils doivent déterminer les honoraires dus à un avocat, considèrent à tort que les parties doivent être renvoyées

len zuweilen dem irrigen Glauben, die Parteien zur Bestimmung der Höhe des Honorars vor die Anwaltskammer weisen zu müssen. Diese muss dann jeweils als neun- oder doch dreiköpfiges Gremium in einem zeitaufwendigen schriftlichen Verfahren unter Vorbehalt aller zivilrechtlichen Einreden festlegen, was der Zivilrichter – je nach Streitwert in einem einfachen, rein mündlichen Verfahren – als Einzelrichter für die Parteien rechtsverbindlich entscheiden könnte.

10.2 Verschiedene zu beurteilende Geschäfte haben gezeigt, dass das Verfahren im FG lückenhaft geregelt ist und verschiedene Fragen offenlässt. Die Anwaltskammer wird durch Auslegung die anwendbaren Verfahrensbestimmungen konkretisieren müssen. In diesem Zusammenhang wird bereits jetzt deutlich, dass die Amtszeitbeschränkung (Art. 21 FG) der kontinuierlichen Rechtsprechung in dem nicht ganz alltäglichen Rechtsgebiet der Anwaltsaufsicht nicht dienlich ist.

10.3 Im Berichtsjahr langten 39 (Vorjahr 39) Geschäfte ein. Von früher her waren noch 28 (22) hängig. Von diesen insgesamt 67 (61) Geschäften wurden 37 (33) erledigt, während 30 (28) bei Jahresende noch hängig waren.

Die 37 Geschäfte betrafen:

Festsetzung der Honorarforderungen: 10 (14), wovon 7 Moderationsgesuche und 3 Kostenbestimmungsgesuche von Anwälten; Disziplinarsachen: 16 (14), wovon 9 (6) von Amtes wegen eingeleitete Disziplinarverfahren; Gesuche um Befreiung von der Schweigepflicht: 8 (5); Bestimmung der zugesprochenen Entschädigung: 2 (0); Gesuch um Wiedererteilung des Fürsprecherpatentes 1 (0).

Die 7 (10) Kostenmoderationsgesuche wurden erledigt durch:

Gutheissung	4	(2)
Abweisung	1	(6)
Rückzug	0	(2)
Nichteintreten	2	(0)

Die 16 (14) Disziplinarsachen wurden wie folgt erledigt:

Abweisung der Beschwerde bzw. Nichteröffnen eines Disziplinarverfahrens	1	(5)
Rückzug	3	(2)
Keine weitere Folge	3	(5)
Aufgehoben	2	(–)
Busse	2	(2)
Entzug des Fürsprecherpatentes (4 Verfahren miteinander vereinigt)	1	(–)
Entzug der Berufsausübungsbewilligung	1	(–)

10.4 Gegen zwei Urteile der Anwaltskammer wurde beim Bundesgericht staatsrechtliche Beschwerde eingereicht, eine wurde abgewiesen, die andere ist noch hängig.

11. Kantonale Rekurskommission für fürsorgische Freiheitsentziehungen

Im Berichtsjahr sind 62 (Vorjahr 63) neue Geschäfte eingelangt, davon 10 (4) in französischer Sprache. Aus dem Vorjahr waren noch 12 Geschäfte hängig. Davon sind 60 (70) Geschäfte erledigt worden, nämlich durch:

devant la Chambre des avocats en vue de la taxation de ces honoraires. Il incombe ensuite à cette dernière de se prononcer dans le cadre d'une composition à trois ou à neuf membres au terme d'une procédure écrite et fastidieuse, après avoir examiné toutes les objections soulevées sur le plan civil. Or, ce travail pourrait être fait, suivant la valeur litigieuse, dans une procédure simple et orale par le juge civil et avec un résultat équivalent pour les parties.

10.2 Différentes affaires à juger ont démontré que la procédure dans la LA est réglée de façon lacunaire et laisse différentes questions ouvertes. La Chambre des avocats devra, par interprétation, concrétiser les dispositions procédurales applicables. Dans ce contexte, il apparaît déjà clairement aujourd'hui que la limitation de la période de fonction (art. 21 LA) n'est pas propice à une jurisprudence constante dans ce domaine juridique pas tout à fait usuel que constitue la surveillance des avocats.

10.3 39 affaires (39 l'année précédente) ont été enregistrées durant l'exercice. 28 (22) affaires étaient encore pendantes de l'année précédente. De ce total de 67 (61) affaires, 37 (33) ont été liquidées et 30 (28) étaient encore pendantes à la fin de l'exercice.

Les 37 affaires avaient pour objet:

Détermination des honoraires: 10 (14), dont 7 requêtes en modération d'honoraires et 3 demandes de fixation des honoraires par des avocats; affaires disciplinaires: 16 (14), dont 9 (6) procédures introduites d'office; demandes en vue d'être libéré du secret professionnel: 8 (5), détermination de l'indemnité accordée: 2 (0), requête en vue de la restitution du brevet d'avocat: 1 (0).

Les 7 (10) demandes de modération d'honoraires ont été liquidées de la façon suivante:

par admission	4	(2)
par rejet	1	(6)
par retrait	–	(2)
par non-entrée en matière	2	(–)

Les 16 (14) procédures disciplinaires ont été liquidées:

par rejet de la plainte, resp. non-ouverture d'une procédure disciplinaire	1	(5)
par retrait	3	(2)
sans y donner suite	3	(5)
par suspension	2	(–)
par une amende	2	(2)
par retrait du brevet d'avocat (4 procédures ont été jointes)	1	(–)
par retrait de l'autorisation d'exercer	1	(–)

10.4 Deux jugements de la Chambre des avocats ont fait l'objet d'un recours de droit public au Tribunal fédéral; l'un d'entre eux a été rejeté, l'autre est encore pendant.

11. Commission cantonale de recours en matière de privation de liberté à des fins d'assistance

Durant l'exercice, 62 affaires (63 l'année précédente) ont été enregistrées, dont 10 (4) en langue française. 12 affaires étaient encore pendantes de l'année précédente. 60 (70) affaires ont été liquidées, à savoir:

Abschreibung infolge Rückzuges oder Gegenstandslosigkeit (Entlassung)	48	(53)
Rückweisung oder Weiterleitung an die zuständige Instanz	2	(-)
Abweisung des Rekurses	7	(9)
Gutheissung	1	(6)
Nichteintreten	2	(2)
	60	(70)

rayées du rôle suite à un retrait ou faute d'objet (libération)	48	(53)
renvoyées ou transmises à l'instance compétente	2	(-)
rejets du recours	7	(9)
admission du recours	1	(6)
recours déclarés irrecevables	2	(2)
	60	(70)

Unerledigt auf das Jahr 1990 mussten somit 14 (12) Geschäfte übertragen werden. Ein Geschäft wurde an das Bundesgericht weitergezogen. Dieses trat auf die Berufung nicht ein. Die aus dem Vorjahr hängige Berufung wurde abgewiesen.

Quatorze (12) affaires non liquidées ont ainsi dû être reportées à 1990. Une affaire a été portée devant le Tribunal fédéral, lequel n'est pas entré en matière sur le recours en réforme. Le recours pendant depuis l'année précédente a été rejeté.

12. Fürsprecherprüfungen

Für den ersten Teil des Staatsexamens haben sich 120 (161) Kandidaten angemeldet; alle wurden zugelassen. Sieben (18) Anmeldungen wurden rechtzeitig zurückgezogen; zwei (1) Kandidaten haben das Examen abgebrochen.

118 (144) Kandidaten erfüllten die Bedingungen zur Zulassung zum zweiten Teil des Staatsexamens; 7 davon nach den Bestimmungen des alten Prüfungsreglementes. Ein zum zweiten Teil zugelassener Kandidat entschied sich zur Wiederholung des ersten Teiles. Das bernische Fürsprecherpatent konnte an 96 (114) Geprüfte ausgehändigt werden; 21 (29) bestanden die Prüfung nicht. Vorwiegend scheiterten sie an der Anzahl der ungenügenden Noten, zum Teil in Verbindung mit dem erforderlichen höheren Durchschnitt, den sie nicht erreichten.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen kann gesagt werden, dass die neue Bewertungsskala (Noten von 1 bis 10 statt wie früher von 0 bis 5) keine nennenswerte Veränderung der Durchfallquote gegenüber dem früheren Prüfungsreglement gebracht hat. Im Berichtsjahr lag sie im Durchschnitt knapp unter 20 Prozent. Berücksichtigt man ferner, dass die Prüfung zweimal wiederholt werden kann, ergibt sich, dass nur vereinzelte Kandidaten die Prüfung dreimal nicht bestehen und endgültig abgewiesen werden müssen.

12. Examens d'avocat

120 (161) candidats se sont annoncés à la première partie de l'examen d'Etat; tous ont été admis. Sept (18) candidatures ont été retirées en temps utile; deux (1) candidats ont interrompu leur examen.

118 (144) candidats ont rempli les conditions d'admission à la seconde partie de l'examen d'Etat, 7 d'entre eux selon les prescriptions de l'ancien règlement sur les examens d'avocat. Un candidat admis à la seconde partie a décidé de répéter la première partie de l'examen. Le brevet bernois d'avocat a pu être délivré à 96 (114) candidats alors que 21 (29) n'ont pas réussi l'examen. La plupart d'entre eux ont échoué en raison du nombre de notes insuffisantes, en partie en relation avec la moyenne plus élevée qu'ils n'ont pas atteinte. Sur la base de l'expérience acquise jusqu'à présent, il convient de relever que la nouvelle échelle de notation (notes de 1 à 10 et non plus de 0 à 5 comme auparavant) n'a pas apporté de changement significatif du taux d'échec, en regard de celui résultant de l'ancien règlement sur les examens d'avocat. La moyenne de cette année était de peu inférieure à 20 pour cent.

Lorsque l'on considère en outre que l'examen peu être répété deux fois, il apparaît que seuls des candidats isolés échouent à trois reprises et ne peuvent de ce fait plus se représenter à l'examen.

13. Aus dem Bericht des Generalprokurators des Kantons Bern

13. Rapport du procureur général du canton de Berne

13.1 Statistik, ganzer Kanton

13.1 Statistique pour l'ensemble du canton

Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der eingelangten *Straf anzeigen* ein weiteres Mal um 5171 (4,7%) auf 113 756 angestiegen. Es wurden auch mehr *Voruntersuchungen* eröffnet (+6½%) und erledigt (+11%) als 1988. Bei den *Einzelrichtern* gingen 2501 (+3,8%) mehr Fälle ein. Auch das Total der von den Einzelrichtern durch Strafmandate, Eventualurteile, Vor- und Zwischenentscheide sowie Endurteile erledigten Fälle hat dasjenige des Vorjahres um 6,5 Prozent übertroffen.

Bei den *Amtsgerichten* gingen 6 Prozent weniger Fälle ein, erledigt wurden dagegen 4 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Durch *Appellationen* an die Strafkammern des Obergerichts wurden 360 (352) Urteile der Einzelrichter und 115 (118) Urteile der Strafsamtsgerichte angefochten.

Der *Kriminalkammer*, dem *Geschworenengericht* und dem *Wirtschaftsstrafgericht* wurden 30 (29) Fälle überwiesen.

Le nombre des *dénonciations pénales* a une nouvelle fois augmenté cette année de 5171 (4,7%), passant ainsi à 113 756. Il y a également eu davantage d'*instructions* qui ont été ouvertes (+6½%) et liquidées (+11%) qu'en 1988. Les *juges uniques* ont enregistré 2501 cas (+3,8%) de plus. Les affaires que les juges uniques ont liquidées par mandat de répression, par jugement immédiat, par jugement sur questions préjudicielles ou incidentes ou par jugement avec débats ont augmenté de 6,5 pour cent par rapport à l'année précédente.

Les *tribunaux de district* ont enregistré 6 pour cent de cas en moins; ils en ont en revanche liquidés 4 pour cent de plus que l'année passée.

360 (352) jugements des juges uniques et 115 (118) jugements des tribunaux de district ont été portés devant les Chambres pénales de la Cour suprême au moyen de l'*appel*.

30 (29) cas ont été renvoyés devant la *Chambre criminelle*, la *Cour d'assises* ou le *Tribunal pénal économique*.

13.2 **Geschworenenbezirke**13.2.1 *Oberland*

Im Amtsbezirk *Thun* trat im April 1989 Fürsprecher Peter Moser die Nachfolge von Gerichtspräsident Anton Genna an, der auf den 1. Januar 1989 zum Regierungsstatthalter gewählt worden war. Beim Richteramt Thun gingen um 2,6 Prozent mehr Anzeigen ein als im Vorjahr, womit die Rekordreihe der letzten Jahre fortgesetzt wurde.

Eine spürbare Zunahme an Neueingängen (+8%) hatte ausgerechnet das Richteramt *Niedersimmental* zu verzeichnen, das durch die langdauernde, krankheitsbedingte Abwesenheit des ordentlichen Gerichtspräsidenten ohnehin schon in Verlegenheit geraten war. Dennoch konnten die Pendenzen dank dem anerkanntenswerten Einsatz des Gerichtsschreibers und mehrerer ausserordentlicher Gerichtspräsidenten bis Ende Jahr grösstenteils abgebaut werden. 1990 wird sich der Geschäftsgang voraussichtlich normalisieren.

In den *übrigen Bezirken* des Oberlandes hielt sich die Geschäftslast im Rahmen der Vorjahre.

Die im Amt *Frutigen* eröffnete Voruntersuchung gegen den Millionenbetrüger, der sich «Dr. Alder» benannte, wurde einem ausserordentlichen Untersuchungsrichter übertragen. Sie wurde soeben abgeschlossen.

Auffällig war im *Oberland* der überproportionale Anteil der Ausländer an der Begehung schwerer und schwerster Straftaten (2 Tötungsdelikte, vorsätzliche schwere Körperverletzung, mehrere Raubtaten und qualifizierte Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz, bandenmässiger Diebstahl und gewerbsmässige Betrüge mit Kreditkarten). Die grosse Zurückhaltung, die sogar solchen Delinquenten gegenüber durch verschiedene Gerichte geübt wird, wenn eine unbedingte Landesverweisung in Frage steht, ist – jedenfalls nach der Auffassung der Staatsanwaltschaft – fehl am Platz.

13.2.2 *Mittelland*

In diesem *Geschworenenbezirk* hat die Zahl der eingelangten Strafanzeigen mit 53 989 einen neuen Höchststand erreicht (+7,5%).

Desgleichen im *Amtsbezirk Bern* mit 45 838 Fällen (+6%). Hier stellte der geschäftsleitende Untersuchungsrichter in allen Sparten des Untersuchungsrichteramtes eine massive Zunahme der Geschäftslast fest, was aus seiner Sicht weniger an der Zahl der Neueingänge lag, als vielmehr daran, dass mehrere schwere Verbrechen einzelne Untersuchungsrichterämter während Monaten blockierten. Die betreffenden Richter mussten vom Pikettdienst und von der Bearbeitung anderer Geschäfte entbunden und für diese Belange durch Kollegen ersetzt werden. Auch die Belastung des Personals soll die Grenze des Erträglichen erreicht haben.

Tatsächlich ereigneten sich im Amt Bern auffällig viele Tötungsdelikte mit insgesamt elf Opfern. Bis auf einen Fall (Tötung eines Taxifahrers in Ostermundigen) konnten die Täter eruiert werden. In sieben Fällen waren es Ausländer.

Diese Häufung von Tötungsdelikten dürfte zufällig sein, handelte es sich doch vornehmlich um Beziehungsdelikte. Eine deutliche Tendenz zeichnet sich dagegen in der erneut angestiegenen Zahl der Raubtaten ab, die mehrheitlich als Mittel zur Drogenbeschaffung verübt wurden.

Tendenz offenbar auch in der auf dem Untersuchungsrichteramt Bern registrierten Vielzahl von Strafanzeigen, mit denen Geschäftsleute aus der Abzahlungs-, Leasing- und Videoverleiher-Branche gegen säumige Kunden vorgehen. «Man merkt die Absicht...»: die Umgehung der Vorschusspflicht im Zivilprozess. Ein altes Lied mit neuen Strophen. Es empfiehlt sich, diese Kläger auf geeignete Weise auf den Zivilweg zu lenken.

13.2 **Arrondissements d'assises**13.2.1 *Oberland*

Dans le district de *Thoune*, M^e Peter Moser a succédé en avril 1989 au président de Tribunal Anton Genna, qui a été nommé préfet à partir du 1^{er} janvier 1989. Le district de Thoune a enregistré 2,6 pour cent de dénonciations de plus que l'année précédente; la série de records des dernières années s'est ainsi poursuivie.

Le district du *Niedersimmental* a enregistré une sensible augmentation des nouvelles affaires (+8%) alors qu'il connaissait déjà des difficultés en raison du long congé de maladie de son président ordinaire. Néanmoins, la majeure partie des affaires pendantes a pu être liquidée jusqu'à la fin de l'exercice grâce aux efforts considérables consentis par le greffier et plusieurs présidents de tribunal extraordinaires. Les affaires reprendront probablement leur cours normal en 1990.

Dans les *autres districts* de l'Oberland, la charge de travail a été semblable à celle des années passées.

L'instruction ouverte dans le district de *Frutigen* contre l'escroc à millions qui se faisait nommer «Dr Alder» a été transférée à un juge d'instruction extraordinaire. Elle vient d'être terminée.

Le pourcentage disproportionné d'étrangers qui ont commis des infractions graves et extrêmement graves dans l'*Oberland* a été frappant (2 meurtres, des lésions corporelles graves intentionnelles, plusieurs brigandages et infractions qualifiées à la LF sur les stupéfiants, un vol commis en bande et des escroqueries par métier au moyen de cartes de crédit). La grande réserve que montrent certains tribunaux, même à l'égard de délinquants de ce genre lorsqu'il est question de prononcer une expulsion inconditionnelle à leur égard, est déplacée, de l'avis du Ministère public en tout cas.

13.2.2 *Mittelland*

Cet *arrondissement d'assises* a atteint une nouvelle pointe avec 53 989 dénonciations pénales (+7,5%).

Il en est de même dans le *district de Berne* qui a enregistré 45 838 cas (+6%). Dans ce district, le doyen des juges d'instruction a constaté une augmentation massive de la charge de travail dans tous les secteurs du service des juges d'instruction; à son avis, la cause réside moins dans le nombre des nouvelles entrées que dans les nombreux crimes graves qui ont bloqué certains juges d'instruction pendant des mois. Les juges concernés ont dû être libérés du service de piquet ainsi que des autres affaires et remplacés dans ces fonctions par des collègues. La charge de travail du personnel a également atteint la limite du supportable.

Il y a effectivement eu un nombre frappant de meurtres dans le district de Berne avec au total onze victimes. A l'exception d'un cas (meurtre d'un chauffeur de taxi à Ostermundigen), les auteurs ont tous pu être retrouvés. Dans sept cas, il s'agissait d'étrangers.

Il se peut que cette accumulation de meurtres soit fortuite, étant donné qu'il s'agit avant tout de délits relationnels. Une nette tendance se dessine en revanche en ce qui concerne les brigandages dont le nombre a encore augmenté et qui ont pour la plupart été commis dans le but de se procurer de la drogue.

Cette tendance se retrouve apparemment auprès du service des juges d'instruction de Berne qui a enregistré un nombre élevé de dénonciations pénales que des commerçants spécialisés dans la vente à tempérament, le leasing et le prêt de vidéos, ont déposées contre des clients qui ne se sont pas acquittés de leurs dettes. «On remarque leur intention...»: de

Zwei Stellen auf dem Untersuchungsrichteramt Bern mussten mit den Fürsprechern Peter Kunz und Charles-Simon Haenni neu besetzt werden, weil die Herren Andreas Weber und Jürg Blaser auf das Einzelrichteramt umsattelten. Auch diesem Amt, d. h. den Richterämtern VI–X, wurden im Berichtsjahr 8,5 Prozent Geschäfte mehr zugewiesen. Die Überlast, die schon im Vorjahr bestanden hatte, konnte nur durch Aushilfsrichter, die vom Obergericht und der Justizdirektion grosszügig bewilligt wurden, bewältigt werden.

Der Gerichtspräsident X – aber auch mehrere seiner Kollegen aus der «Provinz» – heben in ihren Jahresberichten hervor, die Strafverfahren seien komplizierter, harziger geworden. Die Bereitschaft der Angeschuldigten, die Verantwortung für ihre Verfehlungen zu übernehmen, schwinde zusehends. Das äussere sich in vermehrten Einsprüchen gegen Strafmandate und Eventualurteile, auch in für sie aussichtslosen Bagatellfällen, insbesondere in Strassenverkehrssachen, was zu vermehrten Hauptverhandlungen führe, die ihrerseits durch vehement und mit lautstarker Berufung auf Grund- und Menschenrechte geforderte Beweismassnahmen unnötig erschwert und verlängert würden. Wohl zu Recht wird daher in Jahresberichten aus Amtsbezirken, in denen die Geschäftszahlen leicht rückläufig waren, betont, dass die Geschäftslast insgesamt nicht abgenommen habe.

Das Richteramt *Laupen* verzeichnete die grösste Zunahme an Neueingängen im ganzen Kanton (+41%). Dazu kam, dass der als Untersuchungsrichter amtierende Gerichtsschreiber in Atem gehalten wurde mit den Ermittlungen gegen einen Brandstifter, der während fünf Monaten an nahezu jedem Wochenende irgendwo Feuer legte; bis er nach einer der intensivsten und längsten Fahndungsaktionen der Kantonspolizei Anfang November gefasst werden konnte. Trotz allem waren die Zahlen der am Jahresende beim Untersuchungsrichter und beim Einzelrichter anhängigen Fälle nur unwesentlich grösser als im Vorjahr.

Auch das Richteramt *Konolfingen* erlebte mit einer Zunahme um 7,6 Prozent einen neuen Höchststand an eingelangten Strafanzeigen.

Ausgeglichen war die Geschäftslast im Amt *Schwarzenburg*. Dass trotzdem «keine ruhige Kugel geschoben werden konnte», wie der Gerichtspräsident sich ausdrückte, soll die Anklagekammer verhindert haben, indem sie ihm sieben Fälle zuwies, die in benachbarten Bezirken wegen «menschentlicher Befangenheit» der Gerichtspräsidenten nicht behandelt werden konnten.

Um ganze 19 Prozent wiederum übertrafen die Neueingänge beim Richteramt *Seftigen* diejenigen im Vorjahr. Trotzdem konnten Rückstände abgebaut werden, nicht zuletzt deswegen, weil auch hier wegen der Unvereinbarkeit des Strafmandatsrichters mit dem urteilenden Richter vermehrt ausserordentliche Gerichtspräsidenten eingesetzt wurden.

détourner l'avance de frais obligatoire dans le procès civil. Un vieux refrain avec de nouvelles strophes. Il convient de diriger ces plaignants sur la voie idoine qui est celle du droit civil.

Deux postes du service des juges d'instruction de Berne ont dû être nouvellement repourvus par Mes Peter Kunz et Charles-Simon Haenni suite aux départs de MM. Andreas Weber et Jürg Blaser qui ont repris le poste de juges uniques. Ce district, c'est-à-dire les tribunaux VI–X, ont reçu 8,5 pour cent d'affaires en plus durant cet exercice. La surcharge de travail, qui datait déjà de l'année passée, n'a pu être jugulée que grâce aux juges auxiliaires qui ont été généreusement accordés par la Cour suprême et la Direction de la justice.

Le président de Tribunal X – mais également nombre de ses collègues de la «province» – relèvent dans leur rapport annuel que les procédures pénales deviennent plus compliquées et plus pénibles. Ils ont constaté que les prévenus étaient toujours moins disposés à supporter la responsabilité de leurs fautes. Cela se manifeste par l'augmentation des oppositions aux mandats de répression et aux jugements immédiats faites également dans des cas bénins dépourvus de chances de succès, notamment dans le domaine de la circulation routière; d'où l'augmentation des audiences avec débats qui, pour leur part, sont inutilement compliquées et prolongées par une administration de preuves exigée avec véhémence et à grands cris en se fondant sur les droits de l'homme et les libertés fondamentales. C'est dès lors à juste titre que les rapports annuels de certains districts dans lesquels les affaires ont légèrement régressé soulignent que, dans l'ensemble, la charge de travail n'a pas diminué.

Le district de *Laupen* accuse l'augmentation la plus marquée des nouvelles affaires dans le canton (+41%). De surcroît, le greffier qui fonctionne comme juge d'instruction a été tenu en haleine par une enquête contre un piromane qui, durant 5 mois, a bouté le feu presque tous les weekends à quelque part, jusqu'à ce qu'il soit arrêté au début de novembre, après une des plus longues et des plus intenses actions policières à laquelle ne s'est jamais livrée la police cantonale. Malgré tout, les affaires pendantes auprès du juge d'instruction et du juge unique n'ont augmenté que de façon négligeable par rapport à l'année passée.

Avec 7,6 pour cent de dénonciations pénales supplémentaires, le district de *Konolfingen* a également connu un nouveau record.

A *Schwarzenburg*, la charge de travail est demeurée stable. Si malgré tout «on ne pouvait se tourner les pouces», ainsi que s'est exprimé le président du Tribunal, c'est parce que la Chambre d'accusation lui a renvoyé 7 cas des districts voisins dont les présidents de tribunal, «prévenus au sens de la convention sur les droits de l'homme», ne pouvaient pas traiter.

Dans le district de *Seftigen*, les nouvelles affaires ont à nouveau dépassé de 19 pour cent en tout cas celles de l'année précédente. Néanmoins, les affaires restées en souffrance ont pu être réduites également en raison de l'incompatibilité, dans ce district, entre le juge décernant le mandat de répression et le juge du fond qui a nécessité la désignation de davantage de présidents de tribunal extraordinaires.

13.2.3 *Emmental-Oberaargau*

Auch in diesem *Geschworenenbezirk* wurde eine Zunahme der eingelangten Strafanzeigen verzeichnet (+7,6%). Davon betroffen wurden jedoch nur die Amtsbezirke *Burgdorf* (+10%), *Trachselwald* (+15,6%) und *Wangen an der Aare* (+20,5%). Im Amt *Aarwangen* mussten dagegen wesentlich mehr Voruntersuchungen eröffnet werden, hauptsächlich wegen vermehrter Beschaffungsdelikte der Drogensüchtigen. Auch der Untersuchungsrichter von *Burgdorf* spricht von einer «eigentlichen Drogenwelle» in seinem Amtsbezirk. Als mögliche Ursache

13.2.3 *Emmental/Haute-Argovie*

Cet *arrondissement d'assises* a également connu une augmentation des dénonciations pénales (+7,6%). Seuls les districts de *Berthoud* (+10%), de *Trachselwald* (+15,6%) et de *Wangen an der Aare* (+20,5%) ont été touchés par cette augmentation. En revanche, dans le district d'*Aarwangen*, les ouvertures d'instructions ont été sensiblement plus nombreuses en raison notamment des délits perpétrés par les drogués pour se procurer des stupéfiants. Le juge d'instruction de *Berthoud* parle également d'une «vraie vague de drogue» dans son district.

wird der zunehmende freiere Zugang zu harten Drogen in Zürich und Bern bezeichnet.

An besonderen Vorkommnissen erwähnt der Bezirksprokurator je ein Tötungsdelikt in den Ämtern Aarwangen, Burgdorf und Trachselwald, einen umfangreichen Fall mit zahlreichen qualifizierten Raubtaten im Amt Fraubrunnen, die zum Teil ebenfalls der Beschaffung von Drogen dienten, sowie eine Serie von Einbrüchen, die von vier jugoslawischen «Kriminaltouristen» im Amt Wangen verübt wurden.

In diesem Amtsbezirk trat im Februar 1989 Fürsprecher Thomas Hiltbold an die Stelle des zum ausserordentlichen Untersuchungsrichter für Drogendelikte gewählten Gerichtsschreibers Hans Ulrich Hadorn. Damit übernahm Herr Hiltbold zugleich die Funktionen des Untersuchungsrichters.

13.2.4 Seeland

Hier war die Geschäftslast unverändert gross, jedenfalls in den Amtsbezirken *Biel*, *Büren* und *Nidau*.

In 50 Prozent der Fälle, mit denen sich die Untersuchungsrichter von *Biel* zu befassen hatten, waren Drogen im Spiel.

In *Aarberg* amtet seit 1987 der Gerichtsschreiber Lucien Droz als Untersuchungsrichter und Einzelrichter in Strafsachen. Demnächst wird der Grosse Rat über die Schaffung einer zweiten Gerichtspräsidentenstelle in diesem Bezirk beschliessen. Desgleichen über die ebenso dringliche sechste Gerichtspräsidentenstelle im Amt *Biel*, wo im Berichtsjahr gleich drei «Teilzeitrichter» funktionierten, was einem erspriesslichen Geschäftsablauf nicht eben förderlich war.

13.2.5 Berner Jura

Bei allen drei Richterämtern dieses Geschworenenbezirks gingen die Anzeigenzahlen im Durchschnitt um 5 Prozent zurück. Es wurden aber auch weniger Strafmandate, Einzelrichter- und Strafamtsgerichtsurteile ausgefällt. Über die Ursachen dieses Rückgangs haben sich die Beteiligten nicht ausgesprochen.

Wie in Biel und anderswo grassierte auch im Berner Jura das Stellvertretungswesen: Der Gerichtspräsident II von Courtelary, der gemäss Dekret und Obergerichtsbeschluss zu 50 Prozent in Biel amtieren sollte, arbeitete – weil mit einem umfangreichen Wirtschaftskriminalfall befasst – praktisch ganzzeitlich für Biel, was zur Folge hatte, dass die Gerichtsschreiberin von La Neuveville, Frau Cornelia Apolloni, sowie Fürsprecher François Contini aushilfsweise auf dem Richteramt Courtelary eingesetzt werden mussten.

13.3 Abteilung für Drogendelikte beim Untersuchungsrichteramt Bern

Die Abteilung setzt sich zusammen aus einem ordentlichen und zwei ausserordentlichen Untersuchungsrichtern. Die Leitung hatte im Berichtsjahr Untersuchungsrichter Jürg Zinglé inne. Ihm zur Seite standen die ausserordentlichen Untersuchungsrichter Bircher und Hadorn. Die Funktionen der Staatsanwaltschaft versah der ausserordentliche Prokurator Klaus Feller.

1989 nahm die Abteilung 138 (1988: 144) neue Verfahren mit 153 Angeschuldigten an die Hand, worunter 124 Männer und 29 Frauen, 96 Schweizer und 57 Ausländer aus 16 verschiedenen Staaten. Erledigt wurden 112 (Vorjahr: 144) Fälle. Davon

L'accès toujours plus libre aux drogues dures dans les villes de Zurich et de Berne en est la cause possible.

Le procureur d'arrondissement a relaté des événements particuliers; il s'agit d'un meurtre dans chacun des districts d'Aarwangen, de Berthoud et de Trachselwald, d'un cas volumineux portant sur de nombreux brigandages qualifiés dans le district de Fraubrunnen qui ont également servi, en partie, à acquérir de la drogue, de même que d'une série d'effractions qui ont été commises par 4 «touristes du crime» yougoslaves dans le district de Wangen.

Dans ce district, M^e Thomas Hiltbold a remplacé en février 1989 le greffier Hans Ulrich Hadorn qui a été nommé juge d'instruction extraordinaire pour les affaires de drogue. M. Hiltbold a repris simultanément les fonctions de juge d'instruction.

13.2.4 Seeland

La charge de travail est restée importante dans cet arrondissement, en tout cas en ce qui concerne les districts de *Bienne*, *Büren* et *Nidau*.

Dans 50 pour cent des affaires qui ont dû être traitées par les juges d'instruction de *Bienne*, de la drogue était en jeu.

A *Aarberg*, le greffier Lucien Droz fonctionne depuis 1987 comme juge d'instruction et comme juge unique dans les affaires pénales. Prochainement, le Grand Conseil décidera de la création d'un deuxième poste de président de tribunal dans ce district.

Il en sera de même pour le sixième poste de président de tribunal dans le district de *Bienne*, qui est tout aussi urgent; trois «juges à temps partiel» ont fonctionné simultanément dans ce district pendant l'exercice, ce qui n'a précisément pas été salutaire à une liquidation rapide des affaires.

13.2.5 Jura bernois

Dans cet arrondissement d'assises, le nombre des dénonciations pénales a en moyenne diminué de 5 pour cent dans chacun des trois districts. Il y a également eu moins de mandats de répression, moins de jugements des juges uniques et du tribunal pénal. Les personnes concernées ne se sont pas prononcées sur l'origine de cette diminution de travail.

Dans le Jura bernois, comme à Bienne et ailleurs, les suppléants ont été nombreuses: occupé par un cas volumineux relevant de la criminalité économique, le président du Tribunal II de Courtelary qui, selon le décret et selon la décision de la Cour suprême, devait exercer ses fonctions à raison de 50 pour cent à Bienne, a pratiquement travaillé à plein temps pour Bienne. En conséquence, la greffière de La Neuveville, M^{me} Cornelia Apolloni, ainsi que M^e François Contini, ont dû être désignés pour le seconder à Courtelary.

13.3 Service des juges d'instruction de Berne pour les affaires de drogue

Le service se compose au total d'un juge d'instruction ordinaire et de deux juges d'instruction extraordinaires. C'est le juge d'instruction Jürg Zinglé qui a dirigé le service cette année. Les juges d'instruction extraordinaires Bircher et Hadorn l'ont assisté. Les fonctions du Ministère public ont été assurées par le procureur extraordinaire Klaus Feller.

En 1989, le service a traité 138 (1988: 144) nouvelles procédures avec 153 prévenus, dont 124 hommes et 29 femmes, 96 Suisses et 57 étrangers provenant de 16 pays différents. 112 cas ont été liquidés (l'année passée: 144) dont 10 ont été renvoyés devant les juges uniques, 76 devant les tribunaux de

wurden 10 an den Einzelrichter, 76 an die Amtsgerichte, 3 an die Kriminalkammer und 8 an das Geschworenengericht überwiesen.

Im *ganzen Kanton* wurden 1989 2404 Anzeigen wegen Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz eingereicht, davon 996 (=41%) in der Stadt Bern. An einer Überdosis starben 33 (Vorjahr: 17) Personen. Die Polizei stellte u. a. rund 3 kg Heroin sicher, und die Abteilung für Drogendelikte allein beschlagnahmte insgesamt 226 000 Franken Drogenlös.

13.4 **Besonderes Untersuchungsrichteramt für den Kanton Bern**

Unter der Leitung des Untersuchungsrichters Fabio Righetti waren im Berichtsjahr auf diesem für Wirtschaftsstraffälle spezialisierten Amt je fünf ordentliche und ausserordentliche Untersuchungsrichter tätig, eingeschlossen der Gerichtspräsident II von Courtelary, dem zwei Wirtschaftsstraffälle aus den Amtsbezirken Biel und Courtelary zur Bearbeitung übertragen wurden. Diesbezüglich kann auf die Behandlung der Motion Boillat in der Sitzung des Grossen Rates vom 14. Dezember 1989 verwiesen werden (Tagblatt des Grossen Rates 1989, Heft 4, Seite 1443f.).

Zu Beginn des Jahres waren auf dem besonderen Untersuchungsrichteramt 18 Voruntersuchungen anhängig. Im Verlaufe des Jahres kamen sieben neue hinzu. Erledigt wurden ebenfalls sieben Geschäfte, womit neuerdings 18 in das neue Jahr übernommen wurden.

13.5 **Staatsanwaltschaft**

Sie trat im Berichtsjahr mit einem teilweise erneuerten Team an, nämlich mit Herrn Markus Weber als stellvertretendem Generalprokurator, Herrn Hans Jürg Jester als neuem Staatsanwalt des Mittellandes und dem Berichterstatter als neuem Generalprokurator.

Die Bezirksprokuratoren, die stellvertretenden Prokuratoren und der ausserordentliche Staatsanwalt für Drogensachen traten an insgesamt 24 Tagen vor den erstinstanzlichen Gerichten auf sowie an 112 Tagen vor der Kriminalkammer, dem Geschworenengericht und dem Wirtschaftsstrafgericht. 158 Fälle zogen sie mit Appellation an das Obergericht weiter. In vier Geschworenenbezirken wurden Instruktionsrapporte mit den Untersuchungsrichtern und Gerichtspräsidenten durchgeführt, im Berner Jura zudem eine Arbeitstagung mit dem Kanzleipersonal der Richterämter.

Vermöge der Mobilität moderner Delinquenten, namentlich der Einbrecher, Hotel- und Kreditkartenbetrüger, die ihre Tätigkeit nicht auf einen einzigen Kanton zu beschränken pflegen, war die Zahl der Gerichtsstandsgeschäfte, die im Kanton Bern zentral der Generalprokurator zu bearbeiten hat, mit 677 unverändert hoch. In sieben Fällen wurde durch uns und andere Kantone die Anklagekammer des Bundesgerichts zum Entscheid anrufen.

Mit Genugtuung haben die Staatsanwälte davon Kenntnis genommen, dass es der Grosse Rat in der Herbstsession 1989 abgelehnt hat, die Motion Suter, die u. a. eine «Gleichstellung von Staatsanwaltschaft und Verteidigung im Vorverfahren» verlangte, auch nur als Postulat entgegenzunehmen. Dass die Staatsanwaltschaft eine wichtige Aufsichts- und Hilfefunktion versieht und dass ihre Mitwirkung auch im Überweisungsstadium von entscheidender Bedeutung ist, lässt sich im Ernst nicht bestreiten. Ebenso wenig, dass die Stellung des bernischen Staatsanwalts als Aufsichtsorgan in der Voruntersuchung einerseits und als Partei in der Hauptverhandlung andererseits mit der EMRK absolut vereinbar ist.

district, 3 devant la Chambre criminelle et 8 devant la Cour d'assises.

2404 dénonciations pour infractions à la LF sur les stupéfiants ont été déposées en 1989 dans l'*ensemble du canton*, dont 996 (=41%) dans la ville de Berne. 33 personnes sont décédées d'une overdose (l'année passée: 17). La police a séquestré entre autres environ 3 kilos d'héroïne et le service pour les affaires de drogue a, à lui seul, confisqué au total 226 000 francs de recettes provenant du produit de la drogue.

13.4 **Service des juges d'instruction spéciaux pour le canton de Berne**

Durant l'exercice, cinq juges d'instruction ordinaires et cinq juges d'instruction extraordinaires, y compris le président du Tribunal II de Courtelary qui a été chargé d'instruire deux cas de criminalité économique des districts de Bienne et de Courtelary – à ce propos, on peut se référer à la motion Boillat qui a été traitée par le Grand Conseil dans sa séance du 14 décembre 1989 (Tagblatt des Grossen Rates 1989, cahier 4, p. 1443ss) – ont travaillé dans ce service spécialisé dans les affaires de criminalité économique, dirigé par le juge d'instruction Fabio Righetti.

Au début de l'exercice, 18 instructions étaient pendantes au service des juges d'instruction spéciaux. Sept nouvelles affaires sont venues s'ajouter en cours d'exercice. Sept affaires ont également été liquidées de sorte que 18 ont été reportées à l'année suivante.

13.5 **Ministère public**

Il a commencé l'année avec un team en partie renouvelé, soit avec M. Markus Weber comme suppléant du procureur général, M. Jürg Jester comme nouveau procureur du Mittelland et avec l'auteur du présent rapport comme nouveau procureur général.

Les procureurs d'arrondissement, les procureurs suppléants et le procureur extraordinaire pour les affaires de drogue ont au total soutenu l'accusation durant 24 jours devant les tribunaux de première instance et durant 112 jours devant la Chambre criminelle, la Cour d'assises et le Tribunal pénal économique. La Cour suprême a été saisie de 158 cas contre lesquels ils ont interjeté appel. Dans quatre arrondissements d'assises, des rapports d'instruction ont été organisés avec les juges d'instruction et les présidents de tribunal; dans le Jura bernois, une journée de travail a en outre été organisée avec le personnel de chancellerie des tribunaux de district.

Avec 677 cas, le nombre des conflits de compétence qui, dans le canton de Berne doivent être traités par le Procureur général, est demeuré élevé en raison de la mobilité des délinquants modernes, notamment des cambrioleurs ainsi que des escrocs qui sévissent dans les hôtels et au moyen de cartes de crédit, et dont l'activité ne se limite pas à un seul canton. Dans sept cas, le canton de Berne et d'autres cantons ont demandé à la Chambre d'accusation du Tribunal fédéral de prendre une décision.

C'est avec satisfaction que les procureurs ont appris que le Grand Conseil avait, dans sa session d'automne 1989, refusé, même sous forme de postulat, la motion Suter qui demandait entre autres que «le Ministère public et la défense soient sur un pied d'égalité durant l'instruction». On ne saurait sérieusement contester que le Ministère public exerce une fonction de surveillance et d'assistance importante et que sa collaboration au stade du renvoi également est décisive. On ne saurait d'ailleurs prétendre que la position du procureur bernois comme organe de surveillance pendant l'instruction, et comme partie aux débats, n'est pas absolument compatible avec la CEDH.

13.6 Gerichtsorganisation

Die «Arbeitsgruppe betreffend Behebung der Unvereinbarkeiten in der Gerichtsorganisation des Kantons Bern» erstattete dem Regierungsrat am 4. September 1989 ihren Bericht, worin vier Lösungsmöglichkeiten erörtert werden:

- Variante 1: Genereller Einsatz von mindestens zwei Gerichtspräsidenten in jedem Amtsbezirk
- Variante 2: Schaffung regionaler Untersuchungsrichterämter mit der Kompetenz zum Erlass von Strafmandaten
- Variante 3: Bezirksinterne Lösung durch Zuweisung richterlicher Funktionen an den Gerichtsschreiber
- Variante 4: «Gegenseitige Vertretung» durch Richter von verschiedenen Amtsbezirken.

Die Arbeitsgruppe gab der Variante 4 den Vorzug. Diesem Vorschlag hat sich die Justizdirektion in ihrem Vortragsentwurf vom 12. Dezember 1989, der sich gegenwärtig in der Vernehmlassung befindet, angeschlossen. Andererseits veröffentlichte die Justizdirektion im Januar 1990 die Zusammenfassung des «Schlussberichts zur Organisationsanalyse der Bezirksverwaltungen» vom November 1989, worin die Bildung von Gerichtskreisen aus zwei oder mehreren Amtsbezirken postuliert wird, die über je mindestens zwei Gerichtspräsidenten verfügen sollten.

Die Staatsanwälte haben sich in zwei Konferenzen mit dieser Problematik befasst und mehrheitlich beschlossen, für die Variante 1 zu votieren, im wesentlichen aus folgenden Gründen: Der Bürger will von dem Richter behandelt werden, den er selber gewählt hat, nicht von einem «fremden» Richter, der durch die Stimmbürger eines andern Bezirks erkoren wurde, und das nicht nur in Zivil-, sondern auch in Strafsachen. In diesen letzteren soll dem Bürger nicht nur der «eigene» Untersuchungsrichter, sondern insbesondere auch der «eigene» urteilende Richter garantiert sein. Zweifellos werden in den kleinen Amtsbezirken zwei Richter nicht voll ausgelastet sein. Dem kann jedoch dadurch Rechnung getragen werden, dass dem einen oder beiden dieser Richter bestimmte Funktionen in einem andern Amtsbezirk zugeteilt werden. «Fremd» wären sie in diesem andern Bezirk deswegen nicht, weil sie gemäss Artikel 57 Absatz 2 KV «durch die stimmberechtigten Bürger der betreffenden Amtsbezirke» gewählt würden. Die Variante 1 würde zugleich ermöglichen, ein für allemal eine feste Zuteilung der Chargen, inklusive Vertretungspflicht, an jeden einzelnen Richter vorzunehmen, womit den leidigen «Feuerwehrlösungen» mit mühselig irgendwo hergeholten «ausserordentlichen» Stellvertretern – die mit der Variante 4 perpetuiert würden – ein Ende bereitet werden könnte. Auf lange Sicht wäre die Variante 1 auch nicht kostspieliger, ganz abgesehen davon, dass eine gut organisierte Justiz auch etwas kosten darf.

13.7 Untersuchungshaft

Die Drogen- und neuerdings auch die Aids-Problematik äuserten sich im Berichtsjahr zunehmend auch in Haftfällen. Entzugserscheinungen sowie die Kontrolle über die Abgabe von Methadon und andern Medikamenten, aber auch der psychische Zustand solcher Häftlinge, erheischen nicht nur vom Gefangenewärter, sondern auch vom Untersuchungsrichter geradezu sozialfürsorgerische (Mehr-)Leistungen. In einer hilflosen Lage sieht sich der Untersuchungsrichter vollends dann, wenn ein Untersuchungsgefangener, gegen den unbestreitbar ein Haftgrund besteht, vom Arzt als hafterstehungsunfähig erklärt wird.

Wir wiederholen daher das dringende Begehren um Schaffung einer oder mehrerer Stationen, in denen körperlich und psychisch kranke Untersuchungsgefangene fluchtsicher unterge-

13.6 Organisation des tribunaux

Le 4 septembre 1989, le «groupe de travail chargé de supprimer les incompatibilités dans l'organisation judiciaire du canton de Berne» a soumis au Conseil-exécutif son rapport exposant quatre solutions:

- Variante 1: deux présidents de tribunal au moins dans chaque district.
- Variante 2: création de services de juges d'instruction régionaux dotés de la compétence de décerner des mandats de répression.
- Variante 3: solution au sein même des districts, consistant à attribuer aux greffiers des fonctions revenant aux juges.
- Variante 4: «remplacement mutuel» des juges de districts voisins.

Le groupe de travail a donné la préférence à la variante 4. La Direction de la justice s'est jointe à cette proposition dans son projet de rapport du 12 décembre 1989 qui est actuellement en consultation. Par ailleurs, la Direction de la justice a publié, en janvier 1990, le résumé du «rapport final relatif à l'analyse de l'organisation des administrations de district» datant de novembre 1989 et qui prévoit la création de cercles comprenant deux ou plusieurs districts et devant disposer chacun de deux présidents de tribunal au moins.

Les procureurs ont organisé deux conférences pour discuter de ces problèmes et ont décidé à la majorité de voter pour la variante 1, notamment pour les motifs suivants: Le citoyen veut avoir affaire au juge qu'il a lui-même élu et non pas à un juge «étranger» choisi par les électeurs d'un autre district; cela n'est pas seulement valable pour les affaires civiles, mais également pour les pénales. Pour ces dernières, non seulement le «propre» juge d'instruction, mais aussi le «propre» juge du fond doivent être garantis au citoyen. Il ne fait aucun doute que dans les petits districts, deux juges ne pourront être occupés à plein temps. On peut cependant en tenir compte en attribuant à l'un d'entre eux, ou aux deux, des fonctions déterminées dans un autre district. Ils ne seraient pas «étrangers» dans cet autre district, car en vertu de l'article 57, alinéa 2, ConstC, leur nomination serait faite «par les électeurs des districts concernés». La variante 1 permettrait en même temps de fixer une fois pour toutes une répartition définitive des charges pour chacun des juges, remplacements obligatoires compris, et mettrait ainsi un terme à ces fâcheuses «situations d'urgence» où on cherche péniblement partout des remplaçants «extraordinaires», comme ce serait le cas avec la variante 4. A long terme, cette variante ne serait pas plus coûteuse, sans compter qu'une justice bien organisée a également le droit d'occasionner certaines dépenses.

13.7 Détention préventive

Les problèmes de drogue et, récemment ceux du sida, se sont également manifestés par une augmentation des cas de détention. Les états de manque, de même que les contrôles effectués sur la distribution de méthadone et d'autres médicaments, mais également l'état psychique de ces détenus exigent des prestations (supplémentaires) d'assistance sociale non seulement de la part des gardiens de prisons, mais également de celles des juges d'instruction. Le juge d'instruction se retrouve dans une situation désespérée lorsque le médecin déclare que l'état du prévenu qui est en détention préventive, et contre lequel existe incontestablement un motif d'arrestation, est incompatible avec la détention.

Nous réitérons notre urgente demande tendant à la création d'une ou de plusieurs stations offrant les conditions de sécurité

bracht werden können. In die Gefangenenabteilung im Inselhospital werden Behinderte der beschriebenen Art bekanntlich nicht aufgenommen.

nécessaires pour accueillir les prévenus en détention préventive qui souffrent de troubles physiques ou psychiques. Il est notoire que la section fermée de l'hôpital de l'île n'accepte pas ces personnes.

13.8 Gerichtlich-medizinisches Institut

Verschiedene Richter beklagen sich über die massiven Rückstände bei der Ablieferung von Gutachten des GMI. Die Hintergründe sind allgemein bekannt. Sie kamen im Dezember 1989 auch vor dem Grossen Rat zur Sprache. Bereits vorgängig war durch die Staatsanwaltschaft interveniert worden. Dem Vernehmen nach werden noch in diesem Frühjahr zwei neue Oberärzte an das Institut verpflichtet, was erwarten lässt, dass zu einer Reorganisation geschritten wird. Freilich wird sich auch im günstigsten Fall der Pendenzenberg nicht kurzfristig abbauen lassen. In besonders dringlichen Fällen werden daher die Untersuchungsrichter ausserkantonale Institute beanspruchen müssen.

13.8 Institut de médecine légale

Plusieurs juges se sont plaints des retards énormes dans la délivrance d'expertises provenant de l'IML. Les causes en sont bien connues. Elles ont également été discutées devant le Grand Conseil en décembre 1989. Le Ministère public était déjà intervenu ultérieurement. A notre connaissance, l'institut nommera deux nouveaux médecins chefs ce printemps encore, ce qui laisse supposer qu'une réorganisation est sur le point de s'engager. Certes, même dans le meilleur des cas, la montagne d'affaires pendantes ne va pas diminuer dans un bref délai. Pour les affaires particulièrement urgentes, les juges d'instruction devront en conséquence s'adresser à des instituts situés hors du canton.

13.9 Psychiatrische Begutachtung

Mehrere Richter beschwerten sich auch über die langen Fristen – vier bis fünf Monate –, die zur Ablieferung der psychiatrischen Gutachten benötigt werden, was besonders in Haftfällen bedenklich wird. Nach Auffassung der Staatsanwaltschaft wird übrigens nur zuviel und zu ausführlich begutachtet, vermag doch auch der lebenserfahrene Richter, ebensogut wie ein junger Assistenzarzt, grosso modo zu erfassen, ob und inwieweit ein Angeschuldigter für seine Verfehlungen verantwortlich gemacht werden kann. Auch der Psychiater verfügt nicht über ein Seelen-Röntgengerät, das ihm ermöglicht, den Grad der Zurechnungsfähigkeit – rückbezogen auf den gelegentlich weit zurückliegenden Zeitpunkt der Tat – mit wissenschaftlicher Präzision festzustellen.

13.9 Expertise psychiatrique

Plusieurs juges se sont également plaints de la longueur des délais – quatre à cinq mois – nécessaires pour établir des expertises psychiatriques, ce qui est particulièrement problématique dans les cas de détention. De l'avis du Ministère public, les expertises sont d'ailleurs trop longues et trop détaillées; un juge jouissant de l'expérience de la vie est tout aussi apte qu'un jeune médecin-assistant à saisir grosso modo si, et dans quelle mesure, un prévenu peut être rendu responsable des fautes qu'il a commises. Le psychiatre ne dispose pas non plus d'un appareil de radiographie des âmes lui permettant de déterminer avec une précision scientifique le degré de responsabilité au moment de l'infraction, qui a parfois été commise déjà depuis un certain temps.

13.10 Fixerräume

1986 eröffnete die Stiftung Contact-Bern an der Münster-gasse 12 eine Anlaufstelle für Fixer. Im Frühjahr 1988 wurde sie vorübergehend geschlossen, weil die Betreuer überfordert waren. Es ergaben sich auch Anhaltspunkte dafür, dass in der Anlaufstelle «gedealet» wurde. Im Hinblick auf die beabsichtigte Wiedereröffnung im Sommer 1988 wies der Generalprokurator die Staatsanwaltschaft des Mittellandes am 1. Juli 1988 an, «bei der Sicherheits- und Stadtpolizei Bern dahin zu wirken, dass inskünftig auf dem Gebiet der Anlaufstelle an der Münster-gasse 12, Bern, festgestellte Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz zur Anzeige gebracht und verfolgt werden». Diese Weisung wurde unmittelbar anschliessend ergänzt durch «Rahmenbedingungen». Danach wurde der Konsum von Betäubungsmitteln im Innern der Anlaufstelle im Rahmen von Artikel 19a Ziffer 3 des Betäubungsmittelgesetzes und unter den Voraussetzungen toleriert, dass die Stiftung Contact eine ständige soziale Betreuung der Drogenabhängigen gewährleistet und dass Schulpflichtigen der Konsum von Betäubungsmitteln in den Räumlichkeiten des Contact verwehrt werde. Des weitern wurde festgehalten, «die Justizbehörden tolerieren in keiner Form den Handel oder die Vermittlung von Betäubungsmitteln. Die Polizei wird angewiesen, bei Hinweisen auf Handel oder Vermittlertätigkeit, nötigenfalls auch mit Haussuchungsbefehlen einzuschreiten».

13.10 Locaux pour toxicomanes

En 1986, la fondation Contact-Berne a ouvert une station d'essai pour toxicomanes à la Münster-gasse 12. Elle a été provisoirement fermée parce que les assistants sociaux étaient débordés. Il existait également des indices de «trafic de drogue» dans ses locaux. En prévision de sa réouverture en été 1988, le procureur général a, en date du 1^{er} juillet 1988, demandé au procureur du Mittelland de «prendre les mesures nécessaires auprès de la police de sûreté de la ville de Berne pour, qu'à l'avenir, elle veille à ce que les infractions à la LF sur les stupéfiants constatées dans la station sise à la Münster-gasse 12, Berne, soient dénoncées et poursuivies». Cette directive a été suivie immédiatement par des «dispositions cadre». Selon ces dernières, la consommation de stupéfiants a été tolérée dans les locaux de la station dans les limites de l'article 19a chiffre 3 de la LF sur les stupéfiants et à condition que la fondation Contact garantisse une assistance sociale permanente des drogués et enfin, que la consommation de stupéfiants y soit interdite aux enfants en âge de scolarité. Pour le surplus, il a été décidé que les «autorités judiciaires ne tolèrent aucune forme de vente ou de courtage de drogue. La police a reçu l'instruction de procéder également à des perquisitions, si nécessaire, lorsqu'il existe des indices de vente ou de courtage».

En juin 1989, le professeur Hans Schulz a remis un rapport d'expertise à l'Office fédéral pour la santé publique concernant la licéité des locaux pour toxicomanes. Il contenait les conclu-

Im Juni 1989 erstattete Professor Hans Schultz dem Bundesamt für Gesundheitswesen ein Gutachten zur rechtlichen Zu-

lässigkeit von Fixerräumen. Darin kam er zu folgenden Schlussfolgerungen: Die Betonung des fürsorgerischen Charakters des revidierten Betäubungsmittelgesetzes, wie er in dessen Artikel 15 Absatz 1, 15a Absatz 1–3, 19a Ziffer 2 und 3 zum Ausdruck komme, und die Notwendigkeit, der Drogenabhängigkeit nicht nur mit Massnahmen, die auf Drogenabstinenz zielen, beizukommen, rechtfertige es, den Aufenthalt in einem Fixerraum, der den von der Stiftung Contact gebotenen Voraussetzungen entspricht, als eine ärztlich beaufsichtigte Betreuung im Sinne von BetmG Artikel 19a Ziffer 3 anzusehen. Unter dieser Voraussetzung sei das Betreiben eines Fixerraumes zulässig. Damit werde weder gegen das Betäubungsmittelgesetz noch gegen das Epidemiegesetz verstossen. Der Betrieb stehe auch nicht im Widerspruch mit dem kantonalen Fürsorge- oder Gesundheitsrecht und er sei auch mit dem zurzeit für die Schweiz geltenden Einheitsübereinkommen über die Betäubungsmittel vom 30. März 1961 vereinbar.

In einer Aussprache, die kürzlich zwischen Vertretern der Stiftung Contact, der Polizei- und der Fürsorgedirektion der Stadt Bern, der kantonalen Fürsorgedirektion und der Staatsanwaltschaft durchgeführt wurde, war man sich einig darüber, dass ein «Fixerstübli» kein rechtsfreier Raum ist, dass der Drogenhandel auch im Innern dieser Räume strafbar ist, dass Schulpflichtige weggewiesen werden müssen, dass Polizeikontrollen in der Umgebung unerlässlich sind und dass auch einem Zutritt der Polizei mit einem richterlichen Haussuchungsbefehl oder im Falle der «Nacheile» (Art. 78 Abs. 3 StrV) nichts entgegensteht. Mit dem Hinweis auf das in Artikel 76 KV garantierte Hausrecht streitet die Stiftung der Stadtpolizei lediglich das Recht ab, die Fixerräume ohne Haussuchungsbefehl, aus bloss sicherheitspolizeilichen Gründen, zu betreten, um zu kontrollieren, ob die dem Betrieb auferlegten Bedingungen eingehalten werden. Es ist zu hoffen, dass auf dem Weg der Verhandlungen, bei denen jede Partei dem Auftrag der anderen Verständnis entgegenbringt, unliebsame Auseinandersetzungen vermieden werden können.

13.11 Kasuistik

13.11.1 Der «Parteispendenprozess» ist insofern immer noch pending, als gegen das Urteil des Obergerichts vom 28. September 1989 sowohl durch zwei Angeschuldigte als auch durch den Berichterstatter die Nichtigkeitsbeschwerde an den Kassationshof des Bundesgerichts angemeldet wurde.

13.11.2 Im «Kehrsatzer Mordfall» wies die I. öffentlich-rechtliche Abteilung des Bundesgerichts am 19. Juli 1989 die staatsrechtlichen Beschwerden des Bruno Zwahlen gegen das Urteil des Geschworenengerichts des II. Bezirks vom 4. Dezember 1987 und gegen den Entscheid des Kassationshofs des Kantons Bern vom 22. Juni 1988 einstimmig ab. In den schriftlichen Motiven hielt das Bundesgericht zusammenfassend fest, dass das Urteil des Geschworenengerichts nur dann als willkürlich hätte aufgehoben werden müssen, wenn – selbst bei anfechtbaren Bewertungen in einzelnen Punkten – das Ergebnis der Beweiswürdigung insgesamt als nicht haltbar hätte beurteilt werden müssen. Bei dieser Gesamtbeurteilung falle ins Gewicht, dass die Täterschaft einer Drittperson höchst unwahrscheinlich sei. Das Geschworenengericht habe namentlich mit Grund annehmen dürfen, dass bei den Eltern des Opfers eine Motivation auszuschliessen sei. In der Beschwerdeschrift selber werde denn auch gegen die Ehegatten Etter kein konkreter Tatverdacht ausgesprochen. Die Annahmen, es fehle jeder Hinweis auf eine Dritttäterschaft, wogegen zahlrei-

sions suivantes: «l'accent porté sur le caractère d'assistance de la nouvelle teneur de la LF sur les stupéfiants tel qu'il ressort de ses articles 15, alinéa 1, 15a, alinéas 1–3, 19a, chiffres 2 et 3, et la nécessité de soigner la dépendance à la drogue non seulement par des mesures d'abstinence, justifient que le séjour dans un local répondant aux conditions de la fondation Contact soit considéré comme une mesure de protection contrôlée par un médecin au sens de l'article 19a, chiffre 3 de la LF sur les stupéfiants. Il est permis, à cette condition, d'ouvrir un local pour toxicomanes. Ni la LF sur les stupéfiants, ni la loi sur les épidémies ne sont ainsi violées. Ce genre de local n'est pas non plus contraire aux dispositions cantonales sur l'assistance et la santé, ni avec la Convention unique sur les stupéfiants conclue le 30 mars 1961 et actuellement applicable en Suisse.

Dans la discussion qui a eu lieu récemment entre représentants de la fondation Contact, de la police, de la Direction des œuvres sociales du canton de Berne et du Ministère public, on était unanime à dire que les locaux pour toxicomanes n'échappaient pas à la loi, que le trafic de stupéfiants était également punissable à l'intérieur des locaux, que les enfants en âge de scolarité devaient en être exclus, que des contrôles de police étaient indispensables aux alentours de ces locaux et que rien ne s'opposait à ce que la police pénètre dans ces locaux avec un mandat de perquisition ou lors d'une «poursuite en cas de flagrant délit» (article 78, alinéa 3, Cppb). En se fondant sur l'article 76 ConstC qui garantit l'inviolabilité du domicile, la fondation Contact a contesté le droit à la police de la ville de Berne de pénétrer sans mandat de perquisition dans les locaux pour toxicomanes uniquement pour des motifs d'ordre et de sécurité, dans le but de contrôler si les conditions qui y sont imposées sont respectées. Il est souhaitable que dans les négociations qu'elles engageront, les parties montreront de la compréhension pour leur interlocuteur afin que des différends désagréables puissent être évités.

13.11 Casuistique

13.11.1 Le procès politique concernant les «dons faits aux partis politiques» est encore aujourd'hui pendant; en effet, deux prévenus de même que l'auteur du présent rapport ont annoncé un pourvoi en nullité à la Cour de cassation du Tribunal fédéral contre le jugement de la Cour suprême du 28 septembre 1989.

13.11.2 Dans le «meurtre de Kehrsatz», la 1^{re} Cour de droit public a, le 19 juillet 1989, rejeté à l'unanimité les recours de droit public de Bruno Zwahlen contre le jugement de la Cour d'assises du II^e arrondissement du 4 décembre 1987 et contre le jugement de la Cour de cassation du canton de Berne du 22 juin 1988. Dans ses considérants écrits, le Tribunal fédéral a, en résumé, expliqué que même si certains points isolés de l'appréciation des preuves étaient susceptibles d'être attaqués, le jugement de la Cour d'assises n'aurait pu être annulé que si l'appréciation des preuves dans son ensemble avait dû être jugée comme étant insoutenable. Le fait que l'intervention d'une tierce personne était tout à fait invraisemblable a eu une influence décisive sur cette appréciation. La Cour d'assises avait notamment des raisons sérieuses d'admettre que les parents de la victime n'avaient aucun motif de commettre le crime. Le mémoire de recours ne contenait du reste aucun soupçon à l'égard des époux Etter. Il n'était pas insoutenable d'admettre qu'il n'existait aucun indice de la participation d'une tierce personne, mais qu'en revanche il y en avait de nombreux

che Indizien den Beschwerdeführer belasten würden, sei daher nicht unhaltbar. Das Geschworenengericht habe hieraus ohne Willkür schliessen dürfen, der Beschwerdeführer habe die Tat begangen.

Was insbesondere die Anklageschrift des Bezirksprokurators anbetrifft, stellte das Bundesgericht fest, der Beschwerdeführer habe den Nachweis der mangelnden Objektivität dieser Schrift nicht zu erbringen vermögen. Es treffe auch nicht zu, dass damit der in Artikel 6 EMRK verankerte Grundsatz der Waffengleichheit verletzt worden sei. Der Staatsanwalt sei vielmehr verpflichtet, in der Anklageschrift klar zu umschreiben, was er dem Angeklagten zur Last lege (Art. 6 Ziff. 3 lit. a EMRK).

13.11.3 Aus der Sicht der Staatsanwaltschaft hat die Gesetzesnovelle vom 10. September 1985, womit das Wirtschaftsstrafgericht in seiner heutigen Form eingeführt wurde, im Fall *Wiedmer und Konsorten*, dem bisher umfangreichsten Wirtschaftsstrafprozess im Kanton Bern, der im Februar und März 1989 abgehandelt wurde, seine Bewährungsprobe bestanden. Als vorteilhaft hat sich gerade in diesem Monsterfall die dem Gericht in Artikel 296 Ziffer 2 StrV eingeräumte Möglichkeit erwiesen, auf die Abhörung von Zeugen und Sachverständigen zu verzichten, die in Anwesenheit des Angeschuldigten oder des Verteidigers schon in der Voruntersuchung einvernommen worden waren. Das macht es im Fall *Wiedmer* möglich, dass sich das Gericht auf die Befragung von nur 19 Zeugen, Auskunftspersonen und Sachverständigen beschränken konnte, gegenüber 91 Personen, die in der Voruntersuchung abgehört worden waren. Hervorgehoben zu werden verdient aber auch die ausgezeichnete Arbeit der Untersuchungsrichter, womit dem urteilenden Gericht ein brauchbares Fundament und die unerlässliche Übersicht über den immensen Prozessstoff vermittelt wurde.

13.11.4 Gegen E. wurde die Untersuchung wegen Unzucht mit Kindern aufgehoben, weil genügend Belastungstatsachen fehlten. Er rekurrierte an die Anklagekammer des Obergerichts, u. a. mit dem Antrag, die Polizei sei anzuweisen, die im Zusammenhang mit der Strafuntersuchung von ihm angefertigten *Fingerabdrücke und Fotos zu vernichten*. Die Anklagekammer wies den Rekurs mit Beschluss vom 18. April 1989 ab. Desgleichen das Bundesgericht die dagegen eingereichte staatsrechtliche Beschwerde wegen Verletzung von Artikel 4 BV (Gleichbehandlungsgebot) sowie von Artikel 6 Ziffer 2 EMRK (Unschuldsvermutung). E. hatte geltend gemacht, die erkennungsdienstliche Erfassung führe zu einer Zweiteilung der Bevölkerung in unbescholtene und prinzipiell verdächtige Bürger. Das bedeute, dass registrierte Personen «verdächtiger als andere» seien und «schon vor ihrer Verurteilung als weniger unschuldig vermutet (würden) als andere». Dem hielt das Bundesgericht entgegen, eine Ungleichbehandlung liege hier nicht vor. Die beanstandete Zweiteilung der Bevölkerung in erkennungsdienstlich erfasste und nicht erfasste Bürger beruhe offensichtlich auf einer Unterscheidung, die sich auf vernünftige Gründe abstützen könne. Gegen E. seien zwei Strafanzeigen wegen Unzucht mit Kindern vorgelegen, welche zur Einleitung des polizeilichen Ermittlungsverfahrens, insbesondere zur Erhebung der erkennungsdienstlichen Daten gemäss Artikel 71a StrV sowie zur Eröffnung der Strafverfolgung durch den Untersuchungsrichter i. S. von Artikel 86 Absatz 1 StrV geführt hätten.

Dass diese Verfahren ohne Grund eröffnet oder in gesetzeswidriger Weise durchgeführt worden wären, habe der Beschwerdeführer zu Recht nicht geltend gemacht. Die Rüge der Verletzung des Gleichheitsgebotes erweise sich somit als unbegründet. Ebensowenig könne in der Aufbewahrung bzw. späteren Verwendung der Daten ein Verstoss gegen die in der EMRK verankerte Unschuldsvermutung gesehen werden. Die

chargeant le recourant. La Cour d'assises pouvait en déduire, sans tomber dans l'arbitraire, que le recourant était l'auteur de l'acte.

En ce qui concerne l'acte d'accusation du procureur d'arrondissement, le Tribunal fédéral a constaté que le recourant n'était pas parvenu à apporter la preuve du manque d'objectivité de ce document qui n'a pas non plus violé le principe des armes égales ancré dans l'article 6 CEDH. Ainsi que l'a relevé le Tribunal fédéral, il incombe bien davantage au procureur de décrire clairement dans son acte d'accusation les charges qu'il retient contre le prévenu (art. 6, ch. 3, lit. a, CEDH).

13.11.3 De l'avis du Ministère public, la nouvelle disposition légale du 10 septembre 1985 qui a introduit le Tribunal pénal économique dans sa forme actuelle, a fait ses preuves dans le cas *Wiedmer et consorts*; il s'agit du procès de criminalité économique le plus volumineux que le canton de Berne n'ait jamais connu jusqu'ici. Il s'est déroulé en février et en mars 1989. En offrant la possibilité de renoncer à l'audition de témoins ou d'experts qui ont déjà été entendus lors de l'instruction en présence du prévenu ou de son défenseur, l'article 296, chiffre 2 Cppb a présenté des avantages particuliers dans cette affaire gigantesque. Il a ainsi été possible dans le cas *Wiedmer* que le Tribunal se limite à interroger 19 témoins, personnes susceptibles de fournir des renseignements et experts contre 91 personnes entendues lors de l'instruction. Il y a toutefois également lieu de relever l'excellent travail des juges d'instruction qui ont fourni au Tribunal des bases solides et une vue d'ensemble indispensable sur les innombrables données de ce procès.

13.11.4 L'instruction ouverte contre E. pour attentat à la pudeur des enfants s'est terminée par un non-lieu en raison de l'insuffisance des charges relevées par l'enquête. E. a recouru à la Chambre d'accusation de la Cour suprême en demandant entre autres que la police reçoive l'ordre de *détruire les empreintes digitales et les photos* prises de lui pour les besoins de l'instruction. La Chambre d'accusation a rejeté le recours par arrêt du 18 avril 1989. Le Tribunal fédéral a également rejeté le recours de droit public interjeté contre l'arrêt de la Chambre d'accusation pour violation de l'article 4 Cst (égalité de traitement) et de l'article 6, chiffre 2 CEDH (présomption d'innocence). E. a fait valoir que l'enregistrement de données par le service d'identité judiciaire conduisait à la division de la population en deux catégories de citoyens: les honnêtes et ceux sur qui pèsent a priori des soupçons. Cela signifie que les personnes qui sont enregistrées doivent être «davantage soupçonnées que les autres» et «qu'avant leur condamnation déjà, elles (seraient) présumées moins innocentes que les autres». Le Tribunal fédéral a, pour sa part, considéré qu'il n'y avait pas d'inégalité de traitement. La division de la population en citoyens fichés et non fichés par le service d'identité judiciaire telle qu'elle a été invoquée par le recourant, constitue une distinction reposant manifestement sur des motifs raisonnables. Deux plaintes ont été déposées contre E. pour attentats à la pudeur des enfants; elles ont donné lieu à des recherches policières notamment de la part du service d'identité judiciaire qui a recueilli les données nécessaires conformément à l'article 71a Cppb, de même qu'à l'ouverture de l'action publique par le juge d'instruction selon l'article 86, alinéa 1 Cppb.

C'est à bon droit que le recourant n'a pas prétendu que l'ouverture de ces procédures était injustifiée ou que ces dernières avaient été menées illégalement. Il s'avère dès lors que le grief d'inégalité de traitement est infondé. La conservation ou l'utilisation ultérieure de ces données ne saurait davantage être

blosse Tatsache der Aufbewahrung bewirke nicht, dass die Vermutung der Unschuld umgekehrt werde. Vielmehr komme darin lediglich zum Ausdruck, dass gegen den Beschwerdeführer einmal der Verdacht einer strafbaren Handlung bestanden habe, welcher zur Einleitung eines Strafverfahrens geführt habe. Dasselbe gelte für den Fall, dass die archivierten Daten in einem späteren Verfahren wieder Verwendung finden sollten. Auch damit werde klarerweise nicht der Vorwurf erhoben, der Betreffende sei schuldig, sondern allenfalls zum Ausdruck gebracht, dass er als Täter der aufzuklärenden Straftat in Frage komme. Die blosse Verdachtsäusserung aber verletze, wie sich bereits an der Zulässigkeit der Untersuchungshaft zeige (Art. 5 Ziff. 1 lit. c EMRK), die Unschuldsvermutung nicht.

13.11.5 Zu reden und zu schreiben gab ein Amtsgerichtsurteil gegen vier *brasilianische Fussballer*. Sie wurden von einem dreizehndreivierteljährigen Mädchen und seinen zwei Kollegen in ihrem Hotelzimmer aufgesucht in der Absicht, mit ihnen Sportleibchen auszutauschen. Die Begleiter des Mädchens wurden aus dem Zimmer gedrängt, und die Türe wurde von innen verriegelt. Anschliessend wurde das Mädchen von zwei Brasilianern zum Beischlaf und von einem dritten zu beischlafähnlichen Handlungen missbraucht. Der Version der Täter, das Kind sei «mit allem einverstanden gewesen», ist das Gericht nicht gefolgt. Trotzdem wurden die drei Haupttäter zu nur 15 Monaten Gefängnis bedingt verurteilt. Der Anstoss, den dieses milde Urteil erregte, ist nicht unverständlich. Die Staatsanwaltschaft hat denn auch dagegen appelliert. Die obere Instanz wird sich im Laufe dieses Jahres mit dem Fall befassen.

13.11.6 Alles andere als kriminell, sondern bloss der Sucht nach dem schnellen Geld verfallen, handelten die 832 Personen, gegen die die kantonale Verwaltungspolizei im Frühjahr 1989 wegen Teilnahme an einem «*Pilotspiel*» ermittelte, einer nach dem Lotteriegesez verboten «Veranstaltung», bei der das Schneeballsystem zur Anwendung kommt. Umgesetzt wurden rund 2 600 000 Franken. Von den 433 Verfahren, die im Kanton Bern durchgeführt werden mussten, wurden hauptsächlich die Richterämter des Oberlandes, des Mittellandes und des Oberaargaus betroffen. Die übrigen Verfahren konnten, wenn auch erst nach einem Gerichtsstandsstreit, der bis an das Bundesgericht gezogen wurde, an andere Kantone abgetreten werden. Nicht zuletzt dank der einwandfreien Vorarbeit des Sachbearbeiters der Kantonspolizei verliefen die Verfahren weniger aufwendig als befürchtet. Die Bussen wurden in der Regel akzeptiert. Zahlreiche Einsprüche erfolgten jedoch gegen die Einziehung der unrechtmässig erzielten Gewinne zugunsten der Staatskasse (Art. 58 Abs. 4 StGB), was nicht verwundert, kassierte doch der Meistgewinner immerhin 48 000 Franken und andere nicht viel weniger.

13.12 Epilog

Der Berichterstatter darf mit Genugtuung feststellen, dass im Berichtsjahr auf den Richterämtern viel und gut gearbeitet wurde. Dank und Anerkennung gebührt aber auch den vielen – Fürsprecherinnen und Fürsprechern, Kammer- und Gerichtsschreibern –, die sich zu Notfalleinsätzen zur Verfügung stellen und dazu beigetragen haben, dass die Gewinn- und Verlustrechnung der bernischen Strafrechtspflege für das Jahr 1989, trotz der Erschwernisse, die der Beitritt zur EMRK der bernischen Justiz beschert hat, ein positives Ergebnis ausweisen kann.

considérée comme une violation de la présomption d'innocence ancrée dans la CEDH. Le simple fait de conserver ces données n'a pas pour effet de renverser la présomption d'innocence. Au contraire, il en ressort simplement que le recourant a été une fois soupçonné d'avoir commis une infraction qui a conduit à l'ouverture d'une procédure pénale. La même réflexion s'imposerait si des données archivées devaient être réutilisées postérieurement dans une procédure. Cela ne ferait nullement naître le grief que l'intéressé est coupable; on en pourrait tout au plus déduire qu'il est l'auteur possible de l'infraction qu'il y a lieu d'élucider.

13.11.5 Le jugement rendu par un Tribunal de district contre quatre *joueurs de football brésiliens* a donné à parler et à écrire. Une jeune fille âgée de treize ans trois quarts et ses deux collègues se sont rendus dans leur chambre d'hôtel pour échanger des tee-shirts de sport. Les deux collègues ont été évacués de la chambre et la porte a été verrouillée de l'intérieur. Deux Brésiliens ont contraint la jeune fille à subir l'acte sexuel et un troisième l'a contrainte à subir des actes analogues à l'acte sexuel. Le Tribunal n'a pas suivi la version des auteurs qui ont prétendu que l'enfant «était consentante pour tout». Les trois auteurs principaux n'ont néanmoins été condamnés qu'à 15 mois d'emprisonnement avec sursis. L'étonnement suscité par la clémence du Tribunal est compréhensible. Le Ministère public a du reste interjeté appel de ce jugement. L'instance supérieure va juger cette cause au cours de cette année.

13.11.6 Les 832 personnes qui ont été appréhendées par la police cantonale au printemps 1989 pour avoir participé au «*jeu du pilote*», soit une «opération» appliquant le procédé dit de la boule de neige et prohibée par la loi sur les loteries, étaient tout sauf criminelles et étaient simplement habitées par l'idée de gagner de l'argent facilement. 2 600 000 francs ont été versés dans le jeu. Ce sont principalement les tribunaux des districts de l'Oberland, du Mittelland et de la Haute-Argovie qui ont été touchés par les 433 procédures qui ont dû être menées dans le canton de Berne. Les autres procédures ont pu être déléguées à d'autres cantons même si au préalable, un conflit de compétence a été porté jusque devant le Tribunal fédéral. Si les procédures se sont déroulées moins difficilement que prévu, c'est aussi grâce au travail préparatoire irréprochable de la police cantonale. Les amendes ont généralement été acceptées. En revanche, de nombreuses oppositions ont été faites contre la confiscation de l'avantage illicite en faveur de la Caisse de l'Etat (art. 58, al. 4 CPS), ce qui n'est pas étonnant lorsque le plus grand gagnant a quand même encaissé 48 000 francs et que d'autres n'ont pas gagné beaucoup moins.

13.12 Epilogue

L'auteur du présent rapport constate avec satisfaction que les tribunaux de district ont fourni un grand travail de qualité durant l'exercice. Les nombreux avocates et avocats, greffiers de chambre et de tribunaux de districts qui se sont mis à disposition dans des cas d'urgence méritent également nos remerciements et notre reconnaissance; ils ont ainsi contribué à ce que le compte de pertes et profits de la justice pénale puisse afficher un résultat positif pour 1989 malgré les difficultés que la justice bernoise a rencontrées par son adhésion à la CEDH.

14. Aus dem Bericht der Jugendstaatsanwälte des Kantons Bern

14.1 Jugendgerichte

Der zum Vorsteher des Kantonalen Jugendamtes gewählte Jugendgerichtspräsident des Seelandes, Dr. iur. Peter Kaenel, trat sein neues Amt am 1. März 1989 an. Zur Nachfolgerin wählte der Grosse Rat am 17. Mai des Berichtsjahres Fürsprecherin Brigitte Lamberty; diese nahm ihre Tätigkeit am 1. Juli 1989 auf. Während der Vakanz von März bis Juni betreute der Jugendgerichtspräsident des Berner Juras, Fürsprecher Pascal Flotron, auch die Geschäfte seines Nachbarkreises. Trotz der mehrmonatigen Doppelbelastung hielten sich die Pendenzen Ende des Berichtsjahres sowohl in Biel als auch in Moutier im normalen Rahmen. Für den Sondereinsatz sei dem Jugendgerichtspräsidenten Flotron und seinen Mitarbeitern an dieser Stelle ausdrücklich der Dank ausgesprochen. Auf Ende des Berichtsjahres trat die Jugendgerichtspräsidentin des Kreises Bern-Mittelland, Fürsprecherin Herta Mäder-Lüthi, aus Altersgründen zurück. Frau Mäder wirkte während 17 Jahren in der bernischen Jugendstrafrechtspflege; zuerst als Jugendanwältin und seit der Reorganisation der Jugendrechtspflege (1. Januar 1974) als Jugendgerichtspräsidentin. Für die geleisteten Dienste zum Wohle der straffällig gewordenen Kinder und Jugendlichen sei Frau Mäder herzlich gedankt. Zum Nachfolger wählte der Grosse Rat am 15. November 1989 Fürsprecher Alex Müller. Anstelle des auf Ende 1988 aus dem Staatsdienst ausgetretenen wissenschaftlichen Mitarbeiters des Kantonalen Jugendamtes, Fürsprecher Peter Deutsch, wählte der Regierungsrat am 8. Februar 1989 Fürsprecher Marco Zingaro, welcher sein Amt am 1. Mai antrat.

Im Berichtsjahr wurde mit der Planung der etappenweisen Einführung der EDV auf den Jugendgerichten begonnen. Das Projekt soll Ende 1991 abgeschlossen sein.

Die alljährlich von den Jugendgerichten zur Weiterbildung ihrer Sozialarbeiter organisierte Veranstaltung stand unter dem Thema «Moral und Ethik in der Jugendgerichtspraxis».

14.2 Statistik

14.2.1 Detailliertes Zahlenmaterial betreffend die von den Jugendgerichten im Berichtsjahr behandelten Geschäfte enthalten die vier *Tafeln* im Anhang zu diesem Bericht.

14.2.2 Gemessen am Vorjahr hat die Zahl der *neu eröffneten Jugendstrafverfahren* um 12,2 Prozent abgenommen. Seit dem Jahre 1985 kann man eine rückläufige Tendenz feststellen. Während vor fünf Jahren noch 7010 Verfahren hatten eingeleitet werden müssen, sank die Zahl im Berichtsjahr auf 4930. Einzig der Kreis Emmental-Oberaargau weist ungefähr gleichviel Neueingänge wie im Vorjahr auf. Mit 1352 neuen Geschäften steht das Jugendgericht in Burgdorf zahlenmässig mit Abstand an der Spitze; gefolgt von den Kreisen Seeland und Bern-Mittelland mit 958 bzw. 957 Fällen. Den markantesten Rückgang verzeichnete das Jugendgericht Oberland mit 28,8 Prozent. Die Zahl der im ordentlichen Verfahren ergangenen Urteile hat sich allerdings nur in unbedeutendem Masse verringert. Kleiner geworden ist die Zahl der Anzeigen wegen Verstössen gegen die Strassenverkehrsgesetzgebung. Weil diese meist im weniger aufwendigen Strafmandatsverfahren erledigt werden, hat sich die zahlenmässige Entlastung arbeitsmässig nicht sonderlich ausgewirkt.

14. Rapport des procureurs des mineurs du canton de Berne

14.1 Tribunaux des mineurs

Le 1^{er} mars 1989, le président du Tribunal des mineurs du Seeland, Peter von Kaenel, docteur en droit, est entré en fonction comme directeur de l'Office cantonal des mineurs. Son poste de président a été repris par M^e Brigitte Lamberty qui a été nommée par le Grand Conseil le 17 mai de cette année; elle est entrée en fonction le 1^{er} juillet 1989. Pendant la vacance qui a duré de mars à juin, M^e Pascal Flotron, président du Tribunal des mineurs du Jura bernois, a également traité les affaires de l'arrondissement voisin. Malgré ce travail supplémentaire qui a duré plusieurs mois, les affaires pendantes à la fin de l'année n'ont dépassé les limites de la normale ni à Bienne, ni à Moutier. Nous adressons ici nos remerciements au président du Tribunal des mineurs, M. Flotron, et à ses collaborateurs pour leur engagement spécial. A la fin de l'année, la présidente du Tribunal des mineurs de l'arrondissement de Berne-Mittelland, M^e Herta Mäder-Lüthi, a quitté son poste pour des raisons d'âge. M^{me} Mäder a travaillé durant 17 ans au service de l'administration de la justice des mineurs, d'abord en qualité d'avocate des mineurs et, depuis la réorganisation du régime applicable aux mineurs délinquants (1^{er} janvier 1974), comme présidente du Tribunal des mineurs. Nous remercions cordialement M^{me} Mäder des services qu'elles a rendus pour le bien des enfants et des adolescents tombés dans la délinquance. Le 15 novembre 1989, le Grand Conseil a nommé son successeur en la personne de M^e Alex Müller. Le 8 février 1989, le Conseil-exécutif a nommé M^e Marco Zingaro qui est entré en fonction le 1^{er} mai, comme successeur de M^e Peter Deutsch, adjoint scientifique à l'Office cantonal des mineurs, qui a quitté le service de l'Etat à fin 1988.

L'introduction des ordinateurs selon le plan par étapes qui a été prévu, a débuté cette année dans les tribunaux des mineurs. La réalisation du projet doit se terminer à fin 1991.

Le cours de perfectionnement des assistants sociaux des tribunaux des mineurs organisé une fois par année par les tribunaux des mineurs a eu pour thème «la morale et l'éthique dans la pratique des tribunaux de mineurs».

14.2 Statistique

14.2.1 Les *quatre tableaux* annexés donnent au lecteur des chiffres détaillés sur les affaires traitées durant l'année.

14.2.2 *Les nouvelles instructions ouvertes contre des mineurs* ont diminué de 12,2 pour cent par rapport à l'année passée. Depuis 1985, on a pu constater une tendance à la baisse. Alors qu'il y a cinq ans on enregistrait encore 7010 procédures, cette année on en comptait plus que 4930.

Seul l'arrondissement de l'Emmental/Haute-Argovie a connu à peu près le même nombre de nouvelles affaires que l'année précédente. Avec 1352 nouvelles affaires, le Tribunal des mineurs de Berthoud est loin en tête, suivi des arrondissements du Seeland et de Berne-Mittelland qui ont enregistré 958, respectivement 957 cas. C'est le Tribunal des mineurs de l'Oberland qui a connu la baisse la plus sensible avec 28,8 pour cent de cas en moins. Les affaires jugées en procédure ordinaire n'ont toutefois diminué que de façon négligeable. Les dénonciations pour infraction à la loi sur la circulation routière sont moins nombreuses. Etant donné que ces dernières sont le plus souvent liquidées par mandat de répression, une procédure plus simple, la diminution du nombre des affaires dans ce

Die Inanspruchnahme des Jugendgerichtspräsidenten des Berner Juras durch die in Biel zu betreuenden französischsprachigen Geschäfte ist bedeutend grösser als durch die Verfahren im eigenen Jugendgerichtskreis.

14.2.3 Von den alten auf das Berichtsjahr übertragenen und den neu hinzugekommenen total 5218 Verfahren waren am Jahresende noch 243 *unerledigt*, was ungefähr der Hälfte eines durchschnittlichen Monateinganges entspricht. Nur ein einziger Fall war älter als ein Jahr.

14.2.4 29,7 (Vorjahr 29,5) Prozent der Beurteilten standen im *Kindesalter* (7–15 Jahre); 70,3 (70,5) Prozent waren Jugendliche (15–18 Jahre). Die Jugendgerichte beurteilten auch 14 Strafmündige, weil diese sowohl vor als auch nach dem zurückgelegten 18. Altersjahr delinquent hatten und massnahmebedürftig erschienen.

14.2.5 Die Quote des *weiblichen Geschlechts* betrug in der Altersklasse der Kinder 28,6 (27,9) Prozent; in derjenigen der Jugendlichen 12,5 (12,3) Prozent. Lässt man die wegen Übertretungstatbeständen gefällten Urteile unberücksichtigt, beträgt der Anteil des weiblichen Geschlechts 16,6 (19,2) Prozent im Kindesalter und 14,7 (11,7) Prozent in der Alterskategorie der Jugendlichen.

14.2.6 Der Prozentsatz der *Ausländer* war seit 1974 noch nie so hoch wie im Berichtsjahr. Während sich der Anteil der fremden Staatsangehörigen in den Jahren 1974 bis 1985 zwischen 9,3 und 12 Prozent bewegte, stieg er in den folgenden Jahren permanent an bis auf 15 (14,2) Prozent im Berichtsjahr. Die Jugendgerichte hatten sich mit jungen Menschen verschiedenster Herkunft zu befassen, so stammten beispielsweise die vom Jugendgericht Bern-Stadt beurteilten 170 Ausländer aus 25 Staaten.

14.2.7 Von den 748 wegen Verbrechen oder Vergehen fehlbar erklärten Minderjährigen sind 99 bereits früher mindestens einmal beurteilt worden; 12,6 (13,8) Prozent befanden sich somit im *Rückfall*.

14.2.8 In 12 Fällen mussten die Jugendgerichte zusätzlich zu einer jugendrechtlichen Massnahme eine *Strafe des Erwachsenenrechts* verhängen, weil die inzwischen strafmündig gewordenen Angeschuldigten vor der Hauptverhandlung wieder rückfällig geworden waren.

14.2.9 Die wegen Verbrechen oder Vergehen angeordneten Rechtsfolgen verteilen sich prozentual wie folgt:

Massnahmen	15,7	(14,5)
Strafen	75,1	(76,9)
Aufschub des Entscheides	5,1	(5,7)
Absehen von Sanktionen	4,1	(2,9)

14.2.10 In einem Fall sah sich der Jugendgerichtspräsident veranlasst, nach Aufhebung der Strafuntersuchung die zuständige *Vormundschaftsbehörde* zu benachrichtigen, weil sich die Anordnung einer Kinderschutzmassnahme nach Artikel 307ff. ZGB aufdrängte. In zehn Fällen führte der Jugendgerichtspräsident mit Zustimmung der Vormundschaftsbehörde Ermittlungen zu den persönlichen und sozialen Verhältnissen Minderjähriger durch, weil ihm die Gefährdung dieser jungen Menschen amtlich zur Kenntnis gelangt war.

14.2.11 Lediglich zwei (4) Urteile der Jugendgerichte wurden an die I. Strafkammer des Obergerichts *weitergezogen*.

domaine n'a pas eu d'effets sensibles sur la charge de travail. Le président du Tribunal des mineurs du Jura bernois est davantage sollicité par les affaires françaises de Bienne que par les procédures de son propre arrondissement.

14.2.3 Sur les 5218 affaires, soit celles qui étaient pendantes à fin 1988 ainsi que les nouvelles entrées, 243 *n'étaient pas liquidées* à la fin de l'année, ce qui représente environ la moitié de la moyenne mensuelle des entrées. Seule une procédure était pendante depuis plus d'une année.

14.2.4 29,7 pour cent (29,5 l'année passée) des condamnés étaient des *enfants* (7–15 ans); 70,3 (70,5) pour cent étaient des adolescents (15–18 ans). Les tribunaux des mineurs ont jugé 14 prévenus ayant atteint l'âge de 18 ans révolus étant donné que ces derniers ont commis des infractions tant avant qu'après 18 ans révolus et que leur état nécessitait une mesure.

14.2.5 La quote-part des *filles* se situait à 28,6 (27,9) pour cent dans la classe d'âge des enfants et à 12,5 (12,3) pour cent dans celle des adolescents. Si l'on écarte les jugements portant sur les contraventions, le pourcentage des filles est de 16,6 (19,2) pour cent dans la classe d'âge des enfants et de 14,7 (11,7) pour cent dans celle des adolescents.

14.2.6 Cette année, le pourcentage des *étrangers* n'a jamais été aussi élevé que depuis 1974. Alors qu'il se situait entre 9,3 et 12 pour cent de 1974 à 1985, il a augmenté les années suivantes et atteint 15 (14,2) pour cent durant l'exercice. Les présidents des tribunaux des mineurs ont eu affaire à des jeunes gens de différentes provenances; ainsi, le Tribunal des mineurs de Berne-Ville a dû par exemple juger 170 étrangers provenant de 25 pays.

14.2.7 Parmi les 748 mineurs qui ont été déclarés coupables de crime ou de délit, 99 ont déjà été condamnés au moins une fois antérieurement; 12,6 (13,8) pour cent étaient ainsi des *récidivistes*.

14.2.8 A 12 reprises, les tribunaux des mineurs ont dû prononcer une *sanction ressortissant au droit des adultes* en plus de la mesure relevant du droit des mineurs, parce que les prévenus qui, entre-temps ont atteint l'âge de dix-huit ans révolus, avaient à nouveau récidivé avant les débats.

14.2.9 Les sanctions prononcées en raison de crimes ou de délits se répartissent, en pour cent, de la manière suivante:

Mesures	15,7	(14,5)
Peines	75,1	(76,9)
Ajournements de la décision	5,1	(5,7)
Renoncations à toute peine	4,1	(2,9)

14.2.10 Le président du Tribunal des mineurs s'est vu, à une reprise, dans l'obligation, après un non-lieu, d'aviser les *autorités tutélaires* compétentes en raison des mesures de protection de l'enfant nécessaires au sens des articles 307ss CCS. Dans dix cas, le président du Tribunal des mineurs a, avec l'accord des autorités tutélaires, pris des informations sur la personne et l'entourage d'un mineur, parce qu'il avait appris officiellement que cette jeune personne était en danger.

14.2.11 Seuls deux (4) jugements des tribunaux des mineurs ont été portés devant la I^e Chambre pénale de la Cour suprême.

14.3 **Rechtspflege**

14.3.1 Dass ein Jugendlicher mit Betäubungsmitteln Handel in grossem Stil treibt, war in früheren Jahren eine singuläre Erscheinung. Leider gab es im Berichtsjahr eine besorgniserregende Häufung von Verfahren wegen qualifizierter Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz. In Frage standen Mengen bis zu 25 Kilogramm Haschisch bzw. 600 Gramm Heroin und Kokain. Zum Teil gehörten die jugendlichen Dealer einem weitverzweigten Händlerring an, der sich vornehmlich aus Erwachsenen ausländischer Nationalität zusammensetzte. Solche Voruntersuchungen stellen den Jugendrichter jedesmal vor heikle Entscheidungen. Einerseits benötigt die Ermittlung der Bandenmitglieder und die Abklärung der gehandelten Rauschgiftmengen bei nicht geständnisfreudigen erwachsenen Drogenhändlern ihre Zeit, andererseits sollten die süchtigen jugendlichen Tatbeteiligten möglichst rasch aus der Untersuchungshaft entlassen und einer therapeutischen Massnahme zugeführt werden, was aber erneut Verdunkelungsgefahr bedeuten könnte. Zwei Jugendliche hatten auch noch nach dem zurückgelegten 18. Altersjahr grössere Quantitäten von Betäubungsmitteln umgesetzt, so dass sich in zwei Jugendgerichtskreisen die Fünferkammer erstmals vor die Situation gestellt sah, längerdauernde Gefängnisstrafen – in einem Fall drei Jahre als ausschliessliche Sanktion, im anderen zwei Jahre als Zusatzstrafe zur jugendrechtlichen Massnahme – aussprechen zu müssen.

14.3.2 Die Jugendgerichtspräsidenten machen immer wieder die Erfahrung, dass der Konsum auch sog. weicher Drogen die ohnehin schwierige Phase des Erwachsenwerdens von Jugendlichen erschwert. Folgen chronischen Konsums sind Abbruch der Ausbildung, Verlust von Arbeitsstellen und unüberbrückbare Generationenkonflikte mit entsprechenden Entwicklungsdefiziten. Als verhängnisvoll erweist sich dabei die von verschiedenen Seiten geforderte Liberalisierung des Drogenmarktes, weil Eltern, Erzieher und Bezugspersonen verunsichert werden und keine klaren Haltungen mehr einnehmen. Anliegen der Organe der Jugendrechtspflege ist es, junge unreife und leicht beeinflussbare Menschen vor einem häufig verhängnisvoll endenden Weg zu bewahren und ihnen zu einer gesunden Entwicklung zu verhelfen. Früherfassung Gefährdeter ist dabei äusserst wichtig. Dazu schreibt eine Jugendgerichtspräsidentin in ihrem Jahresbericht: «Drogenabhängigkeit kann am wirkungsvollsten angegangen werden, wenn junge Einsteiger möglichst früh erfasst werden können – die Bereitschaft zur freiwilligen Drogenberatung oder -therapie ist aber gerade bei jungen Einsteigern noch kaum vorhanden. Durch den Verzicht auf Anzeigen würde eine Möglichkeit im Kampf gegen die Drogenabhängigkeit vertan, die dem mit den Hilfsmitteln des Strafprozesses ausgestatteten Jugendgericht offensteht, nämlich: Jugendliche und Eltern verpflichtend zu Gesprächen aufzubieten. Immer wieder bekommen wir von Eltern zu hören, dass sie selbst zwar zu Beratungen beim «Contact» gehen, ihre Jugendlichen jedoch nicht mitmachen. Gerade auch Eltern von Haschisch-Konsumenten sind froh um die Möglichkeit zu Gesprächen mit Betreuern des Jugendgerichts, nachdem ihnen andere Beratungsmöglichkeiten kaum mehr zur Verfügung stehen.» Tatsache ist, dass viele Schüler und Jugendliche nach solchen Gesprächen die Finger von den Drogen lassen.

14.3.3 An Grenzen stossen die Jugendgerichte immer wieder, wenn sie schwer Drogenabhängige der dringend benötigten Behandlung zuführen wollen. Im Bereich der Drogenrehabilitation besteht ein ausgeprägter Vollzugsnotstand, wenn der Klient nicht zur Therapie in offenem Rahmen (sozialtherapeutische Wohngemeinschaft) motiviert werden kann. Besonders

14.3 **Administration de la justice**

14.3.1 Il eût été singulier, il y a quelques années, qu'un adolescent se livre au trafic de stupéfiants sur une grande échelle. Durant l'exercice, on a malheureusement compté une quantité inquiétante de procédures pour infractions qualifiées à la LF sur les stupéfiants. Elles ont porté sur des quantités allant jusqu'à 25 kilos de haschisch et 600 grammes d'héroïne et de cocaïne. Les jeunes dealers faisaient partie d'un large cercle de trafiquants composé essentiellement d'adultes de nationalité étrangère. Ces instructions mettent les juges des mineurs chaque fois devant des décisions délicates. D'une part, les recherches nécessaires pour retrouver les personnes appartenant à la bande et pour établir les quantités de stupéfiants sur lesquelles a porté le commerce auquel se sont livrés les trafiquants de drogue adultes qui refusent de faire des aveux exigent du temps et, d'autre part, les adolescents toxicomanes qui sont impliqués doivent être mis en liberté provisoire et soumis à un traitement thérapeutique aussi vite que possible, ce qui peut toutefois faire renaître un danger de collusion. Deux adolescents ont fait le commerce de grandes quantités de drogue également après 18 ans révolus de sorte que dans deux arrondissements, le Tribunal collégial composé de cinq juges a, pour la première fois, dû prononcer des peines d'emprisonnement de longue durée, soit une peine de trois ans exclusivement dans un des cas, et dans l'autre, une peine de deux ans cumulée avec une mesure relevant du droit des mineurs.

14.3.2 Les présidents des tribunaux des mineurs constatent encore toujours que la consommation de drogue, même celle de drogues douces, aggrave le passage, déjà difficile, des adolescents dans le monde adulte. Les conséquences d'une consommation chronique se manifestent par l'arrêt de la formation professionnelle, par la perte du poste de travail et par des conflits de générations insolubles liés à des retards dans le développement. La libéralisation du marché de la drogue, qui est favorisée de différentes parts, est fatale étant donné que les éducateurs et les assistants sont insécurisés et n'adoptent pas d'attitude claire. Le but des organes de la justice des mineurs est d'aider les jeunes gens encore immatures et facilement influençables à se développer sagement et de les préserver d'une issue très souvent fatale. Il est extrêmement important de s'occuper de ces personnes rapidement. Une présidente de Tribunal des mineurs s'exprime comme suit à ce sujet: «La dépendance à la drogue peut être enrayée le plus efficacement auprès des jeunes toxicomanes s'ils sont pris en main aussi tôt que possible. Les jeunes toxicomanes ne montrent cependant quasiment aucun intérêt à suivre librement les conseils ou une thérapie prévus pour les drogués. En renonçant à les dénoncer, les tribunaux des mineurs, qui disposent des moyens offerts par la procédure pénale, perdraient la possibilité de lutter contre la toxicomanie en citant les adolescents et les parents à comparaître obligatoirement pour un dialogue. On entend constamment des parents dire qu'ils se rendent au «Contact» pour recevoir des conseils, mais que leurs enfants ne participent pas. Précisément les parents de consommateurs de haschisch sont contents d'avoir la possibilité de s'entretenir avec les assistants sociaux du tribunal des mineurs lorsqu'il ne leur reste presque plus d'autres moyens d'être conseillés». Beaucoup d'élèves et d'adolescents ne touchent plus à la drogue après ce genre d'entretiens.

14.3.3 Les tribunaux des mineurs rencontrent encore toujours des difficultés lorsqu'ils veulent soumettre des toxicomanes à un traitement urgent exigé par leur état grave. En ce qui concerne la réhabilitation des drogués, la situation est désastreuse pour les clients qu'on ne parvient pas à motiver de suivre une thérapie dans un cadre libre (communauté socio-thérapeu-

krass widerspricht die Praxis des Machbaren dem gesetzlichen Auftrag, wenn (nach Art. 92 StGB behandlungsbedürftige) 15jährige Fixerinnen und Prostituierte nirgendwo untergebracht werden können.

14.3.4 An dieser Stelle sei noch auf einen weiteren Massnahmenvollzugsnotstand aufmerksam gemacht: Jugendliche, die neben pädagogischer Betreuung intensive psychiatrische Behandlung brauchen, können nicht plaziert werden, weil institutionelle, Pädagogik und Psychiatrie integrierende Angebote fehlen. Die Kinder- und Jugendpsychiatrie erklärt sich für einen 17jährigen Schulentlassenen für nicht mehr zuständig, die Erwachsenenpsychiatrie lehnt eine Aufnahme ab, weil der psychisch Kranke noch nicht 18 Jahre alt ist und pädagogische Einrichtungen argumentieren, dass sie mit ihren Möglichkeiten angesichts der besonderen Problematik überfordert seien.

14.3.5 Oft wünscht sich der Praktiker die Möglichkeit des teilweisen Vollzuges einer unbedingt ausgesprochenen oder später vollziehbar erklärten bedingten Einschliessungsstrafe, damit (nicht massnahmebedürftige) unbeeindruckbare, mehrfach rückfällig gewordene Jugendliche zu einer «Schnupperlehre» in den Freiheitsentzug geschickt werden könnten, was sich zweifellos heilsam auswirken würde.

14.4 Jugendstaatsanwaltschaft

Dreimal vertrat der für die deutschsprachigen Jugendgerichtskreise zuständige Jugendstaatsanwalt persönlich die Anklage vor dem Jugendgericht. In zwei Fällen tagte die Fünferkammer. Mit den Jugendgerichtspräsidenten und den Adjunkten führte der Berichterstatter zwei Arbeitstagungen durch. Im Hinblick auf die bevorstehende Eröffnung der geschlossenen Abteilung für männliche Jugendliche der Viktoriastiftung in Richigen wurde eine Zusammenkunft mit dem Heimleiterehepaar durchgeführt, um die künftige Einweisungspraxis zu besprechen. Als Präsident der ausserparlamentarischen Expertenkommission zur Revision des Jugendrechtspflegegesetzes hatte der Berichterstatter drei Sitzungen zu leiten.

15. Richterämter

15.1 Die Geschäftslast der Richterämter war auch im Berichtsjahr allgemein gross bis sehr gross. Viele Gerichtspräsidenten berichten über regelmässige Abend- und Wochenendarbeit und beklagen die Tatsache, dass für Weiterbildung, ja selbst für die Aufarbeitung der neuesten Literatur und Judikatur, kaum Zeit bleibe. Ein Gerichtspräsident verweist in diesem Zusammenhang auf ein Interview von Prof. Dr. U. Zimmerli (BZ vom 15. 11. 1989), worin dieser eine ständig überlastete Justiz als gefährlich bezeichnete.

Die Tendenz der Geschäftszahlen blieb auch im Berichtsjahr weiter steigend. Einzelheiten sind den Tabellen im Anhang zu entnehmen. Wohl melden einige Richterämter in einzelnen Geschäftskategorien auch rückläufige Zahlen, doch wird erneut von verschiedenen Richtern darauf hingewiesen, dass sich insbesondere der durchschnittliche Aufwand für die Erledigung eines einzelnen Geschäfts in den letzten Jahren spürbar vermehrt habe. Ein Beispiel in dieser Hinsicht sind die arbeitsrechtlichen Streitigkeiten. Von Bundesrechts wegen sind diese

tique). Les possibilités pratiques sont en contradiction manifeste avec le mandat de la loi lorsque des toxicomanes et des prostituées âgées de 15 ans (dont l'état exige un traitement au sens de l'article 92 CPS) ne peuvent être accueillies nulle part.

14.3.4 Il y a lieu, ici, de relever une autre carence dans l'exécution des mesures: les adolescents qui ont besoin d'une assistance pédagogique associée à un traitement psychiatrique intensif ne peuvent être placés faute d'établissements réunissant pédagogie et psychiatrie. La psychiatrie pour enfants et adolescents déclare ne plus être compétente pour les jeunes de 17 ans ayant terminé leur scolarité obligatoire, la psychiatrie pour adultes refuse de les prendre en charge parce que le malade n'a pas encore atteint 18 ans révolus et les établissements pédagogiques arguent, qu'avec les moyens dont ils disposent, ils sont dépassés par les problèmes particuliers que posent ces personnes.

14.3.5 Souvent, le praticien souhaiterait avoir la possibilité de faire exécuter partiellement une peine comportant une détention sans sursis ou une peine comportant une détention avec sursis, exécutable ultérieurement, pour que les adolescents (dont l'état n'exige pas de mesure) qui sont devenus impénétrables et qui ont récidivé à plusieurs reprises puissent être envoyés en «stage d'essai» pendant leur privation de liberté, ce qui aurait sans doute un effet bénéfique sur eux.

14.4 Les procureurs des mineurs

Le procureur des mineurs compétent pour les arrondissements des mineurs de langue allemande a soutenu personnellement l'accusation devant le tribunal des mineurs dans trois cas. Le tribunal collégial composé de 5 membres a siégé dans deux cas. L'auteur du présent rapport a organisé deux journées de travail avec les présidents des tribunaux des mineurs et les adjoints. En vue de l'ouverture prochaine de la section fermée pour adolescents de la Fondation Viktoria à Richigen, une rencontre a été organisée avec les époux qui dirigeront l'établissement pour discuter de la pratique de placement à adopter. En tant que président de la commission extraparlamentaire relative à la revision de la loi sur le régime applicable aux mineurs délinquants, l'auteur du présent rapport a dû diriger trois séances.

15. Tribunaux de district

15.1 Durant l'année écoulée, la charge de travail des tribunaux de district était à nouveau importante, voire très élevée. Plusieurs présidents de tribunal ont relevé qu'il travaillaient régulièrement le soir et durant les congés de fin de semaine et déplorent le fait qu'il ne leur reste que peu de temps pour leur formation continue et même pour suivre l'évolution de la doctrine et de la jurisprudence. Un président de tribunal a signalé dans ce contexte l'interview du professeur docteur U. Zimmerli (BZ du 15. 11. 1989) où celui-ci considère qu'une surcharge de travail constante représente un danger pour la justice.

La tendance du nombre d'affaires était également à la hausse. Les détails sont reproduits dans les tables figurant en annexe. Certains tribunaux de district signalent bien une tendance à la régression de certains genres d'affaires particulières, mais différents présidents de tribunal rapportent en particulier le fait que le temps à consacrer au règlement d'une affaire s'est élevé de façon sensible durant ces dernières

nun seit dem 1. Januar 1989 bis zu einem Streitwert von 20 000 Franken in einem «einfachen und raschen» Verfahren zu behandeln. Nach geltender bernischer ZPO ist dies zurzeit noch das Verfahren gemäss Artikel 294ff., das ursprünglich nur für in die endgültige Zuständigkeit des Gerichtspräsidenten fallende Streitigkeiten gedacht war. Der Appellationshof musste deshalb in einem Kreisschreiben festhalten, dass sich in diesen Streitsachen die Zuständigkeit des Gerichtspräsidenten nach der Änderung des Bundesrechts bis zum Betrag von 20 000 Franken ausdehne. Weil überdies die gleiche bundesrechtliche Bestimmung (Art. 343 OR) den Richter auch noch anweist, den «Sachverhalt von Amtes wegen festzustellen», wird durch den – dem Zivilprozess sonst fremden – Untersuchungsgrundsatz der Aufwand in der Beweisführung zwangsläufig vermehrt. Der Richter kann nicht mehr auf Zugeständnisse einer Partei abstellen, hat auch verspätete Behauptungen von Amtes wegen zu prüfen und müsste theoretisch selbst nicht Behauptetes abklären. Die Praxis wendet diese Grundsätze nicht mit letzter Konsequenz an. Die gesetzgeberische Logik, die (gerade für Verfahren mit geringerem Streitwert) solchen Aufwand verlangt und im gleichen Zug fordert, das Verfahren müsse «einfach und rasch» sein, ist dem Praktiker nicht nachvollziehbar. Trotz der z. T. vehementen Kritik an dieser Gesetzgebung, die letztlich eine Einmischung des Bundes in die kantonale Prozess-Gesetzgebungshoheit darstellt, tauchen in immer neuen Bundesgesetzen analoge Bestimmungen auf. Ein Ende dieser Serie ist nicht abzusehen. Viele Richterämter melden auch eine spürbare Zunahme des Arbeitsaufwandes bei den Ehescheidungen. Das neue Ehegesetz hat demgegenüber nach den Beobachtungen des in dieser Materie zahlenmässig am stärksten belasteten Richteramtes II von Bern die gesetzlich möglichen Vorkehrungen griffiger und damit die Arbeit des Eheschutzrichters effizienter gemacht. Bezüglich der im Bereich der Strafrechtspflege aufgetauchten Probleme kann auf die Ausführungen im Bericht des Generalprokurators (Ziff. 13 hiervor) verwiesen werden.

15.2 Die aufgrund der neuen Rechtsprechung zur EMRK bezüglich der Unvereinbarkeiten im Strafverfahren notwendige Anpassung der bernischen Gerichtsorganisation wurde im Berichtsjahr vorangetrieben. Die vom Regierungsrat eingesetzte Arbeitsgruppe unterbreitete im Herbst einen Lösungsvorschlag, der noch vor Jahresende von der Justizdirektion in die Vernehmlassung geschickt wurde.

Die Vorstellungen, wie die Lösung aussehen sollte, sind naturgemäss landauf landab – auch bei den direkt Betroffenen – sehr verschieden. Dasselbe gilt für die Beurteilung der interimistischen «Gerichtsschreiber-Lösung» (Zuweisung der Funktionen des Untersuchungsrichters in den Amtsbezirken mit nur einem Gerichtspräsidenten an den örtlichen Gerichtsschreiber), die von «bestens bewährt» bis zu «hoffentlich bald der Vergangenheit angehörend» reicht. Die Akzeptanz dieses Provisoriums scheint bei jenen Ämtern am grössten, die über quantitativ und qualitativ genügendes Kanzleipersonal verfügen, das den Gerichtsschreiber in seinen angestammten Funktionen entlasten kann.

15.3 Verschiedene Richterämter melden eine angespannte Situation im Personalbereich. Das vorhandene Personal ist teilweise bis an die Grenze des Zumutbaren ausgelastet. Wechsel und Absenzen bringen in solchen Fällen zusätzliche Probleme.

Von der Stadt Bern etwas weiter entfernte Richterämter bekunden bereits einige Mühe, die Stellen für Rechtspraktikanten zu besetzen, während andere anscheinend immer noch auf

années. Un exemple est constitué par les litiges relevant d'un contrat de travail. Selon le droit fédéral, ceux-ci doivent dès le 1^{er} janvier 1989, et jusqu'à une valeur litigieuse de 20 000 francs, être traités dans une procédure «simple et rapide». Selon la procédure bernoise en vigueur, la procédure applicable pour l'instant est celle des articles 294ss Cpc, laquelle n'était destinée initialement qu'aux litiges de la compétence en dernier ressort du président du tribunal. La Cour d'appel a ainsi dû déterminer par une circulaire que la compétence du président du tribunal pour de tels litiges s'étendait, selon la modification du droit fédéral, jusqu'à une valeur litigieuse de 20 000 francs. Par le fait que cette même disposition fédérale (art. 343 CO) prévoit de surcroît que «le juge établit d'office les faits», l'administration des preuves prend nécessairement une plus grande importance en raison du principe inquisitorial – qui d'ordinaire est étranger à la procédure civile. Le juge ne peut plus se fonder sur les aveux d'une partie, il doit également examiner d'office les prétentions tardives et, théoriquement, devrait clarifier même ce qui n'est pas allégué. En pratique, ces principes ne sont pas appliqués dans toute leur rigueur. La logique du législateur qui (justement pour des litiges avec une faible valeur litigieuse) implique un tel examen de l'affaire et qui exige simultanément que la procédure soit «simple et rapide» n'est pas réalisable dans la pratique. Malgré les vives critiques qu'avait en son temps reçu cette réglementation, qui en définitive constitue une ingérence de la Confédération dans la souveraineté cantonale en matière de procédure, des dispositions analogues apparaissent régulièrement dans de nouvelles lois fédérales, et aucun changement n'est prévisible. Plusieurs tribunaux de district signalent également un accroissement sensible du temps consacré aux affaires de divorce. Toutefois, selon les observations du Tribunal II de Berne, qui en cette matière a rencontré le plus grand nombre d'affaires, le nouveau droit matrimonial a rendu les mesures légales plus incisives et ainsi rendu l'activité du juge des mesures protectrices plus efficace.

S'agissant des problèmes qui ont surgi en matière de jurisprudence pénale, il est renvoyé aux développements figurant dans le rapport du Procureur général (ch. 13 ci-devant).

15.2 L'adaptation de l'organisation judiciaire bernoise a été entreprise, adaptation rendue nécessaire par la nouvelle jurisprudence relative à la Convention européenne des droits de l'homme et portant sur l'incompatibilité de fonctions en matière de procédure pénale. Le groupe de travail créé par le Conseil-exécutif a soumis une proposition en automne, proposition qui a encore été soumise à consultation avant la fin de l'année par la Direction de la justice.

La représentation de ce que devrait être la solution est bien évidemment très différente, ce qui apparaît chez ceux qui sont directement concernés. Il en va de même du jugement porté sur le statut provisoire des greffiers de tribunal (lesquels se sont vu confier la fonction de juge d'instruction lorsque dans leur district ne fonctionne qu'un seul président de tribunal), statut qui selon certains, «a fait toutes ses preuves» alors que d'autres espèrent «qu'il appartienne bientôt au passé». Il semble que cette solution provisoire trouve l'écho le plus favorable dans les tribunaux qui disposent du personnel de chancellerie compétent et en suffisance, ce qui permet au greffier du tribunal d'être déchargé de ses fonctions ordinaires.

15.3 Plusieurs tribunaux signalent que la situation est critique dans le domaine du personnel. Une partie de celui qui est existant subi une charge de travail à la limite de ce qui est tolérable. Dans de tels cas, les changements et permutations n'entraînent que des problèmes supplémentaires.

Certains tribunaux relativement éloignés de la ville de Berne soulignent qu'ils éprouvent une certaine peine à repourvoir les postes de stagiaires, alors que dans d'autres cas, il semble que

lange Zeit ausgebucht sind. Die Anzahl der vom Obergericht im Berichtsjahr ausgestellten Fähigkeitsausweise (s. Ziff. 1.6) lässt darauf schliessen, dass die Zahl der Fürsprecherkandidaten im Vergleich zur Mitte der achtziger Jahre rückläufig ist. Dazu kommt, dass mit der neuen Prüfungsverordnung (in Kraft seit Anfang 1988) die Möglichkeiten für die praktische Ausbildung erweitert worden sind. Eine rechtliche Möglichkeit, Fürsprecherkandidaten zu zwingen, einen Teil ihres Praktikums bei einem bestimmten Richteramt zu absolvieren, gibt es nicht. Gerade bei kleineren Richterämtern deckt aber der regelmäßige Einsatz der Praktikanten als Protokollführer und Urteilsredaktoren einen nicht vernachlässigbaren Anteil an der Kanzleiarbeit ab. Stellenschaffungen scheinen hier in einem gewissen Masse vorgezeichnet.

15.4 Im Berichtsjahr wurden verschiedene Richterämter im Rahmen der Effizienz- und Effektivitätsanalyse EFFISTA untersucht. Vom Ergebnis dieser Untersuchung und den im Schlussbericht enthaltenen Vorschlägen für eine weitgehende Umstrukturierung der Gerichtsverwaltung in den Amtsbezirken hat das Obergericht inoffiziell (im Zusammenhang mit seiner parallel durch die gleiche Treuhandgesellschaft geführten eigenen EFFISTA-Analyse, s. Ziff. 1.3 sowie auch durch die Presse) erfahren. Es ist hier weder der Ort noch die Zeit, zu den Vorschlägen in irgendeiner Form bereits Stellung zu nehmen.

15.5 Das Obergericht dankt allen Gerichtspräsidenten, Untersuchungsrichtern, Gerichtsschreibern, juristischen Sekretären und Kanzleiangestellten für ihren im Berichtsjahr geleisteten grossen Einsatz.

Bern, Februar 1990

Im Namen des Obergerichts:

Der Präsident: *Aeschlimann*

Der Obergerichtsschreiber: *Sterchi*

ces fonctions soient occupées longtemps à l'avance. On peut déduire du nombre de certificats délivrés par la Cour suprême durant l'année écoulée (cf. ch. 1.6) que le nombre de candidats au barreau est en diminution par rapport à ceux existant au milieu des années 80. A cela s'ajoute le fait que les possibilités d'effectuer des stages ont été élargies avec la nouvelle ordonnance sur les examens d'avocat (en vigueur depuis le début 1988). Il n'existe aucune solution juridique permettant de contraindre les candidats au barreau à effectuer une partie de leurs stages auprès d'un tribunal déterminé. C'est justement auprès de petits tribunaux de district que l'occupation régulière par le stagiaire des fonctions de greffier eo. ou de rédacteur de jugement permet de décharger sensiblement la chancellerie. Dans de tels cas, la création de nouveaux postes paraît dans une certaine mesure être indiquée.

15.4 Différents tribunaux de district ont été examinés durant l'année écoulée dans le cadre du projet visant l'accroissement de l'efficacité de l'administration (EFFISTA). La Cour suprême a pris connaissance de façon inofficielle (en relation avec sa propre analyse EFFISTA réalisée par la même fiduciaire, voir le ch. 1.3 ainsi qu'à la presse), du résultat de l'analyse et des propositions formulées dans le rapport final visant à une restructuration globale de l'administration judiciaire des districts. Il n'y a pas lieu dans le cadre du présent rapport de prendre position sur les propositions émises.

15.5 La Cour suprême adresse à tous les présidents de tribunal, juges d'instruction, greffiers, secrétaires-juristes et au personnel de chancellerie ses remerciements pour le travail important qu'ils ont réalisé durant l'année écoulée.

Berne, février 1990

Au nom de la Cour suprême:

Le président: *Aeschlimann*

Le greffier: *Sterchi*

Tafel I – Übersicht der von den Gerichtspräsidenten und Amtsgerichten im Jahre 1989 behandelten Zivil- und Justizgeschäfte

Amtsbezirke Districts	Geschäfte des Amtsgerichts Affaires du tribunal de district				Hievon wurden erledigt Ont été liquidées				
	Entmündigungs- und Aufhebungsverfahren gemäss Art. 34 und 40 EG zum ZGB Procédures d'interdiction et de mainlevée d'interdiction selon les art. 34 et 40 LCCS	Ehescheidungs-, Trennungs- und Nichtigkeitsklagen Divorces, séparations de corps et actions en nullité	Vaterschaftsklagen, Anfechtung der Ehelichkeit oder Aberkennung Actions en paternité, en désaveu ou actions en contestation	Übrige Rechtssachen Autres affaires	durch Urteil par jugement	durch Abstand oder Vergleich par désistement ou transaction	auf andere Weise d'une autre façon	auf 1. Januar 1990 noch unerledigt non liquidées le 1 ^{er} janvier 1990	durch Appellation weitergezogen rappelés d'appel
Aarberg	3	68	6	15	70	1	–	21	2
Aarwangen	11	97	8	4	85	1	4	30	1
Bern I/II	18	696	41	40	546	32	8	209	9
Bern III	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Bern IV	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Biel/Bienne	9	165	21	15	139	1	11	59	1
Büren	4	55	2	2	42	2	–	19	1
Burgdorf	4	106	4	12	79	–	5	42	1
Courtelary	4	67	7	3	44	6	–	31	–
Erlach	2	14	1	1	5	–	–	13	–
Fraubrunnen	7	90	6	5	62	12	–	34	2
Frutigen	1	24	3	5	19	2	1	11	–
Interlaken	4	85	4	1	72	–	4	18	2
Konolfingen	3	104	7	2	70	1	–	45	–
Laufen	5	32	2	5	27	2	–	15	–
Laupen	2	30	3	8	25	1	–	17	1
Moutier	5	54	7	5	35	1	–	35	3
La Neuveville	4	16	1	–	15	2	–	4	1
Nidau	3	120	7	9	83	–	2	54	6
Niedersimmental	1	47	5	41	67	2	5	20	–
Oberhasli	3	20	–	–	17	–	–	6	–
Obersimmental	2	4	–	2	3	1	1	3	–
Saanen	–	15	2	–	12	–	–	5	–
Schwarzenburg	2	13	3	2	12	–	–	8	–
Seftigen	4	56	1	4	39	3	–	23	2
Signau	10	31	2	–	20	2	1	20	–
Thun	8	229	14	7	165	1	5	87	3
Trachselwald	3	26	1	–	13	–	–	17	–
Wangen a.d.A.	4	65	5	3	52	–	3	22	–
	126	2329	163	191	1818	73	50	868	35

Tableau I – Tableau des affaires civiles et de justice traitées par les présidents de tribunal et les tribunaux de district en 1989

Amtsbezirke Districts	Geschäfte des Amtsgerichts Affaires du tribunal de district				Geschäfte des Gerichtspräsidenten als einziger Instanz Affaires du président du tribunal comme instance unique				
	Aussöhnungsversuche Tentatives de conciliation	des Gerichtspräsidenten du président du tribunal	des Appellationshofes de la Cour d'appel	Rechtshilfesuche anderer Gerichte Requêtes d'entraide judiciaire d'autres tribunaux	im Verfahren nach Art. 294 ff. ZPO selon la procédure prévue aux art. 294 ss CPC				
Zivilrechtliche Streitigkeiten Contentieux de droit civil					Betriebsrechtliche Streitigkeiten (Art. 2 Ziff. 3 ZPO) Contentieux en matière de poursuite (art. 2, ch. 3, CPC)	Rechtssachen im Sinne von Art. 3 EG zum ZGB Contentieux au sens de l'art. 3 LICCS	Verfahren gem. Art. 2 Ziff. 6 ZPO Procédures selon l'art. 2, ch. 6, CPC	Vorsorgliche Beweisführung Preuves à futur	
Aarberg	90	-	55	33	81	5	-	-	2
Aarwangen	109	-	84	8	139	6	-	-	2
Bern I/II	769	-	421	459	-	-	-	-	-
Bern III	-	4	3	-	302	-	-	-	13
Bern IV	-	1	-	-	328	8	-	-	-
Biel	176	94	1	116	247	3	-	-	2
Büren	97	32	-	24	149	4	2	-	1
Burgdorf	104	-	70	39	126	2	2	-	3
Courtelary	63	60	-	31	96	-	-	-	1
Erlach	16	-	12	4	22	-	-	-	-
Fraubrunnen	91	-	52	18	100	1	2	-	-
Frutigen	40	1	15	19	39	-	-	-	2
Interlaken	86	-	64	61	92	-	-	-	1
Konolfingen	107	-	73	23	154	3	-	-	1
Laufen	48	1	16	6	89	-	4	-	3
Laupen	39	4	8	18	74	-	-	-	1
Moutier	69	11	46	14	75	6	2	-	3
La Neuveville	13	-	7	10	31	-	2	-	-
Nidau	92	57	-	32	169	5	-	-	1
Niedersimmental	34	1	25	15	87	-	-	2	1
Oberhasli	24	-	12	13	21	-	1	-	-
Obersimmental	18	-	4	2	19	-	-	-	-
Saanen	35	5	1	43	40	3	4	-	-
Schwarzenburg	11	1	15	2	29	-	-	-	2
Seftigen	60	23	-	11	77	-	-	-	-
Signau	28	26	-	6	33	-	-	-	-
Thun	223	1	112	73	251	-	-	-	5
Trachselwald	27	19	10	10	33	-	3	-	-
Wangen a.d.A.	69	41	2	27	92	-	-	-	2
	2538	382	1108	1117	2995	46	22	2	46

Tafel I (Forts.) – Übersicht der von den Gerichtspräsidenten und Amtsgerichten im Jahre 1989 behandelten Zivil- und Justizgeschäfte

Amtsbezirke Districts	Geschäfte des Gerichtspräsidenten <i>Affaires du président de tribunal comme instance unique</i>					im summarischen Verfahren gemäss Art. 305–316 ZPO <i>selon la procédure somm. conformément aux art. 305 à 316 CPC</i>				
	im Verfahren nach Art. 294 ff. ZPO <i>selon la procédure prévue aux art. 294 ss CPC</i>					Hievon wurden erledigt <i>Ont été liquidées</i>				
	durch Urteil <i>par jugement</i>	durch Abstand oder Vergleich <i>par désistement ou transaction</i>	auf andere Weise <i>d'une autre façon</i>	auf 1. Januar 1990 noch unerledigt <i>non liquidées au 1^{er} janvier 1990</i>	durch Appellation weitergezogen <i>frappées d'appel</i>	Rechtsöffnungen (Art. 317/3, 320 ZPO) <i>Matières (art. 317, ch. 3, 320 CPC)</i>	Andere Schuldbetreibungs- und Konkursachen (Art. 317 ZPO) <i>Autres affaires de poursuite et faillite (art. 317 CPC)</i>	Massnahmen und Verfügungen gem. Art. 2 EG zum ZGB (Art. 322 ZPO) <i>Mesures et décisions selon l'art. 2 LICCS (art. 322 CPC)</i>	Einstweilige Verfügungen ausser Prozesshängigkeit (Art. 326, 327 Abs. 2 ZPO) <i>Mesures provisoires, s'il n'y a pas d'action pendante (art. 326, 327, al. 2, CPC)</i>	Streitigkeiten im Vollstreckungsverfahren (Art. 402 ff. ZPO) <i>Contentieux relatifs à la procédure d'exécution (art. 402 ss CPC)</i>
Aarberg	9	69	-	10	-	57	30	36	18	3
Aarwangen	19	65	40	23	-	85	38	34	4	13
Bern I/II	-	-	-	-	-	-	-	340	-	-
Bern III	69	163	40	43	1	-	-	238	-	4
Bern IV	33	96	121	86	-	603	485	1	-	-
Biel	68	114	34	36	6	217	210	-	-	-
Büren	35	91	2	28	1	103	18	32	7	2
Burgdorf	20	75	18	20	-	100	86	40	17	5
Courtelary	16	47	13	21	-	102	7	36	16	4
Erlach	-	15	-	7	-	8	15	10	2	-
Fraubrunnen	9	74	3	17	-	78	10	20	10	2
Frutigen	5	20	10	6	-	19	9	19	3	3
Interlaken	13	37	29	14	-	57	41	51	3	-
Konolfingen	20	81	15	42	1	89	29	37	4	1
Laufen	21	37	8	30	-	25	52	31	2	4
Laupen	12	43	-	20	-	37	3	27	7	-
Moutier	26	17	27	16	3	92	38	39	6	17
La Neuveville	12	13	2	6	3	11	-	10	3	-
Nidau	22	98	7	48	-	131	45	20	6	5
Niedersimmental	10	37	24	19	-	56	40	26	9	2
Oberhasli	4	12	2	4	-	23	4	8	4	1
Obersimmental	4	11	-	4	1	8	4	20	2	1
Saanen	5	31	-	11	-	38	18	7	6	1
Schwarzenburg	8	12	4	7	-	18	3	4	-	-
Seftigen	17	49	-	11	2	33	5	8	6	18
Signau	2	15	-	16	-	17	3	19	3	2
Thun	52	87	53	64	-	231	3	6	22	3
Trachselwald	1	19	5	11	-	24	17	13	7	2
Wangen a.d.A.	26	36	25	7	3	73	36	23	9	3
	538	1464	482	627	21	2335	1249	1155	176	96

Tableau I (suite) – Tableau des affaires civiles et de justice traitées par les présidents de tribunal et les tribunaux de districts en 1989

Amtsbezirke Districts	Geschäfte des Gerichtspräsidenten <i>Affaires du président de tribunal comme instance unique</i>				Geschäfte des Gerichtspräsidenten <i>Affaires du président de tribunal comme juge de 1^{re} instance</i>				
	im summarischen Verfahren gemäss Art. 305–316 ZPO <i>selon la procédure sommaire (art. 305 à 316 CPC)</i>				im ordentlichen Verfahren (Art. 144–293 ZPO) <i>selon la procédure ordinaire (art. 144 à 293 CPC)</i>				
	Hievon wurden erledigt <i>Où été liquidées</i>								
	durch Urteil <i>par jugement</i>	durch Abstand oder Vergleich <i>par désistement ou transaction</i>	auf andere Weise <i>d'une autre façon</i>	auf 1. Januar 1990 noch unerledigt <i>non liquidées au 1^{er} janvier 1990</i>	durch Appellation weitergezogen <i>frappées d'appel</i>	Zivilrechtliche Streitigkeiten <i>Contestations de droit civil</i>	Betreibungsrechtliche Streitigkeiten (Art. 2 Ziff. 3 ZPO) <i>Contestations en matière de poursuite</i> (art. 2, ch. 3, CPC)	Rechtssachen im Sinne von Art. 3 EG zum ZGB <i>Contestations au sens de</i> <i>l'art. 3 LCCCS</i>	Andere Rechtssachen <i>Autres contestations</i>
Aarberg	116	17	2	9	-	19	-	-	-
Aarwangen	138	-	18	18	-	3	-	-	-
Bern I/II	58	209	14	59	2	-	-	-	-
Bern III	163	9	5	65	-	133	-	-	-
Bern IV	942	46	36	65	-	120	13	-	-
Biel	326	1	65	35	9	86	2	-	-
Büren	122	27	-	13	-	1	1	-	-
Burgdorf	210	12	10	16	2	34	2	-	-
Courtelary	103	18	27	17	1	43	6	-	-
Erlach	16	11	-	8	-	1	-	-	-
Fraubrunnen	95	11	1	13	-	15	-	1	-
Frutigen	25	8	7	13	-	5	-	-	-
Interlaken	116	6	9	21	-	22	2	-	-
Konolfingen	108	10	13	29	2	4	2	-	-
Laufen	54	28	20	12	-	32	-	2	-
Laupen	44	15	-	15	-	2	-	1	-
Moutier	148	1	24	19	2	22	1	-	2
La Neuveville	17	2	2	3	1	-	-	1	-
Nidau	174	11	3	19	-	46	3	3	-
Niedersimmental	79	24	12	18	1	2	-	1	-
Oberhasli	27	1	2	10	-	4	-	-	1
Obersimmental	20	5	-	10	1	2	-	-	-
Saanen	57	4	-	9	-	11	-	2	-
Schwarzenburg	19	2	-	4	-	7	1	1	-
Seftigen	56	10	-	4	-	-	-	-	-
Signau	28	7	2	7	-	-	1	1	1
Thun	192	17	15	41	-	16	1	6	3
Trachselwald	44	3	2	14	-	-	-	-	-
Wangen a.d.A.	123	2	11	8	-	19	1	1	-
	3620	517	300	574	21	649	36	20	7

Tafel I (Forts.) – Übersicht der von den Gerichtspräsidenten und Amtsgerichten im Jahre 1989 behandelten Zivil- und Justizgeschäfte

Tableau I (suite) – Tableau des affaires civiles et de justice traitées par les présidents de tribunal et les tribunaux de districts en 1989

Amtsbezirke Districts	Geschäfte des Gerichtspräsidenten <i>Affaires du président de tribunal comme juge de 1^{re} instance</i>				im summarischen Verfahren (Art. 305–316 ZPO) <i>selon la procédure sommaire (art. 305 à 316 CPC)</i>				
	im ordentlichen Verfahren (Art. 144–293 ZPO) <i>selon la procédure ordinaire (art. 144 à 293 CPC)</i>				Hievon wurden erledigt <i>Ont été liquidées</i>				
	durch Urteil <i>par jugement</i>	durch Abstand oder Vergleich <i>par désistement ou transaction</i>	auf andere Weise <i>d'une autre façon</i>	auf 1. Januar 1990 noch unerledigt <i>non liquidées au 1^{er} janvier 1990</i>	durch Appellation weitergezogen <i>frappés d'appel</i>	Rechtsöffnungen <i>Mairievées</i>	Andere Schuldbetreibungs- und Konkursachen inkl. Notstundungen (Art. 317, 336/1 ZPO) <i>Autres affaires de poursuite pour dettes et de faillite (art. 317, 336/1 CPC)</i>	Massnahmen und Verfügungen gemäss Art. 2 EG zum ZGB (Art. 322, 336/2 ZPO) <i>Mesures et décisions selon l'art. 2 LCCS (art. 322, 336, al. 2, CPC)</i>	Einstweilige Verfügungen ausser Prozesshängigkeit (Art. 336, 327/2, 336/3 ZPO) <i>Mesures provisoires, s'il n'y a pas d'action pendante (art. 326, 327, al. 2, 336, al. 3, CPC)</i>
Aarberg	2	10	3	4	1	32	144	63	7
Aarwangen	2	-	-	1	1	21	125	71	32
Bern I/II	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bern III	19	47	37	30	7	-	-	84	269
Bern IV	5	51	20	57	2	244	884	74	-
Biel	5	46	14	23	2	39	182	13	-
Büren	-	2	-	-	-	36	77	30	6
Burgdorf	2	20	6	8	1	53	134	46	9
Courtelary	7	18	12	12	2	34	76	54	19
Erlach	-	1	-	-	-	4	5	11	1
Fraubrunnen	3	10	-	3	-	27	120	27	35
Frutigen	2	-	2	1	2	9	18	7	-
Interlaken	4	9	2	9	2	14	127	40	7
Konolfingen	3	2	-	1	1	44	135	153	10
Laufen	8	10	-	16	1	18	23	36	4
Laupen	-	-	-	3	-	21	64	7	5
Moutier	4	6	10	5	3	30	210	45	37
La Neuveville	-	-	-	1	-	7	42	17	2
Nidau	6	27	2	17	3	34	90	94	12
Niedersimmental	3	-	-	-	1	15	9	31	10
Oberhasli	3	-	-	2	-	4	84	12	5
Obersimmental	-	2	-	-	-	5	44	-	-
Saanen	-	6	-	7	-	12	25	7	3
Schwarzenburg	3	2	-	4	-	9	32	13	1
Seftigen	-	-	-	-	-	25	14	39	5
Signau	1	2	-	-	-	6	5	30	2
Thun	8	7	2	9	3	87	213	174	25
Trachselwald	-	-	-	-	-	10	114	12	5
Wangen a. d. A.	2	7	2	10	-	28	176	27	15
	92	285	112	223	32	868	3172	1217	526

Tafel I (Schluss) – Übersicht der von den Gerichtspräsidenten und Amtsgerichten im Jahre 1989 behandelten Zivil- und Justizgeschäfte

Tableau I (fin) – Tableau des affaires civiles et de justice traitées par les présidents de tribunal et les tribunaux de district en 1989

Amtsbezirke Districts	Geschäfte des Gerichtspräsidenten Affaires du président de tribunal comme juge de 1 ^{re} instance							als untere Nachlassbehörde autorité de 1 ^{re} instance en matière de concordat				
	im summarischen Verfahren (Art. 305–316 ZPO) selon la procédure sommaire (art. 305 à 316 CPC)							Hievon wurden erledigt Ont été liquidées				
	Hievon wurden erledigt Ont été liquidées							Hievon wurden erledigt Ont été liquidées				
	durch Urteil par jugement	durch Abstand oder Vergleich par désistement ou transaction	auf andere Weise d'une autre façon	auf 1. Januar 1990 noch unerledigt non liquidées au 1 ^{er} janvier 1990	durch Appellation weitergezogen frappées d'appel	Nachlassuntersetzungen (Art. 294 SchKG) Sursis concordataires (art. 294 LP)	Nachlassverträge (Art. 305, 306 SchKG) Concordats (art. 305, 306 LP)	durch Urteil par jugement	durch Abstand oder Vergleich par désistement ou transaction	auf andere Weise d'une autre façon	auf 1. Januar 1990 noch unerledigt non liquidées au 1 ^{er} janvier 1990	durch Appellation weitergezogen frappées d'appel
Aarberg	66	156	2	22	3	1	–	1	–	–	–	–
Aarwangen	59	95	58	37	3	–	–	–	–	–	–	–
Bern I/II	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Bern III	213	81	20	39	18	–	–	–	–	–	–	–
Bern IV	1059	50	40	53	22	2	–	–	–	1	1	–
Biel	65	6	141	22	3	3	–	–	–	2	1	–
Büren	67	69	3	10	–	–	–	–	–	–	–	–
Burgdorf	96	83	43	20	11	–	–	–	–	–	–	–
Courtelary	42	114	14	13	9	2	1	2	1	–	–	–
Erlach	9	5	–	7	2	–	–	–	–	–	–	–
Fraubrunnen	60	127	6	16	5	–	–	–	–	–	–	–
Frutigen	15	12	3	4	–	–	–	–	–	–	–	–
Interlaken	26	140	9	13	2	–	–	–	–	–	–	–
Konolfingen	118	70	97	57	6	–	–	–	–	–	–	–
Laufen	59	8	–	14	1	–	–	–	–	–	–	–
Laupen	25	55	–	17	2	–	–	–	–	–	–	–
Moutier	218	17	61	26	11	–	1	1	–	–	–	–
La Neuveville	14	12	33	9	3	1	–	1	–	–	–	–
Nidau	100	87	7	36	14	1	–	1	–	–	–	–
Niedersimmental	36	5	10	14	3	–	–	–	–	–	–	–
Oberhasli	10	87	2	6	2	–	–	–	–	–	–	–
Obersimmental	4	41	–	4	–	–	–	–	–	–	–	–
Saanen	13	26	–	8	2	–	–	–	–	–	–	–
Schwarzenburg	10	33	4	8	1	–	–	–	–	–	–	–
Seftigen	52	15	–	16	2	–	–	–	–	–	–	–
Signau	13	17	–	13	2	2	–	–	1	–	1	–
Thun	286	87	53	73	5	–	–	–	–	–	–	–
Trachselwald	11	92	12	26	1	1	–	1	–	–	–	–
Wangen a. d. A.	46	163	19	18	1	–	–	–	–	–	–	–
	2792	1753	637	601	134	13	2	7	2	3	3	–

Tafel II – Von den Untersuchungsrichtern im Jahre 1989 behandelte Strafsachen

Tableau II – Affaires pénales dont le juge d'instruction a été saisi au cours de l'année 1989

Amtsbezirke Districts	Eröffnung der Strafverfolgung <i>Ouverture de l'action publique</i>				Voruntersuchung <i>Instructions</i>					
	Eingelangte Anzeigen <i>Dénonciations reçues</i>	Erlедigt gem. Art. 83, 84 oder 86 Abs. 3 StrV oder aufgehoben <i>Liquidés selon les art. 83, 84 ou 86 al. 3 CPP ou par non-lieu</i>	Eingestellt gemäss Art. 90 Abs. 3 StrV <i>Suspendus selon l'art. 90 al. 3 CPP</i>	Überwiesen an Einzelrichter gemäss Art. 88 Ziff. 2 StrV <i>Renvoyées au juge unique selon l'art. 88 ch. 2 CPP</i>	Eingeleitet im Berichtsjahr <i>Ouvertes pendant l'exercice</i>			Hängig aus früheren Jahren <i>Provenant des années antérieures</i>		
					Fälle <i>Cas</i>	Angesch. <i>Prévenus</i>	Delikte <i>Délits</i>	Fälle <i>Cas</i>	Angesch. <i>Prévenus</i>	Delikte <i>Délits</i>
Frutigen	1 089	26	307	731	21	25	65	5	6	7
Interlaken	3 384	98	1 222	1 887	89	98	402	12	18	29
Oberhasli	716	22	172	478	15	17	49	7	12	68
Saanen	659	18	267	333	20	21	34	9	7	19
Niedersimmental	1 680	21	521	1 138	51	60	102	20	31	59
Obersimmental	472	–	153	302	7	8	10	1	1	2
Thun	8 271	283	2 492	4 886	152	178	1 435	94	119	2 169
	16 271	468	5 134	9 755	355	407	2 097	148	194	2 349
Bern	45 838	385	13 351	29 193	1 026	1 146	3 943	468	600	2 069
Konolfingen	4 159	95	1 092	2 830	101	111	282	65	77	100
Laupen	1 721	39	232	1 398	33	30	55	24	19	35
Seftigen	1 853	72	514	1 074	164	114	237	54	55	78
Schwarzenburg	418	11	73	266	23	26	60	12	16	28
	53 989	602	15 262	34 761	1 347	1 427	4 577	623	767	2 310
Aarwangen	3 831	6	1 386	2 046	137	161	734	29	37	179
Burgdorf	5 455	108	1 590	3 141	104	117	192	25	25	39
Fraubrunnen	3 039	20	743	2 153	43	46	239	8	11	49
Signau	1 062	46	197	779	23	25	89	6	6	17
Trachselwald	1 398	57	287	1 016	38	34	68	10	12	16
Wangen	2 805	46	784	1 475	69	84	323	22	38	174
	17 590	283	4 987	10 610	414	467	1 645	100	129	474
Aarberg	2 468	88	766	1 614	27	27	53	14	14	15
Biel/Bienne	12 896	276	5 578	6 113	243	259	2 036	142	139	560
Büren	1 440	62	355	961	26	28	251	29	31	48
Erlach	843	33	150	584	173	16	184	17	12	25
Nidau	2 975	14	1 207	1 496	74	106	342	19	22	35
Laufen	1 003	4	376	382	46	52	66	29	29	32
	21 625	477	8 432	11 150	589	488	2 932	250	247	715
Courtelary	1 647	54	309	1 204	80	68	90	91	108	110
Moutier	2 013	55	559	1 313	86	104	749	35	41	226
La Neuveville	483	35	149	288	11	10	13	11	11	11
	4 143	144	1 017	2 805	177	182	852	137	160	347
Bes. Kant. UR Bern inkl. a.o. UR Abt. Drogendelikte	– 138	– –	– –	– –	7 138	14 153	– 794	18 72	23 79	– 280
	138	–	–	–	145	167	794	90	102	280
Total	113 756	1 974	34 832	66 276	3 027	3 138	12 897	1 348	1 599	6 479

Tafel II – Von den Untersuchungsrichtern im Jahre 1989 behandelte Strafsachen

Tableau II – Affaires pénales dont le juge d'instruction a été saisi au cours de l'année 1989

Amtsbezirke Districts	Voruntersuchung Instructions			Überwiesen an Einzelrichter oder Amtsgericht <i>Renvoyées au juge unique ou au tribunal de district</i>			Überwiesen an Geschwornengericht oder Kriminalkammer <i>Renvoyées à la Cour d'assises ou à la Chambre criminelle</i>			Noch hängig am Ende des Berichtsjahres <i>Encore pendantes à la fin de l'exercice</i>			Davon aus früheren Jahren <i>Provenant des années antérieures</i>		Eingelangte Rechtshilfe- gesuche <i>Commis- sions rogatoires reçues</i>
	Fälle Cas	Angesch. Prévenus	Delikte Délits	Fälle Cas	Angesch. Prévenus	Delikte Délits	Fälle Cas	Angesch. Prévenus	Delikte Délits	Fälle Cas	Angesch. Prévenus	Delikte Délits	Fälle Cas		
Frutigen	6	5	10	10	15	37	–	–	–	11	10	25	2	25	
Interlaken	74	79	202	22	31	206	1	1	8	4	5	15	–	29	
Oberhasli	9	11	39	12	17	76	–	–	–	1	1	2	–	10	
Saanen	11	9	19	4	5	12	1	1	1	13	13	21	4	15	
Niedersimmental	19	19	58	21	26	65	–	–	–	13	17	51	2	20	
Obersimmental	9	10	9	4	4	6	–	–	–	3	4	4	–	5	
Thun	108	133	2 261	78	95	958	1	1	26	63	75	594	11	87	
	236	266	2 598	151	193	1 360	3	3	35	108	125	712	19	191	
Bern	466	546	985	485	582	2 924	5	7	187	538	611	1 916	111	516	
Konolfingen	85	91	125	35	46	125	1	1	1	45	50	131	3	28	
Laupen	11	10	14	7	7	18	–	–	–	37	33	58	8	27	
Seftigen	87	71	110	56	18	88	–	–	–	39	42	66	15	20	
Schwarzenburg	12	13	14	6	9	33	–	–	–	17	20	41	5	7	
	661	731	1 248	589	662	3 188	6	8	188	676	1 432	2 212	142	598	
Aarwangen	96	110	188	42	46	268	–	–	–	28	42	457	–	42	
Burgdorf	79	89	116	36	36	98	1	1	1	13	16	16	–	114	
Fraubrunnen	14	15	83	30	32	175	–	–	–	7	10	30	1	17	
Signau	8	8	18	11	12	40	–	–	–	10	11	48	2	16	
Trachselwald	24	22	28	13	15	36	1	4	13	10	4	7	1	20	
Wangen	39	51	159	27	44	226	–	–	–	25	27	112	2	24	
	260	295	592	159	185	843	2	5	14	93	110	670	6	233	
Aarberg	6	6	6	25	25	52	–	–	–	10	10	10	1	49	
Biel	94	80	436	164	176	1 931	1	2	85	126	140	505	41	229	
Büren	11	11	11	36	39	228	–	–	–	8	9	60	–	11	
Erlach	152	2	152	24	12	14	–	–	–	14	14	43	5	37	
Nidau	10	10	14	54	89	329	–	–	–	29	29	34	6	69	
Laufen	19	21	19	11	15	11	–	–	–	26	31	48	4	27	
	282	130	638	314	356	2 565	1	2	85	213	233	700	57	422	
Courtelary	84	84	84	25	27	32	–	–	–	62	65	84	23	37	
Moutier	39	49	179	42	49	510	1	1	60	39	48	126	8	67	
La Neuveville	6	6	6	7	7	8	–	–	–	9	8	10	2	23	
	129	139	269	74	83	550	1	1	60	110	121	220	33	127	
Bes. Kant. UR Bern inkl. a.o. UR Abt. Drogendelikte	1	1	–	–	–	–	6	9	–	19	27	–	12	–	
	15	15	45	76	79	497	11	12	145	98	102	310	13	–	
	16	16	45	76	79	497	17	21	145	117	129	310	25	–	
Total	1 584	1 577	5 390	1 363	1 558	9 003	30	40	527	1 317	2 150	4 824	282	1 571	

Tafel III – Von den Gerichtspräsidenten und Amtsgerichten im Jahre 1989 behandelte Strafsachen

Tableau III – Affaires pénales traitées en 1989 par les présidents de tribunal et les tribunaux de district

Amtsbezirke Districts	Gerichtspräsident als Einzelrichter <i>Président du tribunal comme juge unique</i>															
	Eingelangt im Berichtsjahr <i>Affaires reçues durant l'exercice</i>		Hängig aus früheren Jahren <i>Pendants d'années antérieures</i>		Erledigt durch Strafmandat <i>Liquidées par mandat de répression</i>		Erledigt durch Eventualurteil oder gemäss Art. 83 StrV oder aufgehoben nach abgekürzter Voruntersuchung <i>Liquidées par jugement éven- tuel ou selon art. 83 CPP ou par non-lieu après brève enquête</i>		Erledigt durch Endurteil oder Vor- bzw. Zwischen- entscheid <i>Liquidées par jugement définitif ou par jugement sur questions préjudicielles ou incidentes</i>		Noch hängig am Ende des Berichtsjahres <i>Pendants à la fin de l'exercice</i>		Erledigte Ver- fahren gemäss Art. 27 EG <i>Affaires liqui- dées selon art. 27 Li</i>		Durch Appella- tion weiter- gezogen <i>Frappées d'appel</i>	
	Fälle Cas	Angesch. Prévenus	Fälle Cas	Angesch. Prévenus	Fälle Cas	Angesch. Prévenus	Fälle Cas	Angesch. Prévenus	Fälle Cas	Angesch. Prévenus	Fälle Cas	Angesch. Prévenus	Fälle Cas	Angesch. Prévenus	Fälle Cas	Angesch. Prévenus
Frutigen	711	743	116	129	618	637	44	44	20	33	145	158	5	3		
Interlaken	1 813	1 873	97	104	1 519	1 557	225	232	87	99	79	89	56	9		
Oberhasli	503	519	9	9	439	451	36	36	28	30	9	11	8	5		
Saanen	335	356	18	18	286	302	39	39	12	13	16	20	11	3		
Niedersimmental	1 093	1 153	305	338	852	896	88	88	29	30	148	165	21	7		
Obersimmental	302	315	58	62	226	236	30	30	39	41	57	58	3	10		
Thun	4 644	4 644	479	612	4 099	4 099	442	455	181	192	401	510	225	33		
	9 401	9 603	1 082	1 272	8 039	8 178	904	924	396	438	855	1 011	329	70		
Bern	29 570	30 408	4 374	4 656	24 494	25 252	2 549	2 594	1 201	1 255	4 530	4 721	777	87		
Konolfingen	2 722	2 830	577	519	2 294	2 335	176	176	131	133	698	705	70	19		
Laupen	1 404	1 404	135	205	1 338	1 338	64	64	32	32	106	176	21	7		
Seftigen	1 211	1 163	114	124	928	928	161	151	154	146	82	62	19	16		
Schwarzenburg	272	307	39	48	211	230	37	42	24	34	39	49	8	8		
	35 179	36 112	5 239	5 552	29 265	30 083	2 987	3 027	1 542	1 600	5 455	5 713	895	137		
Aarwangen	2 076	2 129	190	217	1 688	1 731	248	265	148	159	182	191	23	8		
Burgdorf	3 698	3 862	148	167	3 200	3 323	223	229	127	141	261	292	123	13		
Fraubrunnen	2 153	2 241	28	28	1 824	1 893	209	215	122	132	26	29	65	11		
Signau	774	813	48	60	683	719	80	87	35	37	24	30	13	5		
Trachselwald	1 025	1 073	52	58	842	883	120	126	41	44	74	78	26	4		
Wangen	1 800	1 821	104	131	1 653	1 698	196	197	55	57	65	86	45	11		
	11 526	11 939	570	661	9 890	10 247	1 076	1 119	528	570	632	706	295	52		
Aarberg	1 530	1 530	209	209	1 314	1 314	163	163	90	90	172	172	62	13		
Biel	5 462	5 643	595	663	4 562	4 665	503	528	408	458	584	655	608	20		
Büren	836	857	87	93	664	679	113	120	46	48	100	103	27	5		
Erlach	615	610	144	146	617	613	58	58	12	12	72	73	19	5		
Nidau	1 540	1 592	123	136	1 133	1 133	147	149	186	249	197	197	107	21		
Laufen	493	514	92	118	389	397	43	45	54	61	86	96	7	10		
	10 476	10 746	1 250	1 352	8 679	8 801	1 027	1 063	796	918	1 211	1 296	830	74		
Courtelay	1 204	1 204	70	72	996	996	121	121	53	53	104	106	54	8		
Moutier	1 343	1 367	104	119	1 043	1 043	161	172	104	119	139	152	67	16		
La Neuveville	295	295	21	21	202	202	26	26	41	41	47	47	3	3		
	1 842	2 866	195	212	2 241	2 241	308	319	198	213	290	305	124	27		
Total	68 424	71 266	8 336	9 049	31 814	59 550	6 302	6 452	3 460	3 739	8 443	9 031	2 473	360		

Tafel III – Von den Gerichtspräsidenten und Amtsgerichten im Jahre 1989 behandelte Strafsachen

Tableau III – Affaires pénales traitées en 1989 par les présidents de tribunal et les tribunaux de district

Amtsbezirke Districts	Amtsgericht Tribunal de district			Hängig aus früheren Jahren Provenant d'années antérieures			Erledigt durch Endurteil oder Vor- bzw. Zwischenentscheid Liquidées par jugement immédiat ou par jugement sur questions préjudicielles ou incidentes			Noch hängig am Ende des Berichtsjahres Pendantes à la fin de l'exercice			Davon aus früheren Jahren Prove- nant d'an- nées précé- dentes		Erledigte Ver- fahren gemäss Art. 27 EG Affaires liqui- dées selon art. 27 Li	Durch Appella- tion weiter- gezogen Frappées d'appel
	Fälle Cas	Angesch. Prévenus	Delikte Délits	Fälle Cas	Angesch. Prévenus	Delikte Délits	Fälle Cas	Angesch. Prévenus	Delikte Délits	Fälle Cas	Angesch. Prévenus	Delikte Délits	Fälle Cas			
Frutigen	3	3	19	–	–	–	2	2	4	1	1	15	–	–	–	
Interlaken	11	17	156	2	3	81	11	18	203	2	2	34	–	5	3	
Oberhasli	2	2	46	–	–	–	2	2	46	–	–	–	–	–	–	
Saanen	1	1	2	–	–	–	–	–	–	1	1	2	–	–	–	
Niedersimmental	11	17	111	8	9	47	13	20	126	3	3	30	–	–	1	
Obersimmental	1	1	2	–	–	–	1	1	2	–	–	–	–	–	–	
Thun	56	66	779	12	15	123	56	74	792	12	15	186	–	27	15	
	85	107	1 115	22	27	251	85	117	1 173	19	22	267	–	32	19	
Bern	230	298	2 956	57	101	975	239	307	2 854	54	92	1 077	15	102	63	
Konolfingen	13	15	77	4	5	21	15	18	90	2	2	8	–	5	3	
Laupen	–	–	–	–	–	–	1	1	7	–	–	–	–	–	–	
Seftigen	11	12	45	2	2	31	8	8	52	5	6	24	4	1	2	
Schwarzenburg	1	1	2	2	5	26	3	6	28	–	–	–	–	1	–	
	255	326	3 080	65	113	1 053	266	340	3 031	61	100	1 109	19	109	68	
Aarwangen	12	21	158	3	3	15	12	15	108	3	9	65	–	–	2	
Burgdorf	16	18	53	1	1	2	16	18	55	2	2	3	2	3	1	
Fraubrunnen	8	8	125	4	4	28	11	11	145	1	1	8	–	2	4	
Signau	4	4	13	1	1	1	4	4	13	1	1	1	–	2	–	
Trachselwald	5	5	22	4	6	366	6	7	372	3	4	16	–	2	1	
Wangen	4	10	121	3	4	61	5	9	137	2	5	45	–	7	–	
	49	66	492	16	19	473	54	64	830	12	22	138	2	16	8	
Aarberg	11	11	39	5	5	15	10	10	29	6	6	25	3	–	4	
Biel	80	84	1 470	57	66	798	85	94	1 422	52	56	846	17	40	9	
Büren	7	8	180	3	3	10	6	7	26	4	4	164	1	3	1	
Erlach	1	1	1	–	–	–	–	–	–	1	1	1	–	–	–	
Nidau	10	11	186	5	8	56	8	12	199	7	7	43	1	3	2	
Laufen	3	4	4	1	1	3	3	3	3	1	2	2	–	1	–	
	112	119	1 880	71	83	882	112	126	1 679	71	76	1 081	22	47	16	
Courtelary	11	14	16	2	2	2	10	12	12	3	3	6	–	4	–	
Moutier	14	15	102	6	11	290	17	22	246	3	4	146	–	–	3	
La Neuveville	–	–	–	2	2	5	2	2	5	–	–	–	–	–	1	
	25	29	108	10	15	297	29	26	263	6	7	152	–	4	4	
Total	526	647	6 675	184	257	2 956	546	673	6 976	169	227	2 747	43	208	115	

Tafel IV – Übersicht über die Tätigkeit der Arbeitsgerichte im Jahre 1989

Tableau IV – Tableau concernant l'activité des tribunaux du travail en 1989

Erledigung der eingereichten Klagen

Liquidation des actions enregistrées

	Im Berichtsjahr eingereichte Klagen <i>Actions introduites en cours d'exercice</i>					Im Berichtsjahr erledigte Klagen <i>Actions liquidées en cours d'exercice</i>											
						ohne Urteil <i>sans jugement</i>				durch Urteil <i>par jugement</i>							
	Ende des Vorjahres noch hängige Klagen <i>Actions encore pendantes de la fin de l'année précédente</i>	von Arbeitnehmern <i>par les travailleurs</i>	von Arbeitgebern <i>par les employeurs</i>	Zusammen <i>Au total</i>	Gesamtzahl der Klagen <i>Total des actions</i>	durch Abstand oder Rückzug vor der Verhandlung <i>par désistement ou retrait avant l'audience</i>	durch Ablehnung der Zuständigkeit von Amtes wegen <i>par déclinaoire de compétence d'office</i>	durch Vergl., Anerk. oder Abst. i. d. Verh. oder auf andere Weise <i>par transaction, acquiescement, désistement à l'audience, ou d'une autre façon</i>	Total	zugunsten des Klägers (ganz) <i>entièrement en faveur du demandeur</i>	zugunsten des Klägers (teilweise) <i>partiellement en faveur du demandeur</i>	zugunsten des Beklagten (ganz) <i>entièrement en faveur du défendeur</i>	Total	Gesamtzahl der erledigten Klagen <i>Total des actions liquidées</i>	Ende des Berichtsjahres noch unerledigte Klagen <i>Actions en souffrance en fin d'exercice</i>	Anzahl der Gruppensitzungen <i>Audiences de groupes</i>	Anzahl der Sitzungsabende <i>Audiences tenues le soir</i>
1. Bern	70	219	10	229	299	93	6	87	186	28	17	9	54	240	59	96	86
2. Biel/Bienne	14	401	26	427	441	368	-	31	399	17	2	2	21	420	21	64	31
3. Burgdorf	5	17	-	17	22	11	-	2	13	1	-	-	1	14	8	2	2
4. Interlaken	9	42	4	46	55	11	-	28	39	1	1	4	6	45	10	2	33
5. Moutier	5	39	5	44	49	13	21	5	39	-	1	-	1	40	9	5	11
6. Thun	8	43	3	46	54	15	-	26	41	3	3	-	6	47	7	36	36
	111	761	48	809	920	511	27	179	717	50	24	15	89	806	114	205	199

Tafel V – Von den Jugendgerichten behandelte Strafsachen 1989

	Jugendgerichtskreis Arrondissements												Total	Adolescents	Kinder	Total	Adolescents	Kinder	Total	Adolescents	Kinder	Total	Adolescents	Kinder	Total	Adolescents	Kinder	Total	Adolescents	Kinder	Total	Adolescents	Kinder	Total	Adolescents	Kinder	Total									
	Oberland			Bern-Mittelland			Bern-Stadt Berne-Ville			Emmental- Oberaargau																												Seeland			Bern-Jura Jura bernois			Total		
	Kinder	Jugendliche	Adolescents	Kinder	Jugendliche	Adolescents	Kinder	Jugendliche	Adolescents	Kinder	Jugendliche	Adolescents																										Kinder	Jugendliche	Adolescents	Kinder	Jugendliche	Adolescents	Kinder	Jugendliche	Adolescents
<i>Gemäss Art. 25 Abs. 3 und 26 JRPFG erledigte Anzeigen und Berichte</i>																																														
	14	51	65	7	15	22	10	28	38	21	48	69	20	46	66	13	15	28	4	4	8	16	28	44	28	44	72	24	92	116	33	92	125	447	288	735										
<i>Anzahl Jugendstrafverfahren</i>																																														
Aus dem Vorjahr übernommen	208	514	722	377	580	957	110	611	721	452	900	1352	272	686	958	53	167	220	1472	3458	4930	220	1472	1692	220	1472	1692	1472	3458	4930	1472	3458	4930	4930	288	5218										
Im Berichtsjahr eingeleitet	222	565	787	384	595	979	120	639	759	473	948	1421	292	732	1024	66	182	248	1557	3661	5218	248	1557	1805	248	1557	1805	1557	3661	5218	1557	3661	5218	5218	288	5218										
<i>Total</i>																																														
<i>Verfahrensmässige Erledigung</i>																																														
Aufhebung der Untersuchung gemäss Art. 36 JRPFG, Abtretung des Verfahrens wegen Wegfalls der Zuständigkeit	3	12	15	2	11	13	7	18	25	30	36	66	16	28	44	4	13	17	62	118	180	17	62	79	17	62	79	62	118	180	62	118	180	180	288	5218										
Urteil ohne Hauptverhandlung im ordentlichen Verfahren	190	486	676	370	533	903	102	567	669	423	824	1247	254	611	865	48	134	182	1387	3155	4542	182	1387	1569	182	1387	1569	1387	3155	4542	1387	3155	4542	4542	288	5218										
– durch Einzelrichter	4	27	31	5	27	32	3	21	24	5	40	45	4	36	40	2	13	15	23	164	187	15	23	38	15	23	38	23	164	187	23	164	187	187	288	5218										
– durch Dreierkammer	8	13	21	3	7	10	1	13	14	1	9	10	3	3	6	1	2	3	17	47	64	3	17	20	3	17	20	17	47	64	17	47	64	64	288	5218										
– durch Fünferkammer	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	-	2	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	288	5218										
<i>Am Ende des Berichtsjahres noch hängige Verfahren</i>																																														
	17	27	44	4	17	21	7	20	27	14	38	52	15	53	68	11	20	31	68	175	243	31	68	99	31	68	99	68	175	243	68	175	243	243	288	5218										

Mode de liquidation Non-lieu selon l'art. 36 LRM, dessaisissement de procédures pour cause d'incompétence Jugements sans audience des débats en procédure ordinaire – par juge unique – par un tribunal composé de 3 membres – par un tribunal composé de 5 membres

Affaires liquidées en appl. des art. 25 ch. 3 et 26 LRM

Nombre d'affaires Reprises de 1988 Introduites en 1988 Total

Affaires non liquidées à fin 1989

Tafel Va – Art der verübten Straftaten

Tableau Va – Genre des infractions pénales

Delikt <i>Délits</i>	Kinder <i>Enfants</i>	Jugendliche <i>Adolescents</i>	Total	
<i>Gemäss StGB</i>				<i>Selon le CPS</i>
Delikte gegen <i>Leib und Leben</i>				Délits contre <i>la vie et l'intégrité corporelle</i>
Mord, vorsätzliche Tötung, Totschlag	–	–	–	Meurtre
fahrlässige Tötung	–	–	–	Homicide par négligence
vorsätzliche Körperverletzung	–	2	2	Lésions corporelles
fahrlässige Körperverletzung	–	3	3	Lésions corporelles par négligence
Tätlichkeiten	3	6	9	Voies de fait
andere	–	2	2	Autres délits
Total	3	13	16	Total
Delikte gegen das <i>Vermögen</i>				Délits contre le <i>patrimoine</i>
Diebstahl	177	341	518	Vol
(davon qualifiziert)	(–)	(6)	(6)	(qualifié)
Raub	–	4	4	Brigandage
(davon qualifiziert)	(–)	(1)	(1)	(qualifié)
Hehlerei	15	36	51	Recel
Sachbeschädigung	18	54	72	Domages à la propriété
Betrug	7	17	24	Escroquerie
Erpressung	–	1	1	Extorsion et chantage
andere	6	33	39	Autres délits
Total	223	486	709	Total
Delikte gegen die <i>Sittlichkeit</i>				Délits contre les <i>mœurs</i>
(davon qualifiziert)	3	11	14	(qualifiés)
andere Delikte	(3)	(3)	(6)	Autres délits
	5	57	62	
<i>gemäss anderen eidg. Strafbestimmungen</i>				<i>Selon d'autres lois pénales fédérales</i>
Verstösse gegen das SVG	1224	2780	4004	Infractions à la LCR
(davon Fahrzeugentwendungen)	(44)	(96)	(140)	(dont vols de voitures)
Widerhandlungen				Infractions à la loi
gegen das <i>Betäubungsmittelgesetz</i>	16	211	227	sur les stupéfiants
Widerhandlungen gegen <i>andere Gesetze</i>				Infractions à d'autres dispositions
(Eisenbahnpolizeigesetz, Fischereigesetz usw.)	4	46	50	(Lois sur les chemins de fer, sur la pêche, etc.)
<i>gemäss kantonalen Gesetzen</i>				<i>Selon les lois cantonales</i>
(EG StGB, Fortbildungsschulgesetz usw.)	23	94	117	(LiCPS, loi sur les écoles complémentaires, etc.)

Tafel Vb – Von den Jugendgerichten im Jahre 1989 ausgesprochene Sanktionen

Sanktion	Jugendgerichtskreis Arondissement												Sanction					
	Oberland		Bern-Mittelland		Bern-Stadt Berne-Ville		Emmental-Oberaargau		Seeland		Bern-Jura Jura bernois		Total		Total	Jugendliche Adolescents		
	Kinder Enfants	Jugendliche Adolescents	Kinder Enfants	Jugendliche Adolescents	Kinder Enfants	Jugendliche Adolescents	Kinder Enfants	Jugendliche Adolescents	Kinder Enfants	Jugendliche Adolescents	Kinder Enfants	Jugendliche Adolescents						
<i>Strafen</i>	112	49	161	277	26	303	40	50	90	380	84	18	102	3	3	806	233	1039
Verweis	-	303	303	-	446	446	-	453	453	574	-	412	412	-	104	104	2292	2292
Busse	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schularrrest	34	78	112	21	59	80	36	59	95	66	115	32	49	81	5	18	316	501
Arbeitsleistung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Einschliessung	-	17	17	-	1	1	-	4	4	15	15	-	15	15	6	6	58	58
- bedingt	-	-	-	-	-	-	-	2	2	-	-	-	-	-	3	3	11	11
- unbedingt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<i>Massnahmen</i>	6	10	16	5	8	13	3	6	9	12	15	4	6	10	2	2	23	42
Erziehungshilfe	-	3	3	-	-	-	-	1	1	1	1	-	-	-	-	-	-	5
Geeignete Familie	4	4	8	2	7	9	1	7	8	1	6	2	1	3	1	2	11	26
Erziehungsheim	1	2	3	1	2	3	-	5	5	4	4	-	1	1	-	2	16	18
Besondere Behandlung	-	7	7	-	7	7	-	6	6	-	12	-	9	9	-	-	41	41
<i>Aufschub des Entscheides</i>	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<i>Verkehrsunterricht</i>	33	42	75	66	6	72	16	6	22	67	137	106	100	206	22	15	239	549
<i>Absehen von Strafen oder Massnahmen</i>	12	13	25	7	5	12	9	5	14	19	27	46	32	24	56	9	88	176

Tableau Vb – Sanctions prononcées en 1989 par les tribunaux des mineurs

Tableau Vc – Soins (état à la fin de 1989)

Sanktion	Jugendgerichtskreis Arondissement												Sanction					
	Oberland		Bern-Mittelland		Bern-Stadt Berne-Ville		Emmental-Oberaargau		Seeland		Bern-Jura Jura bernois		Total		Total	Jugendliche Adolescents		
	Kinder Enfants	Jugendliche Adolescents	Kinder Enfants	Jugendliche Adolescents	Kinder Enfants	Jugendliche Adolescents	Kinder Enfants	Jugendliche Adolescents	Kinder Enfants	Jugendliche Adolescents	Kinder Enfants	Jugendliche Adolescents						
Erziehungshilfe	23	38	61	35	32	67	4	7	11	21	25	11	26	37	8	12	85	128
Familienweisung	-	4	4	-	-	-	-	4	5	-	-	-	-	-	-	-	1	9
Heimweisung	8	18	26	6	10	16	6	14	20	3	17	20	8	12	20	1	32	74
Besondere Behandlung	-	1	1	-	-	-	-	4	4	1	1	-	-	-	-	-	-	6
Schutzaufsicht	-	38	38	-	12	12	-	20	20	26	26	-	42	42	-	13	151	151
Total	31	99	130	41	54	95	11	49	60	7	65	72	19	80	99	29	118	367
Total	31	99	130	41	54	95	11	49	60	7	65	72	19	80	99	29	118	367

Tafel VI – Zusammenstellung der Anzahl der Geschäfte der Betriebs- und Konkursämter im Jahre 1989

Tableau VI – Récapitulation du nombre des affaires des offices des poursuites et des faillites pour l'année 1989

Amtsbezirke Districts	Vollzogene Pfändungen Saisies exécutées				Verwertungen Réalizations			Steigerungen ³ Enchères ³						
	Zahlungsbefehle Commandements de payer	Zusammen ¹ Ensemble ¹	Davon Lohnpfändungen Dont saisies de salaire	Gruppen Séries	Aufschubbewilligungen Prolongations de délai	Insgesamt durchgeführte Verwertungsverfahren Total des procédures de réalisation exécutées	Davon aufgrund von Lohnpfändungen ² Dont sur la base de saisies de salaire ²	Liegenschafts- steigerungen Enchères immobilières	Fahrnissteigerungen ⁴ Enchères mobilières ⁴	Verlustscheine ⁵ Actes de défaut de biens ⁵	Arreste Séquestres	Retentionsverzeichnisse Inventaires des objets soumis au droit de rétention	Eigentumsvorbehalte Réserves de propriété	Konkursandrohungen Comminations de faillite
Aarberg	5 147	1 957	727	277	138	570	556	2	12	836	1	31	54	239
Aarwangen	6 246	3 135	1 495	666	88	1 634	1 355	1	23	1 462	5	26	105	226
Bern Betreibungsamt	46 210	23 827	18 425	2 340	514	7 638	7 076	–	562	10 508	49	284	391	1 060
Bern Konkursamt	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Biel/Bienne	16 423	8 498	2 497	810	135	3 148	2 617	–	71	4 892	14	98	126	302
Büren a. d. Aare	4 168	1 938	1 275	279	74	544	530	–	14	895	–	24	48	60
Burgdorf	6 933	3 871	2 008	341	245	805	708	1	61	1 681	6	20	74	142
Courtelary	5 864	3 229	2 117	672	346	1 113	1 010	1	102	1 422	7	15	126	237
Erlach	1 411	707	168	78	20	133	132	–	1	145	–	7	25	28
Fraubrunnen	5 774	2 628	973	420	171	573	564	1	8	1 049	–	36	53	152
Frutigen	2 085	492	125	172	89	145	143	–	2	207	4	2	47	23
Interlaken	5 635	2 527	652	274	408	501	493	2	6	715	4	20	119	174
Konolfingen	5 695	3 069	1 038	335	116	249	239	–	10	1 093	1	19	71	206
Laufen	2 345	828	492	215	93	493	492	–	1	354	8	6	28	44
Laupen	2 338	1 111	207	146	171	503	218	2	9	301	–	5	33	132
Moutier	6 253	3 811	2 937	690	367	1 480	1 466	–	14	1 400	7	54	132	249
La Neuveville	1 116	540	144	58	72	161	153	5	3	240	1	–	19	81
Nidau	6 730	2 690	1 968	557	184	1 456	1 347	1	108	1 510	–	37	72	126
Niedersimmental	2 886	940	573	175	18	572	567	–	5	651	1	7	42	64
Oberhaslital	1 163	108	61	34	23	61	61	–	–	39	1	8	23	105
Obersimmental	1 070	139	87	40	23	21	21	–	–	58	4	–	53	70
Saanen	1 345	168	118	43	27	114	83	29	2	99	12	16	56	76
Schwarzenburg	1 693	494	242	165	41	251	191	–	–	235	1	5	16	72
Seftigen	4 244	1 135	555	199	98	413	383	–	31	890	2	15	50	50
Signau	1 941	553	299	100	134	294	294	–	–	252	1	1	29	41
Thun	13 664	4 868	3 048	1 348	447	3 047	2 149	2	52	4 109	13	65	144	240
Trachselwald	2 958	720	268	300	185	276	152	–	–	536	1	2	41	180
Wangen a. d. Aare	4 891	1 739	864	449	203	653	651	1	1	1 014	1	16	58	233
Total	166 228	75 722	43 363	11 183	4 430	26 848	23 651	48	1 098	36 593	144	819	2 035	4 612

¹ Inbegriffen fruchtlose Pfändungen² Inkasso der gepfändeten Lohnquoten, Abtretung an Zahlungsstatt oder Anweisung zur Eintreibung derselben nach Art. 131 SchKG, Steigerungen³ Inbegriffen ergebnislos verlaufene Steigerungen⁴ Inbegriffen Steigerungen von Rechten und Forderungen⁵ Definitive Verlustscheine in Betreibungen und Konkursen⁶ Zu zählen nach gesonderter Kostenrechnung¹ Y compris les saisies infructueuses² Encaissement des parts de salaire saisies, cession de créance ou mandat d'encaissement conformément à l'art. 131 LP³ Y compris les enchères dont le produit est insuffisant⁴ Y compris les enchères de droits en créances⁵ Actes de défaut de biens définitifs résultant de la poursuite et de la faillite⁶ A dénombrer d'après les notes de frais spéciales

Tafel VI – Zusammenstellung der Anzahl der Geschäfte der Betreibungs- und Konkursämter im Jahre 1989

Tableau VI – Récapitulatif du nombre des affaires des offices des poursuites et des faillites pour l'année 1989

Amtsbezirke <i>Districts</i>	Konkurse <i>Faillites</i>		Zusammen <i>Ensemble</i>	Durchgeführte Konkurse mit ordentlicher Verwaltung <i>Faillites liquidées par une administration ordinaire</i>	Davon summarisch erledigte Konkurse <i>Dont faillites liquidées par voie sommaire</i>	Erledigte Konkurse mit Liegenschaften <i>Faillites avec immeubles définitivement liquidées</i>	Durchgeführte Konkurse mit ausserordentlicher Verwaltung <i>Faillites liquidées par une administration extraordinaire</i>	Auf andere Weise erledigte Konkurse <i>Faillites liquidées d'une autre manière</i>	Auf Ende des Jahres noch hängig <i>Encore pendantes à la fin de l'année</i>	Liegenschaftsverwaltungen im Betreibungs- und Konkursverfahren <i>Administrations d'immeubles en procédure de poursuite et de faillite⁶</i>	Neueröffnete Nachlassverfahren <i>Procédures concordataires nouvellement ouvertes</i>	
	Begonnene Konkurse <i>Faillites ouvertes</i>	Von früher her unbeeendigte Konkurse 1988 <i>Faillites ouvertes avant 1988 et non encore clôturées</i>										
Aarberg	15	6	21	7	6	-	-	-	14	18	1	-
Aarwangen	13	7	20	15	14	2	-	-	5	3	-	-
Bern Betreibungsamt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-
Bern Konkursamt	189	127	316	166	162	7	-	23	127	-	-	-
Biel	52	6	58	56	50	-	-	4	20	-	-	-
Büren a. d. Aare	12	4	16	1	5	1	-	-	10	-	-	-
Burgdorf	22	14	36	22	21	1	-	-	14	4	-	-
Courtelary	5	10	15	-	8	2	-	3	4	3	-	1
Erlach	3	2	5	2	2	-	-	-	3	1	-	-
Fraubrunnen	7	4	11	-	4	1	-	-	6	2	-	-
Frutigen	4	2	6	2	2	-	-	-	4	1	-	-
Interlaken	5	10	15	8	7	1	-	-	7	8	-	-
Konolfingen	14	11	25	14	12	-	-	-	11	-	-	-
Laufen	6	1	7	-	1	-	-	-	6	-	-	-
Laupen	2	5	7	-	-	-	-	-	7	1	-	-
Moutier	13	12	25	16	11	1	-	2	7	6	-	-
La Neuveville	2	3	5	3	3	2	-	-	2	-	-	-
Nidau	14	15	29	18	16	-	-	2	11	2	-	1
Niedersimmental	6	7	13	5	5	-	-	1	7	-	-	-
Oberhasli	-	-	-	1	1	-	-	-	-	-	-	-
Obersimmental	1	-	1	1	-	-	-	-	1	-	-	-
Saanen	4	-	4	-	1	-	-	-	3	29	-	-
Schwarzenburg	1	-	1	-	-	-	-	-	1	-	-	-
Seftigen	5	7	12	-	7	-	-	-	5	1	-	-
Signau	4	-	4	-	-	-	-	-	4	1	-	-
Thun	32	13	45	27	23	1	-	3	18	3	-	-
Trachselwald	4	8	12	6	6	-	-	-	6	-	-	1
Wangen a. d. Aare	18	2	20	14	13	-	-	2	4	2	-	-
	453	276	729	384	380	19	-	40	307	89	1	3

Tafel VII – Zahl der von den Gerichtspräsidenten als untere Aufsichtsbehörde im Jahre 1989 behandelten Beschwerden nach Artikel 17 SchKG

Tableau VII – Nombre de plaintes traitées en 1989 conformément à l'article 17 LP par les présidents de tribunal comme autorité inférieure de surveillance

Amtsbezirke <i>Districts</i>	Zahl der Beschwerden ¹ <i>Nombre de plaintes¹</i>	Gefällte Entscheide einschliesslich Abschreibungs- beschlüsse <i>Décisions rendues, y compris celles rayant l'affaire du rôle</i>	Disziplinar- verfügungen <i>Ordonnances disciplinaires</i>	Zeitdauer der Erledigung der Beschwerden <i>Temps employé à la liquidation des plaintes</i>		
				Maximum Tage/Jours	Minimum Tage/Jours	Mittel/ <i>Moyenne</i> Tage/Jours
Aarberg	–	–	–	–	–	–
Aarwangen I	1	1	–	21	21	21
Bern IV	6	4	–	44	1	15
Biel/Bienne I	2	2	–	1	1	1
Büren a. d. Aare	–	–	–	–	–	–
Burgdorf II	1	1	–	7	7	7
Courtelary II	–	–	–	–	–	–
Erlach	–	–	–	–	–	–
Fraubrunnen	–	–	–	–	–	–
Frutigen	–	–	–	–	–	–
Interlaken I	1	1	–	14	14	14
Konolfingen II	1	1	–	59	59	59
Laufen	1	1	–	20	20	20
Laupen	2	2	–	8	2	5
Moutier I	3	3	–	97	1	33
La Neuveville	–	–	–	–	–	–
Nidau I	–	–	–	–	–	–
Niedersimmental	2	2	–	28	34	31
Oberhasli	–	–	–	–	–	–
Obersimmental	–	–	–	–	–	–
Saanen	–	–	–	–	–	–
Schwarzenburg	1	1	–	34	34	34
Seftigen	–	–	–	–	–	–
Signau	–	–	–	–	–	–
Thun I	7	5	–	90	13	41
Trachselwald	1	1	–	150	150	150
Wangen a. d. Aare	–	–	–	–	–	–

¹ Für die gemäss § 23 EG zum SchKG die untere Aufsichtsbehörde erstinstanzlich kompetent ist¹ pour lesquelles, en application de l'art. 23 LiP, l'autorité inférieure de surveillance est compétente en première instance